Mittwoch, 2. Januar 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 1 - 1.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Schlesier: Im Zusammenhang mit dem geplanten Schlesier-Treffen in diesem Jahr hat Warschau Bundeskanzler Kohl scharf angegriffen. In der amtlichen Nachrichtenagentur PAP hieß es, der Bundeskanzler habe sich bisher nicht bereit gefunden, „der ganzen Diskussion und dem zweideutigen Charakter der Ostpolitik Bonns" ein Ende zu bereiten. Kohl hatte seine Teilnahme an dem Treffen angekündigt.

Industrie: Nachfolger des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Rolf Rodenstock, ist seit gestern der Darmstädter Industrielle Hans Joachim Langmann.

Europa: Mit Jahresbeginn hat Italien die Präsidentschaft über die EG übernommen. Schwierigste Aufgabe wird sein, den Beitritts-Prozeß für Spanien und Portugal zum Ende zu bringen.

Papst: Eindeutig hat sich Johannes Paul II. hinter die Wiederaufnahme des Abrüstungsdialogs in Genf gestellt. Bei einer Messe auf dem Petersplatz erklärte er, die zwischen der UdSSR und den USA vereinbarten Gespräche seien ein „Licht der Hoffnung am Horizont der Welt" nach einem „Jahr angsterfüllter Fragen".

Ägypten: Der von dem früheren Präsidenten Anwar el Sadat verbannte koptische Patriarch Schenuda III. ist gestern per Dekret von Staatspräsident Hosni Mubarak wieder in seine Ämter eingesetzt worden.

China: Mit Jahresbeginn sind weitreichende Wirtschaftsreformen in Kraft: Sie zielen auf mehr Marktwirtschaft bei Einschränkung der Planwirtschaft ab. In einer von den chinesischen Medien deutlich hervorgehobenen Botschaft stellte sich Chinas starker Mann Deng Xiaoping ausdrücklich hinter die Reform.

Vormarsch: Die gegen das marxistische Regime Angolas kämpfende UNITA hat nach eigenen Angaben bei einem Überfall auf ein Diamantbergwerk im Nordosten des Landes 130 Regierungssoldaten getötet und 22 Ausländer festgenommen. Dabei handelte es sich um die Passagiere eines privaten amerikanischen Flugzeugs, daß in der Nähe des Ortes Cafunfo gelandet war.

Golfkrieg: Jordaniens König Hussein ist gestern überraschend nach Saudi-Arabien gereist. In Riad wurde spekuliert, daß seine Reise im Zusammenhang mit dem Golfkrieg stehen. Nach bislang unbestätigten Berichten soll Saudi-Arabien dazu übergegangen sein, die Iraner finanziell zu unterstützen.

Gipfel: Japans Ministerpräsident Nakasone trifft heute in Los Angeles mit US-Präsident Ronald Reagan zusammen. Nachdem die japanische Regierung ihren Verteidigungsetat für 1985 kräftig erhöht hat, dürften vor allem die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Japan und den USA im Mittelpunkt der Gespräche stehen, hieß es in Washington.

ZITAT DES TAGES



» Die Alliierten stehen in Berlin als Wachtposten und um daran zu erinnern, daß die tragische Teilung Deutschlands und Europas nicht unabänderlich ist «

US-Präsident Ronald Reagan in einer Neujahrsbotschaft an Berlin
FOTO: CAMERA PRESS

WIRTSCHAFT

Handwerk: Mit mindestens 255 000 neu abgeschlossenen Lehrverträgen hat das Handwerk 1984 wiederum einen entscheidenden Anteil zur Steigerung des Lehrstellenangebots beogetragen. In einem Beitrag für die WELT fordert Handwerks-Präsident Paul Schnitker Gymnasien und Wirtschaft auf, nach Lösungen für einen stärkeren Praxisbezug zu suchen. (S. 11)

Zahlungsmoral: Nur 69 Prozent aller deutschen Firmen sind im letzten Quartal ihren Zahlungsverpflichtungen im vereinbarten Zeitraum nachgekommen. Die Frankfurter Wirtschaftsauskunftei Schimmelpfeng GmbH konstatiert: Die Zahlungsmoral läßt nach.

Investitionen: Die japanischen Investitionen in der Bundesrepublik sind seit den 80er Jahren kräftig gestiegen; 1983 erreichten sie 990 Millionen DM. Wichtigster Standort in Europa bleibt die Bundesrepublik.

KULTUR

Gottfried Keller: Als eine Fundgrube für das Leben und Werk des Schweizer Dichters und seines Freundeskreises erweist sich der Jahrzehnte währende Briefwechsel mit dem Schleswiger Regierungsrat Wilhelm Petersen, der jetzt erstmals veröffentlicht wurde. (S. 13)

Spion: Dem wohl erfolgreichsten Industriespion des 18. Jahrhunderts widmet Ratingen eine Ausstellung. Johann Gottfried Brügelmann hatte die erste mechanische Baumwollspinnmaschine nach englischem Muster nach Europa gebracht und damit das Industriezeitalter eingeleitet. (S. 13)

SPORT

Galopp: Zwei Jockeys müssen sich das deutsche Championat 1984 teilen. Am letzten Renntag zog Peter Alafi mit dem lange führenden Georg Bocskai gleich. Beide erreichten 82 Siege. (S. 8)

Skispringen: Jens Weissflog aus der „DDR" gewann das zweite Springen der Vier-Schanzen-Tournee in Garmisch vor dem Finnen Puikkonen. Die Österreicher wurden abgeschlagen. (S. 8)

AUS ALLER WELT

Killer? In New York hat sich ein 38jähriger Ingenieur den Behörden gestellt, der in der New Yorker U-Bahn vier Angreifer niederschoß. Ihm schlägt eine Welle der Sympathie entgegen. (S.14)

Bolivien: Um 1500 Prozent ist die Inflation im vergangenen Jahr gestiegen; der Unternehmerverband warnt, daß sie in Kürze 6000 Prozent erreichen wird. Portemonnaies sind nutzlos. Aber die Bevölkerung lernt, damit zu leben. (S. 13)

Wetter: Bewölkt, gebietsweise Schneefall. Um minus 2 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Hochschulen: Mehr Geld oder wir müssen „Türen zumachen"

Rektoren-Präsident Berchem zur WELT: Warnung an die Finanzminister

PETER PHILIPPS, Bonn

Der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK), Theodor Berchem, sieht auf die Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland im neuen Jahr „die Gefahr zukommen, daß wir die Tür zumachen müssen". In einem WELT-Gespräch warnte Berchem: Wenn eine weiterhin „restriktive Haltung der Finanzminister" mit der erwarteten Zahl von 1,35 bis 1,4 Millionen Studenten zusammenfalle, „dann kommt auf die Hochschulen eine schwere Zeit zu". Als erstes müßten dann voraussichtlich die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften durch einen Numerus clausus abgeschottet werden, die Folge könnte eine generelle Zulassungsbeschränkung sein.

Der WRK-Präsident erinnerte die Ministerpräsidenten an ihren einstimmigen Beschluß aus dem Jahr 1977, den Hochschulen bei einer Überbelegung der Plätze von mindestens 115 Prozent zusätzliche Mittel *zur Bewältigung der „Überlast"* zur Verfügung zu stellen. Doch heute seien Fächer wie die Wirtschaftswissenschaften „weit darüber hinaus, ohne auch nur eine zusätzliche Mark zu *erhalten*". *Auch wenn die Professoren* heute offenbar „staats- und gesellschaftspolitischer denken als die Politiker selbst" und die Hochschulen offener hielten, als es ihren eigenen Interessen entspräche, so müßten doch die Grenzen der Kapazitätsverordnung ernst genommen werden.

Berchem: „Wenn wir die knapp bemessenen Werte weit überschreiten, dann sind wir es diesem Staat und den Hochschulen schuldig, die Türen zuzumachen." Dann könne es „durchaus sein", daß die Universitäten notfalls auch den unpopulären Numerus clausus gegen die Kultusminister auf dem Gerichtsweg durchsetzten. Und an die Adresse der Finanzpolitiker gerichtet, fügte Berchem hinzu: Bis zu 200 000 abgewiesene Bewerber würden dann möglicherweise „auf den übrigen Ausbildungsmarkt drängen, was dann dort zur Katastrophe führen würde".

Er wisse natürlich, sagte der Würzburger Professor für *Romanistik*, daß der politische Stellenwert der Bildungspolitik heute sehr gering sei, weil „man meint, damit könne man keine Wähler bewegen". Dies hänge *damit zusammen, daß „man an die* Bildungspolitik ganz außergewöhnlich hohe Erwartungen gestellt hat – ausgehend von Pichts 64er Ruf von der Bildungskatastrophe –, die nicht erfüllt wurden". Die erweckten Kräfte kämen „dem Staat nicht in dem Maße zugute, wie man es sich vielleicht naiv vorgestellt hat".

Der geringere Stellenwert der Bildungspolitik hänge aber auch mit der Entwicklung an den Hochschulen zusammen: Bei der Ausweitung habe man erst einmal „nur darauf geachtet, daß die Lehr-Nachfrage befriedigt wird". Man habe „nicht immer ausgesucht nach den Forschungs-Kapazitäten der jungen Professoren".

Doch Berchem merkte ausdrücklich an, daß „unsere Hochschullandschaft alles andere als gleichmäßig schlecht oder gleichmäßig mittelmäßig ist. Wir haben hervorragende Forscher, und wir haben hervorragende Ergebnisse, die sich überall sehen lassen können". Nur: „In der großen Masse fällt das vielleicht nicht so sehr auf."

Im Bereich der Lehre wollte Ber-

● Fortsetzung Seite 8

„Lust an Gewalt politisch bemäntelt"

Boenisch zu den jüngsten Terror-Anschlägen: Ein harter Kern von Fanatikern

MANFRED SCHELL, Bonn

Bombenleger haben in den vergangenen Tagen elf Anschläge auf Einrichtungen der Bundeswehr und der Alliierten in der Bundesrepublik Deutschland verübt. Zuletzt hat eine explodierende Bombe in einem Gebäude der französischen Botschaft in Bonn großen Sachschaden verursacht. Die Sicherheitsbehörden gehen bei ihren bisherigen Ermittlungen von terroristischen Gewalttätern aus. Regierungssprecher Peter Boenisch hat in einem WELT-Interview *zu diesen Anschlägen Stellung* genommen.

WELT: Welches Potential steckt hinter diesen Verbrechen?

Boenisch: Das terroristische Umfeld besteht nach Erkenntnissen unserer Sicherheitsbehörden aus einigen hundert Personen. Der harte Kern ist klein. Aber diese wenigen sind fanatische Gewalttäter. In Oberammergau haben sie neben den Sprengkörper einen Eimer voll Schrauben *gestellt. Die Wirkung* wäre verheerend gewesen, wenn das Ding hochgegangen wäre. Unbeteiligte wären ums Leben gekommen, andere schrecklich verletzt worden.

WELT: Wie stellt sich die „Motivlage" der für diese Verbrechen Verantwortlichen dar?

Boenisch: Die neue Generation der Terroristen beruft sich ähnlich wie einst die Rote Armee Fraktion (RAF) auf die sogenannte Befreiungsideologie. In einer beispielslosen Geschichtsklitterung machen sie die USA für den „Kolonialismus, Imperialismus, Unterdrückung der Dritten Welt" verantwortlich. Sie sind zwar auch gegen den real existierenden Sozialismus, aber die vermeintliche Befreiung irgendeines mittelamerikanischen Staates ist ihnen wichtiger und vordringlicher als die Befreiung Afghanistans. Die fehlende innere Logik ihrer Gedanken ersetzen sie durch Zündschnüre. Ihr Antiamerikanismus und Antikapitalismus ist *dumm und primitiv: Amerikaner und* Kapitalisten sind an allem schuld. Diese Gedankenwelt ist gewalttätig, führt zu Verbrechen und versucht sie zu entschuldigen. Manchmal habe ich Zweifel, ob alle diese Gewalttäter auch politisch denken. Ich werde den Verdacht nicht los, daß manche von ihnen ihre Lust an der Gewalt nur politisch bemänteln.

WELT: Werden die neuen Terroranschläge gegen unsere Verbündeten im Sinne ihrer Urheber Erfolge haben?

Boenisch: Nein. Die einzige politische Gefahr ist, daß der Bürger in den USA, der den Terror gegen seine Soldaten, die Europa schützen, im Fernsehen erlebt, irrtümlich glaubt, die Amerikaner seien bei uns unerwünscht. In Wirklichkeit wollen 80 Prozent der Deutschen mit den Amerikanern gut Freund sein. Doch das sieht man nicht in den Fernsehnachrichten, wohl aber Bombenanschläge und amerikanische Fahnen, die noch dazu im Beisein demokratischer deutscher Politiker angezündet werden. Oder man hört in den USA von einem amerikanischen General, der *in Hessen von einem Grünen mit Blut* besudelt wurde. Hinzu kommt, daß

■ Fortsetzung Seite 8

SEITE 2:
Auftrags-Bomben

Ära des Privatfernsehens hat begonnen

Dohnanyi (SPD): Hoffnung auf Verbreiterung der Meinungsvielfalt / Was macht Rau?

GERNOT FACIUS, Bonn

Die deutsche Fernseh-Landschaft ist gestern, 10.30 Uhr, nach Jahrzehnten der medienpolitischen Erstarrung in eine neue Phase getreten. Beim Start des ersten bundesweiten privaten Fernsehprogramms SAT 1, das über den Europäischen Kommunikationssatelliten ECS 1 in Kabelnetze ausgestrahlt wird, waren sich die Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen darüber einig, daß ein Stück mehr Medienvielfalt verwirklicht wurde.

Hamburgs Erster Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) sprach sogar die Hoffnung aus, daß mit SAT 1 die Qualität und Breite von Information, Bildung und Unterhaltung in der Bundesrepublik Deutschland vermehrt werde. Er trifft sich in dieser Bewertung mit seinen CDU-Kollegen Bernhard Vogel, Ernst Albrecht und Uwe Barschel, die den Akzent auf die „liberale Erweiterung der Fernsehlandschaft" legten.

Das private Programm, von einem *Konsortium führender Verlage und* der Programmgesellschaft für Kabel- und Satellitenkommunikation (PKS) getragen, wird derzeit von etwa 150 000 bis 170 000 Haushalten empfangen. Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling geht aber davon *aus, daß schon in den nächsten drei* Monaten rund 300 000 Zuschauer hinzukommen können. Eine andere Prognose sieht noch günstiger aus: Bis zum Ende des Jahrzehnts könne mindestens die Hälfte der Haushalte private Programme empfangen, sagte der CDU/CSU-Medienexperte Dieter Weirich.

Es wird jetzt darauf ankommen, wie sich die anderen von der SPD regierten Bundesländer verhalten. Wie verhält sich das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen? Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) hatte im Dezember angekündigt, daß er im Falle eines erfolgreichen Ergebnisses der Länderverhandlungen über einen einheitlichen Staatsvertrag eventuell ein „Vorschaltgesetz" präsentieren werde, mit dem noch vor einem Landesmediengesetz der Empfang privater Programme auch in NRW ermöglicht würde. Steht Rau noch zu diesem Wort, nachdem die Regierungschefs sich am 19. Dezember ohne Einigung getrennt haben? Alle Ministerpräsidenten vermieden es, von einem Ende der Gespräche zu reden, sie qualifizierten den Ausgang der Dezember-Runde lediglich als „Nichteinigung". Mitte dieses Monats will man den Weg für eine gemeinsame Rückkehr an den Verhandlungstisch frei machen.

SEITE 6:
Neue Sichtweisen aus Hamburg
Seite 8:
Von der Premiere ausgeschlossen

Sowjetische Mütter fürchten Afghanistan

DW. Moskau

Über die Angst der Mütter von sowjetischen Soldaten, die in Afghanistan stationiert sind, hat die Moskauer Tageszeitung „Sozjalistitscheskaja Industria" („Sozialistische Industrie") in ihrer Neujahrsausgabe berichtet. Das Wort Afghanistan mache Millionen Müttern Angst und lasse sie nicht mehr schlafen. Die Söhne hätten jedoch die „heilige internationalistische Pflicht", den afghanischen Republikanern zu helfen, die Gegenrevolution zu bekämpfen, hinter der sich Washington und Bonn, Tokio und London, Islamabad und Teheran versteckten. Die Zahl der in Afghanistan stationierten Soldaten der Roten Armee wird von westlichen Experten auf ungefähr 105 000 Männer geschätzt. Jährlich fallen den Schätzungen zufolge 2000 sowjetische Soldaten.

Hinrichtungen ohne Urteilsspruch in Kabul

DW. Peschawar

Im Gefängnis von Kabul sind am ersten Weihnachtstag 39 Widerstandskämpfer von einem sowjetischen Exekutionskommando ohne vorherige Verurteilung erschossen worden. Wie die Nachrichtenagentur „*Afghan Islamic Press*" meldete, seien die aus acht verschiedenen Provinzen des Landes stammenden Männer von einem aus 40 sowjetischen Soldaten bestehenden Erschießungskommando hingerichtet worden.

Diplomaten in Neu-Delhi berichteten von schweren Kämpfen vor allem im strategisch wichtigen Pandschir-Tal. 436 Soldaten der Regierung und 17 der sowjetischen Truppe seien getötet worden. Anläßlich des Jahrestages der sowjetischen Besetzung beschossen die Widerstandskämpfer die Innenstadt von Kabul.

Pekings Arbeiter kaufen jetzt Wohnungen

DW. Peking

Nach dem offiziellen Abschied vom klassischen Marxismus-Leninismus erlebt Peking jetzt die ersten praktischen Auswirkungen der neuen Wirtschaftsdoktrin von Chinas Führungsspitze. Allen Arbeitnehmern Pekings ist mitgeteilt worden, daß sie ihre Sozialwohnungen als Eigentumswohnungen kaufen können. Die monatliche Miete einer staatlichen Wohnung in Peking kostete bisher 20 Pfennig je Quadratmeter. Wer seine Wohnung als Eigentum kaufen will, soll nun etwa 370 bis 400 Mark pro Quadratmeter als Kaufpreis zahlen. Zwei Drittel dieser Summe werden jedoch durch staatliche Beihilfen finanziert, der Rest kann innerhalb von zehn Jahren *abgezahlt* werden. Eigentumswohnungen konnten bisher nur von Auslandschinesen gegen Devisen erworben werden.

DER KOMMENTAR

SAT 1 – der Durchbruch

ENNO v. LOEWENSTERN

Es ist geschafft. Mit dem Neuen Jahr beginnt eine neue Epoche in der Geschichte unserer jungen Demokratie: das Meinungsmonopol auf dem so einflußreichen Sektor der elektronischen Medien ist durchbrochen, der Wahlfreiheit und Informationsfreiheit des Bürgers ist endlich auch hier der Weg bereitet.

Zwar nicht mehr als das, vorerst, leider. Unter mehr als zwanzig Millionen „Fernseh-Haushalten" ist infolge jahrelanger Verzögerung – und weil der zuständige Staatsbetrieb der ehrwürdigen Arie „denn bei der Post geht's nicht so schnell" alle Ehre macht – erst einigen hunderttausend die Möglichkeit gegeben, freie Veranstalter einzuschalten. Immerhin aber ist eine einschneidende Veränderung eingetreten: Das Monopol, und habe es auch nur ein Prozent seines Ausschließlichkeitscharakters verloren, existiert damit nicht mehr.

Alle die Schutz- und Blockadeeinfälle, mit denen seine Nutznießer lange den Vormarsch der Freiheit aufhalten konnten, sind gegenstandslos geworden. Und die letzten betulichen Warnungen, ob wohl das steigende Programmangebot „negative Folgen für die Entwicklung junger Menschen" haben könnte, werden sich sich bald genug an der Praxis erledigen – Freiheit, Vielfalt und die Chance zu mündiger Entscheidung wirken selten negativ auf die Entwicklung junger Menschen.

Allerdings finden nun die Bürger mancher Bundesländer, die die Programme der Freien einschalten möchten, daß das nicht geht – in ihrem Land regiert eine Partei, deren maßgebliche Kräfte aus höchst parteiegoistischen Gründen gegen die Meinungsvielfalt sind und sich daher gegen das Unabwendbare stemmen. Es wird also eine Frage des Jahres 1985 geben, die da lautet: Wie lange müssen wir uns eigentlich noch gängeln lassen? Diese Frage wird politisch einiges bewirken, sie wird auch beim Bundesverfassungsgericht einiges bewirken.

Es geht einmal um den höchst legitimen Anspruch auf mehr Abwechslung, auf bessere Unterhaltung. Es geht noch mehr um den Anspruch auf Meinungsvielfalt. Es geht schließlich aber auch um den Anspruch auf Optimismus, den Anspruch darauf, sich die Stimmung – ja, auch die Hoffnung, mit der die Mehrheit ins Neue Jahr blickt – nicht durch gewerbs- und gewohnheitsmäßige Staatsverschnödung von Monopols wegen verderben zu lassen. Mit dem freien Fernsehen gewinnt unsere Demokratie eine neue Qualität; neue Lebensfreude gehört dazu.

„Made in Germany" – ein Gütezeichen mit Erfolg

WELT-Gespräch mit dem neuen BDI-Präsidenten Langmann

MANFRED SCHELL, Bonn

Der neue Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans Joachim Langmann, hat sich zuversichtlich über die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 1985 geäußert. In einem WELT-Gespräch sagte Langmann, der gestern die BDI-Präsidentschaft übernommen hat: „Die Zeiten für eine Verstärkung der Konjunktur sind gut. Wir gehen mit relativ viel Optimismus in das neue Jahr hinein." In vielen Unternehmen herrsche „große Zuversicht, *und allein dieses psychologische Ele*ment ist von großer Bedeutung".

Auf die Frage, worauf sich seine Zuversicht gründe, antwortete Langmann: „Speziell sieht es so aus, daß vom Export unverändert starke Impulse ausgehen. Das Gütesiegel Made in Germany hat keineswegs an Glanz verloren. Die Waren, die bei uns hergestellt werden, erfreuen sich überall in der Welt großer Beliebtheit. Der relativ hohe Dollarkurs hilft uns im Wettbewerb in den Wirtschafts*räumen, die von dieser Währung ab*hängen. Natürlich haben wir vielfach Probleme, mit den Preisen mitzuhalten: denn das Produzieren ist in Deutschland sehr teuer. Aber jedenfalls so lange die derzeitigen Wechselkursverhältnisse und die sehr niedrige Inflation bei uns bestimmend sind, so lange werden wir mithalten können."

Von einzelnen Sektoren abgesehen, „wie zum Beispiel der Bauindustrie insgesamt und der Automobilindustrie aus *speziellen Grünen*", habe er den Eindruck, „daß überall so viele Aufträge vorliegen, daß man doch mit einer sehr nachhaltigen Besserung rechnen kann". Ob dieser Wirtschaftsaufschwung langanhaltend sein werde, sei stark von äußeren Faktoren abhängig.

Auf die Frage, ob es richtig sei, daß die Zahl der Firmenneugründungen inzwischen die der Zusammenbrüche übersteige, antwortete Langmann: „Das sagt die Statistik. Es ist tatsächlich an vielen Orten zu beobachten, daß unternehmerische Leute jetzt den Mut haben, ein neues Geschäft zu gründen. Das ist eine ungewöhnliche, *sehr zu begrüßende Erscheinung.*"

Die Folgen des Streiks seien „weitgehend überwunden", wenngleich die „Umsetzung" des Tarifabschlusses noch nicht endgültig vollzogen sei. „Das wesentliche Element dieses Tarifabschlusses, dieser Kampfauseinandersetzung, war ja, daß im Ergebnis als Ausgleich für ein Zugeständnis an die Gewerkschaften die Betriebe eine erhöhte Flexibilität haben sollten. Mit dieser Verbesserung der Flexibilität sieht es wohl nicht so *gut aus.*"

Was das Verhältnis von Unternehmern und Gewerkschaften betreffe, so meinte Langmann, seien seine Wünsche ganz klar: „Ich wünsche mir, daß wir von jeglicher streikartigen Auseinandersetzung verschont bleiben und daß mit einem Aufeinanderzugehen die Probleme gelöst werden." Er denke mit gewisser Sorge an 1984: „Kein Unternehmer ist der Meinung, daß eine solche Auseinandersetzung der Zeit gerecht war. Wir können nur hoffen, daß die Gewerkschaften eine solche Probe nicht erneut versuchen werden."

Polens Staatsoberhaupt fordert „gerechte Strafe"

Prozeß um Mord an Popieluszko wird fortgesetzt

DW. Warschau

Der polnische Staatspräsident Henryk Jablonski hat eine „gerechte Strafe" für die vier Sicherheitsbeamten verlangt, die zur Zeit in Thorn wegen Mordes an dem Priester Jerzy Popieluszko vor Gericht stehen. In seiner Neujahrsansprache versicherte er, niemand könne straflos Recht brechen. Jablonski nannte den Mord an Popieluszko eine „beispiellose Provokation", die politisch und moralisch gegen die Idee der Verständigung der Polen gerichtet gewesen sei. Die „Provokateure" müßten ihre „verdiente Strafe" erhalten.

Nach der Neujahrspause soll der Prozeß heute fortgesetzt werden. An den ersten beiden Verhandlungstagen hatte der inzwischen degradierte Oberleutnant Leszek Pekala zugegeben, zusammen mit den ebenfalls degradierten Beamten Grzegorz Piotrowski und Waldemar Chmielewski den Geistlichen grausam zusammengeschlagen, getötet und seinen Leich*nam in einen Stausee geworfen zu* haben. Er berief sich dabei auf Befehlsnotstand und versicherte immer wieder, er habe die Anweisungen seines Vorgesetzten, Hauptmann Piotrowski, befolgt.

Namen möglicher hochgestellter Komplizen wurden bisher nicht genannt. Die Angeklagten hatten sich im Ermittlungsverfahren lediglich auf den stellvertretenden Abteilungsleiter im Innenministerium Oberst Adam Pietruszka berufen, der jedoch in allen Verhören leugnete, etwas mit dieser „Aktion" zu tun gehabt zu haben. Angeblich wollten die Angeklagten auch andere Priester einschüchtern. Mit Spannung warten Prozeßbeobachter auf die Aussagen Piotrowskis, der die Schlüsselfigur zu sein scheint.

In Warschau beteten am Sonntag abend etwa 25 000 Menschen für die Seligsprechung des ermordeten Priesters, der als Märtyrer der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" gilt und in Polen wie ein Heiliger verehrt wird. Sein Grab solle ein neues „nationales Heiligtum" werden, sagte ein Priester unter dem Beifall der Menge *in seiner Predigt*. Er sprach die Hoffnung aus, daß der Prozeß von Thorn „der Beginn der Aufdeckung der Inspiratoren" sein möge.

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Auftrags-Bomben

Von Manfred Schell

Die Hoffnung, der Terrorismus bei uns sei mit der Verhaftung von Christian Klar und anderen „Führungsfiguren" sowie der Zerschlagung ihre Depot-Netzes am Ende, hat sich leider nicht ganz erfüllt. Der Roten Armee Fraktion (RAF) und ihren Ablegern, den Revolutionären Zellen, gelang es in diesen sonst stillen Tagen, Sprengstoffpakete in militärischen Einrichtungen der Bundeswehr und der Verbündeten sowie in der französischen Botschaft in Bonn zu zünden.

Das deutet darauf hin, daß die Terroristen personell Zulauf bekommen und auch logistisch wieder aufgeholt haben. Es ist, glücklicherweise, bei Sachschäden geblieben. Die Darstellung der Terroristen, sie wollten durch telefonische Vorausankündigung der Anschläge Menschenleben schonen, ist zynisch.

Erstens haben sie es kaum in der Hand, ob in solchen Fällen Menschenleben zu Schaden kommen oder nicht. Zum anderen aber, und dies zeigt ihre Heuchelei, haben es die Bombenleger von Oberammergau darauf angelegt, Menschen zu töten. Wie anders wäre es zu erklären, daß sie neben den Sprengstoff einen Eimer mit Schrauben gestellt haben? Die furchtbare Wirkung kann sich jeder ausrechnen; sie haben sich diese Wirkung gewiß ausgerechnet.

Man ist geneigt zu fragen, was die Terroristen sich wohl erhoffen mögen. Selbst wenn sie im Linkstrend der wildbewegten siebziger Jahre sich einbilden mochten, es gebe eine Bereitschaft der „Massen" zum Umsturz und diese bedürfe nur noch einiger blutiger Anstöße, so können sie nach der „Wende" wirklich nicht mehr an eine vorrevolutionäre Situation glauben. Noch auch können sie daran glauben, daß des Bürgers neues Selbstbewußtsein sich von ein paar Berufsverbrechern einschüchtern läßt. Eine andere Deutung drängt sich auf.

Der Kreml sucht zwar mit den Amerikanern das neue Gespräch, begleitet dies aber wieder einmal mit einer konzertierten *„Revanchismus"-Kampagne zur Isolierung* des deutschen NATO-Partners. Und die Anschläge der Leute, die sich als Fraktion der Roten Armee verstehen, sind ausgerechnet gegen Einrichtungen von Amerikanern und Franzosen gerichtet. Deutlicher kann man seine Dienstbarkeit nicht offenbaren.

Der Hauptmangel

Von Carl Gustaf Ströhm

Tschernenko hat in der Parteizeitschrift „Kommunist" schwere Mängel des sowjetischen Wirtschaftssystems angeprangert und ein Umdenken gefordert. Er hat aber zugleich eingeräumt, daß ein langer und mühseliger Weg zurückgelegt werden müsse, bevor das sowjetische System den modernen Erfordernissen, vor allem der Wirtschaft, genügen könne.

Es ist *interessant, daß nach ähnlich klingenden Erklärungen* des Politbüro-Benjamins Gorbatschow solche Töne nun auch von höchster Moskauer Stelle zu einem Zeitpunkt zu hören sind, da der Einfluß der Militärs durch den Tod Ustinows und die Absetzung des Generalstabschefs Ogarkow einen Rückschlag erlitten hat. Der Versuch der Sowjetunion, an den Amerikanern und Reagan vorbei Weltpolitik zu machen, ist gescheitert. Der Kreml muß aus außen- wie innenpolitischen Grünen an den Verhandlungstisch zurückkehren. Zugleich wird die Konkurrenzsituation zu Amerika besonders deutlich.

Während die USA sich bereits mitten im elektronischen Zeitalter befinden, schlägt sich die Sowjetunion immer noch *mit jenen Problemen der industriellen Revolution, mit* Produktion und Versorgung herum, die von der Marktwirtschaft des Westens vor Jahrzehnten gelöst wurden. Die Entwicklung der Weltraumwaffen durch die Amerikaner dürfte dazu führen, daß die Sowjetunion sich auf unabsehbare Zeit damit abfinden muß, allenfalls die zweite Rolle nach den USA zu spielen.

Das alles bereitet den Sowjetführern schwere Sorgen. Es spricht für die Intelligenz *Tschernenkos, daß er, im Gegensatz* etwa zu Breschnew, die Probleme überhaupt erkannt hat. Aber jetzt beginnt die eigentliche Schwierigkeit: Die Sowjetführer stolpern über ihre eigene Ideologie, die unablässig die angebliche „Überlegenheit" des Sozialismus proklamiert.

Solange aber die ideologischen Fesseln nicht abgeworfen werden, kann es keine grundlegende Wirtschaftsreform und folglich auch keine Besserung geben. Mit der Reform wiederum aber würde die Machtfrage gestellt: Millionen Funktionäre würden überflüssig. Das, nicht ein „dämonischer" Charakter des Systems, ist der Grund dafür, warum in der Sowjetunion alle Reformvorschläge versickern.

Keine Partner

Von Peter M. Ranke

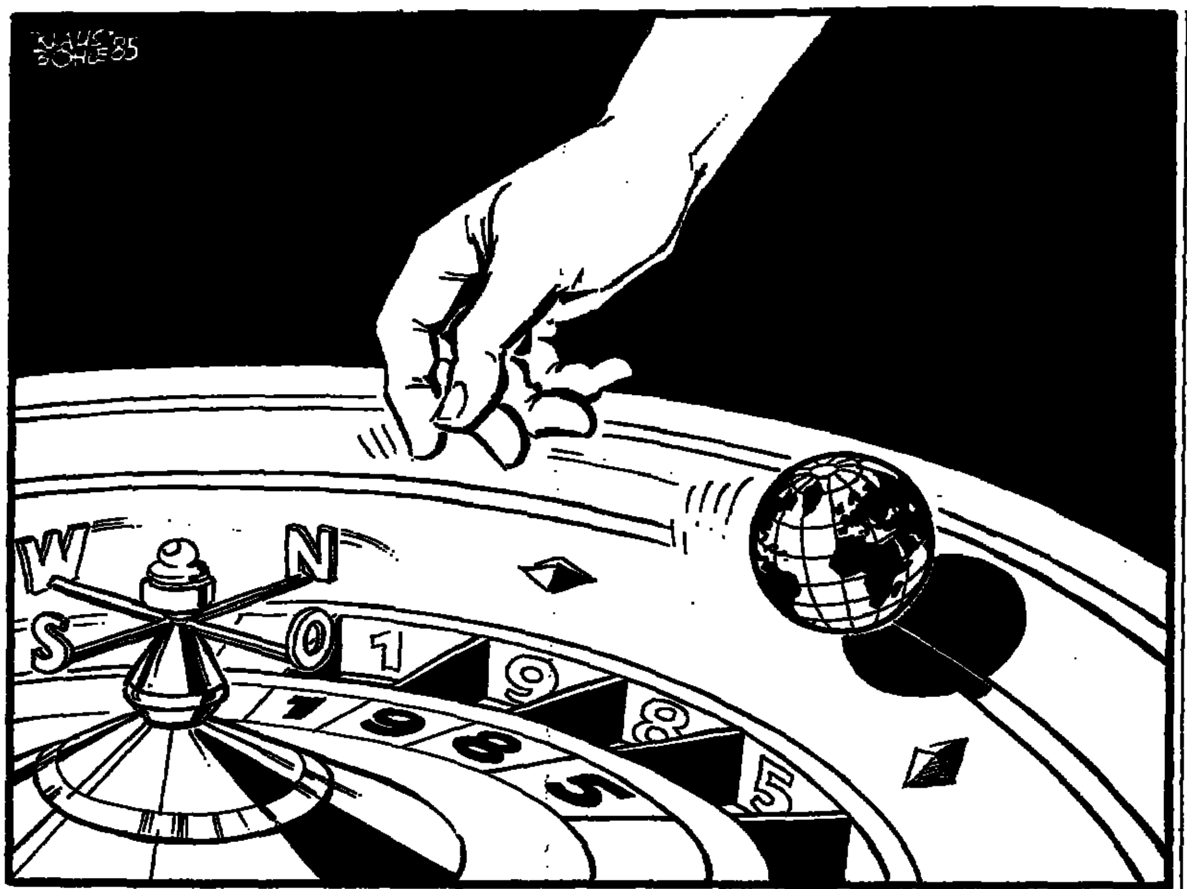
Im Frühjahr 1980 hetzte ein gewisser Fahd Kawasmeh, damals Bürgermeister von Hebron, die dortigen Araber gegen die Israelis auf. Sechs junge israelische Siedler wurden in Hebron ermordet. Kawasmeh wurde ausgewiesen und stieg in der PLO auf, der er schon vorher angehört hatte. *Jetzt* wurde er ermordet und in Amman begraben.

Kawasmeh war kein „Gemäßigter" wie der vor ihm ermordete Issam Sartawi, denn noch im November war er vor dem Arafat-Flügel der PLO in Amman für die Verstärkung des „bewaffneten Kampfes" eingetreten. Sein Tod ist das Ergebnis eines Machtkampfes unter Terroristen, wie der Hinweis auf die neu erstandene Terrorgruppe „Schwarzer September" im Fall Kawasmeh von neuem zeigt; zu der Annahme, hier sei ein möglicher „Gesprächspartner" für Israel ausgefallen, besteht kein Grund.

Wer sich – wie König Hussein von Jordanien selbst – mit den PLO-Mördern gleich welcher Fraktion einläßt, handelt auf eigenes Risiko. Schließlich saß neben Kawasmeh im PLO-Politbüro der frühere Chef des „Schwarzen September" und Mörder von München 1972, Abu Iyad. Terrorgenossen unter sich, auch wenn die Mörder von Kawasmeh diesmal vielleicht aus Syrien kamen.

Der neue Mord in Amman nach den Anschlägen der PLO-Leute gegeneinander und gegen jordanische Diplomaten in Europa beweist, wie absurd die „Friedensinitiative" König Husseins ist. Er will die PLO des Terror-Chefs Arafat zum gleichberechtigten Partner einer Nahostkonferenz der UNO machen, unter Teilnahme der (wohl durch Afghanistan prädestinierten) Sowjets.

Da die Konferenz nur die „Rechte der Palästinenser" wiederherstellen und keineswegs Frieden mit Israel stiften soll, lehnen die USA und Israel ab. Sie wollen den direkten Dialog. Nur so kam ja auch der Frieden von Camp David zustande. Seriöse Politiker sollten daher darauf verzichten, der Chimäre *einer Nahostkonferenz mit* der PLO *nachzulaufen*. Notwendig wäre erst einmal eine Friedenskonferenz für das arabische Lager.



Neues Spiel, neues Glück KLAUS BÖHLE

Wo Deutschland liegt

Von Herbert Kremp

Das Jahr, das heute das vergangene ist, war angefüllt von Mutmaßungen über Deutschland *und über den Bestand der rechts*staatlich-parlamentarischen Demokratie. Kaum je nach dem Krieg wurde über Deutschland, das unvollendet ist, und über die demokratische Ordnung des Gemeinwesens, die nie vollendet sein wird, soviel geahnt, gestritten und prophezeit – bei uns zu Hause und im Ausland. Die Bücher, Aufsätze und Reden über das Thema füllen Bibliotheken. Ein klares Urteil wurde nicht gefunden, über die Zukunft breitet sich ein Dunst aus Hoffnung und Zweifel.

In allen Betrachtungen geht es um die zukünftige innere und äußere Verfassung der Deutschen. An deren Verhalten erkennt man eine neue „historische Unruhe", deren Bewußtsein und praktische, tagespolitische Äußerungen experimentelle Züge aufweisen. Auf den *Begriff gebracht, gehen sie aber* alle in eine Richtung: Die Deutschen mitten in Europa sind offenbar nicht bereit, sich mit dem Zustand der Spaltung, des historisch Un*vollendetseins abzufinden. Sie in*teressieren sich in einer Weise, die brennend werden kann, für ihre Herkunft, ihren Weg und den Ausgang, den ihre Geschichte finden mag. Die Deutungen, die ihnen von den verschiedenen Seiten zugerufen werden, erschweren die Orientierung. Goethes Seufzer kommt uns in den Sinn: „Deutschland? Aber wo liegt es? Ich weiß das Land nicht zu finden . . ."

Dabei lassen sich die beiden großen Entwürfe, die entgegengesetzten Versionen, die Deutschland heute teilen und buchstäblich in Atem halten, eigentlich nicht übersehen: die sozialistische Vorstel*lung von Deutschland* in der „DDR", und die andere Vorstellung in der Bundesrepublik, die wir getrost und mit vollem Recht die klassische nennen dürfen. Honecker *und seine Leute* unternahmen in den letzten Jahren den Versuch, Elemente und Personen der preußischen und der weiteren deutschen Geschichte wie Versatzstücke auf die Bühne ihres Sozialismus herabzusenken. Sie bemühten sich um nationales Interieur, weil der Kommunismus als Antwort auf Geschichte und Gegenwart nicht ausreicht, um Herrschaft zu legitimieren. Die Kartätschen der Revolution sind verschossen, die Hülsen sind leer.

Der natürlich halbherzige Versuch des Regimes, sich deutsch auszuweisen, erreichte im vergangenen Jahr einen Höhepunkt – und den vorläufigen Endpunkt. Honecker trat im Zusammenhang mit der Raketendebatte um einen Fußbreit zwischen die Fronten, er gab sich um ein Gran mehr landesväterlich als sowjetisch, und er griff tiefer als bisher in den Fundus der deutschen Geschichte, der für ihn Requisiten bereithält. Dabei wurde er von der mißtrauischen Besat*zungsmacht, die Mitteldeutschland* als einen Teil ihres Imperiums hält, beobachtet, sozusagen ertappt und just in dem Augenblick zurückbefohlen, als er mit der neuen Zurüstung die Reise in die Bundesrepublik antreten wollte. Seitdem gelten die Teile des deutschen historischen Bewußtseins, auf die es ankommt, wieder als „revanchistisch".

Das Ende des Versuchs, sich „national" zu geben, hat zur Folge, daß in Mitteldeutschland die zarten Keime der Hoffnung auf Besserungen verdorren und auf unserer Seite die schon laut geäußerte Befürchtung verstummt, das kommunistische Regime werde die Bundesrepublik auf der Avus des Geschichtsbewußtseins glatt überholen. Das war nicht ohne Grund gemutmaßt, hält man sich die Nationvergessenheit vor Augen, die uns über Jahre von den Höhen der



Die Antwort wurde wieder gefunden: Goethe FOTO: DPA

Politik und der Katheder herab empfohlen worden war. Doch zeigte sich im entscheidenden Augenblick des vergangenen Jahres, daß die Bundesrepublik infolge der Gunst ihrer freieren Gründung und ihrer freien Verfassung eben doch über den besseren, den aussichts*reicheren Entwurf für die Zukunft* Deutschlands verfügt – eben jenen, den wir gerade ohne Zögern als den „klassischen" bezeichneten.

Wir müssen uns seiner nur bewußt sein und das Labyrinth der widersprüchlichen Deutungen deutscher Vergangenheit verlassen: Die Antwort auf Goethes Frage „Deutschland? Aber wo liegt es? . . ." wurde in der Zeit der preußischen Reformen, des Kampfs gegen Napoleon in den Freiheitskriegen gegeben, dann verloren und wiedergefunden. Sie ist klassisch insofern, als der Nationalstaat und die freiheitliche Ver*fassung, die damals von großen* Deutschen gedacht und angestrebt wurden, bis zum heutigen Tage die politische Organisationsform der Völker des Westens darstellen, die *in sich den größten Erfolg für das* Gemeinwesen mit der größten Freiheit für den einzelnen vereint. Für uns erreichbare oder verfehlbare Lebenswahrheit, ist sie für die Völker *Osteuropas und für* den deutschen Teil des sowjetischen Imperiums der unerfüllte, aber mit Sehnsucht angestrebte Lebenstraum.

Der historische Nenner, der soviel Wirklichkeit und soviel Hoffnung auf sich zieht, darf Legitimität beanspruchen. Er vermittelt auch den politischen Spielraum, dessen ein historisch sicher orientiertes Handeln bedarf: Auch im Preußen der Reformer war es so, daß die Verfassungsbewegung den Geist der nationalstaatlichen Formung bilden sollte, was dann verfehlt wurde und uns, die Deutschen, im Wortsinne tragisch traf. Das erste ist die Freiheit, denn sie gibt der Einheit Sinn. Unverzagt nach dieser Ordnung zu verfahren, macht die Auseinandersetzung mit dem *Kommunismus* chancenreich. Er kann die Konstitution der Freiheit nicht gewähren. Aber die Konstitution der Freiheit ist Wesensmerkmal des Menschen.

IM GESPRÄCH Charles Müller

Autobahngebührliches

Von Eberhard Nitschke

Von einer *„drohenden Verschlech*terung der schweizerisch-deutschen Beziehungen", die von Kriseninteressenten an die Wand gemalt wurde, möchte er nichts wissen, dafür sei die Angelegenheit angesichts der traditionellen deutsch-schweizerischen Freundschaft „doch zu marginal". Aber *immerhin*: Die Autobahngebühr, die Bern im neuen Jahr nach einem Volksentscheid einführt – einzuführen verpflichtet ist –, hat dem Botschafter der Schweiz in Bonn, Charles Müller, einen soliden Packen zusätzlicher Arbeit besorgt.



Das Problem ist doch zu marginal: Botschafter Müller FOTO: DIE WELT

Die Schwerverkehrsabgabe von 500 bis 3000 Franken jährlich, mit der je nach Größe sowohl die ausländischen wie die inländischen Nutzfahrzeuge belastet werden sollen, ist immerhin von der eidgenössischen Regierung selber in Verbindung gebracht worden mit einem „europäischen Verkehrsabgabenkrieg", den es zu vermeiden gelte.

Botschafter Charles Müller, ein altgedienter Karrierediplomat, hat das Seine *dazu beigetragen, den Frieden* zu erhalten. Sein Understatement dazu: „Es hat uns einiges zu tun gegeben." Seine Aufgabe war es, Verständnis dafür zu wecken, daß die Schweiz jährlich für 17 Milliarden Schweizer Franken aus der Bundesrepublik Deutschland importiert, während die Deutschen der Alpenrepublik im letzten Jahr Waren im Wert von zehn Milliarden Franken abkauften; daß man keine „Steuer" quer über die Grenzen eintreiben wolle, sondern eine „Gebühr", weil ein so kleines Land, das man sogar ohne zu tanken durchfahren könne, sonst nicht zu dem Seinigen käme – und so weiter.

Die liebenswürdige Beharrlichkeit, mit der Charles Müller seine Vorstellungen vorträgt, hat er auf Auslandsposten in Kairo und Moskau, als Gesandter in Washington und als Botschafter in Indonesien erprobt. Die beiden letzten Posten unterbrachen eine insgesamt zwölfjährige Tätigkeit für die Europäische Freihandelsgemeinschaft EFTA, deren Generalsekretär Müller 1975 wurde.

Begonnen hat die diplomatische Laufbahn für Charles Müller, 1922 in Zürich als Sohn einer Beamtenfamilie geboren, mit dem Studium der politischen Wissenschaften in Genf. Eigentlich wollte er Journalist werden. *Als aber gegen Ende seiner Uni*versitätszeit der Schweizer diplomatische Dienst neu aufgebaut wurde und man tüchtige junge Männer suchte, wurde Bern durch einen Tip aus dem Seminar auf dieses Talent aufmerksam gemacht, dem man hinfort die Verbindung zwischen Außen*amt und den neuen internationalen* Organisationen anvertraute.

Nach Bonn kam Botschafter Charles Müller auf eigenen Wunsch. „Ich habe damit die dritte wichtige Hauptstadt in meiner *Laufbahn*", sagt er. Und er ist davon überzeugt, daß es einen Krieg Bonn–Bern wegen der Autobahngebühren nicht geben wird.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WESER KURIER

Zu den Anschlägen auf US-Einrichtungen kommentiert die Bremer Zeitung:

Sollten die Mutmaßungen von Generalbundesanwalt Rebmann zutreffen, daß nämlich die Gewaltakte in direktem Zusammenhang mit dem Hungerstreik von *RAF-Häftlingen* stehen, dann ist diese Strategie ohnehin nicht zu verstehen: Wo immer in den vergangenen Wochen parlamentarische Vorstöße zur Abmilderung einst verschärfter Anti-Terror-Gesetze unternommen wurden, dienten diese dem Ziel, auch politisch motivierten Tätern ein *Höchstmaß* an Rechten zu gewährleisten. Dazu gehören vielleicht manche Forderungen hungerstreikender Sympathisanten der „Rote Armee Fraktion". Die neue Welle von Gewalt aber dürfte . . . politischen Gegendruck erzeugen.

Schwarzwälder Bote

Das Oberndorfer Blatt meint zur Optimismus-Welle:

Selbst Elisabeth Noelle-Neumann ist vorerst noch sprachlos, und sie sagt auch freimütig warum. Die Demoskopin vom Bodensee, die das *Meinungsklima der Bundesrepublik* und die Stimmungslage ihrer Bürger seit Jahr und Tag auf Herz und Nieren prüft, das heißt erfragen läßt, kann sich noch keinen Vers darauf machen, warum eine Welle von Optimismus sozusagen mit Brachialgewalt über die Bevölkerung hereingebrochen *ist. Nur eines steht fest:* Der große Optimismus ist da. Jeder zweite glaubt daran oder sagt dies wenigstens. Die Demoskopin beschreibt diese „handfeste gute Nachricht" mit großer Gründlichkeit und mißt ihr beachtlichen Prognosewert und wohl auch Langzeitwirkung zu. Und doch steht Frau Noelle-Neumann scheinbar ratlos vor der Springflut neuer Zuversicht . . . Macht nichts. Wenn er nur da ist, und wenn man ihn nur richtig zu deuten vermag.

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Zu Apel heißt es hier:

Hans Apel hat signalisiert: Die Berliner *SPD ist gegebenenfalls nach der* Wahl am 10. März bereit, einen CDU-Minderheitssenat zu dulden. Damit verbunden ist eine klare Absage des SPD-Spitzenkandidaten an die Alternative Liste (AL), mit der er, selbst wenn es rechnerisch möglich sein sollte, weder eine Koalition noch eine *Kooperation eingehen will. Die Grün*de dafür liegen auf der Hand: Die AL vertritt Positionen, die für Berlin existenzgefährdend sind . . . Eine andere Frage allerdings: Wird ihm die Berliner SPD folgen?

LIBERATION

Die Pariser Zeitung sieht Syriens Verantwortung für die Ermordung des PLO-Politikers Kawasmeh als erwiesen an:

Mit der Ermordung Kawasmehs in Amman verfolgten die Syrer zwei grundlegende Ziele: Sie wollen Druck auf König Hassan ausüben, damit er bei der Annäherung an die Palästinenser nicht zu weit geht, und die Tendenzen in der jordanischen Armee stärken, die nur mit Unbeha*gen verfolgen, wie sich die Palästi*nenser in Jordanien installieren. Außerdem wollte Damaskus die Palästinenser in den besetzten Gebieten angreifen, die der ehemalige Bürgermeister von Hebron besser als jeder andere repräsentiert hat . . . Damaskus geht damit das Risiko ein, die Bindungen *zwischen dem PLO-Führer* und den Palästinensern aus den besetzten Gebieten noch zu stärken.

Chile: Trotz der Gewalttätigkeit geht die Apertura weiter

Parteien- und Wahlgesetze werden beraten / Von Günter Friedländer

In einer Unterhaltung mit der *oppositionellen christdemokrati*schen Wochenschrift „Hoy" verteidigte General Cesar Mendoza Duran, Polizeichef von Chile und Mitglied der Regierungsjunta, die während des Belagerungszustandes herrschende Pressezensur damit, daß „die Presse leider Verbrechern viel half, besonders terroristischen Verbrechern, wenn sie Dingen zu große Bedeutung und Publizität gab, die vielleicht besser überhaupt nicht an die Öffentlichkeit gekommen wären".

Die prominente Veröffentlichung von Terrorakten mag zuweilen zur Nachahmung anreizen. Daß aber diese Erwägung eine Pressezensur rechtfertigt, wird allgemein bezweifelt, besonders in den USA, *deren Regierung sich anzuschik*ken scheint, in Chiles innenpolitischen Konflikten zu vermitteln. Die Pressezensur hat dem Image Pinochets geschadet, der allerdings *schon* vorher weltweit eine schlechte Presse hatte. Die unausgeglichene Berichterstattung über Chile und über die Terrorwelle, die *das Land im Dezember heimsuch*te, läßt sogar in liberalen Medien Sehnsucht nach Allende und Sympathie für die Terroristen sichtbar werden, die angeblich den einzigen ihnen offen gebliebenen Weg beschreiten, nachdem der Belagerungszustand doch den Weg der demokratischen Öffnung beendet habe.

Chiles Regierung sieht in dieser Beurteilung der Lage eine Verwechslung von Ursache und Wirkung. Der Belagerungszustand sollte die Gewalttätigkeit auf den Straßen beenden, die lange vorher von Teilen der Opposition organisiert und von anderen toleriert wurde. Die Regierung sagt, sie habe nur Bestimmungen der Verfassung *angewandt, die das chilenische* Volk in Wahlen mit großer Mehrheit angenommen hatte und die Pinochet die Regierung bis 1989 übergab. Der Fortgang des politischen *Prozesses* sei vom Belagerungszustand nicht berührt. „Es kann nicht die Rede davon sein, daß die ‚Apertura' (die politische Öffnung) geschlossen wurde", meint General Mendoza in dem Interview.

Wer glaubt, daß Pinochet den Belagerungszustand bis zur Been*digung seiner Amtszeit ausdehnen* will, unterschätzt den General und die vielen Zivilisten, die mit ihm regieren. Mitte Dezember sagte der einflußreiche Generalsekretär der Regierung, Francisco Javier Cuadra, der Belagerungszustand habe nur Ordnungsmaßnahmen wie die Pressezensur eingeführt, aber nicht die politische Aktivität im Land eingeschränkt.

Ein Beispiel dafür gab Pinochet selbst, als er politische Führer verschiedener Richtungen zu einem Mittagessen einlud, um die nächsten *innenpolitischen Optionen* mit ihnen zu erörtern. Nun scheint der Gedanke wieder im Vordergrund zu stehen, ein Parlament zu schaffen, dessen Mitglieder nicht gewählt, sondern ernannt werden sollen. Hierüber soll auch Chiles Innenminister jüngst mit James Theberge, dem Botschafter der USA, gesprochen haben.

Dieser Unterhaltung muß man besondere Bedeutung zumessen. Die ersten Gerüchte, daß die USA zwischen Pinochet und der Opposition vermitteln wollen, wurden in den USA wie in Chile dementiert. Aber wieder einmal könnte das lateinamerikanische Gesetz gelten, daß das Dementi einer Nachricht *nur deren Wahrheit bestätigt*.

Wie immer man die Unterhaltungen des Ministers mit Beamten des State Department nennen mag: Sie finden statt. Ob sie sehr hilfreich *sein können*, ist allerdings zweifelhaft, in erster Linie, weil die amerikanische Lateinamerika-Politik allzuoft einem Tauziehen der Liberalen im Kongreß, im State Department und in der Presse gegen die konservativeren Kräfte in der Regierung gleicht.

Der Belagerungszustand hat jedenfalls nicht die Arbeit an den *Gesetzen* unterbrochen, die den Übergang zur Demokratie ermöglichen sollen. Hierzu gehören in erster Linie die Gesetze, die ein künftige Wahlen beaufsichtigendes Wahlgericht und ein neues Wählerregister *schaffen sollen. Die politi*schen Parteien sind mehr an dem Gesetz interessiert, das ihrem Tätigkeitsbereich den legalen Rahmen geben soll. Nach Ansicht Pinochets haben die Wahlgesetze Vorrang vor einem Parteiengesetz, aber die Mitglieder der Junta könnten die Prioritäten ändern.

An der Ausarbeitung der Gesetze nehmen mehrere Zivilinstanzen teil: In erster Linie der Staatsrat unter dem Vorsitz Miguel Schweitzers, der den *Gesetzen die legale* Form gibt, sodann das Innenministerium unter Minister Sergio Onofre Jarpa, das Justizministerium unter Minister Hugo Rosende, vier gesetzgebende Kommissionen und schließlich die Regierungsjunta. Die Öffentlichkeit hat Einzelheiten über diese Beratungen erfahren, die zeigen, daß nach der Aufhebung des Belagerungszustandes ein neues Kapitel der politischen Öffnung beginnen soll.

Klein Holland trotzte dem sozialistischen Potsdam

In der „DDR" hat die Abrißbirne weitgehend ausgedient: Auch in Potsdam, das einst „sozialistisch" werden sollte, saniert die Stadt jetzt das *einzige geschlossene* holländische Wohnviertel außerhalb der Niederlande.

Von HANS-R. KARUTZ

Seit 250 Jahren, den Tagen des Soldatenkönigs, stehen sie ausgerichtet wie rotberockte „Lange Kerls" am Rande des Potsdamer Zentrums: vier Karrees mit rotbemalten Ziegelhäusern, anmutig geschwungenen Walmdächern und Dachstuben für die Einquartierung. Es war das Quartier der kleinen Leute, der Handwerker und Händler, Gewerbetreibenden und Arbeiter inmitten der feinen Beamten- und Offiziersstadt. Klein-Amsterdam in der Adelswelt, der schönen Schwester Berlins. Potsdam, am Wasser gebaute Residenzstadt.

In den sechziger Jahren, als die SED vom „sozialistischen Potsdam" träumte und 1968 den Stumpf der weltberühmten Garnisonkirche wegsprengte, munkelte man im bald tausendjährigen „potztupimi" vom Abriß des Holländischen Viertels. Der Sozialismus sollte, glaubte man noch, alles schöner machen und über einen stadtarchitektonischen Leisten schlagen.

In den schnurgeraden Häuserzeilen, vor denen sich das Kopfsteinpflaster buckelt, grassierte der Schwamm. Viele der 155 Gebäude erreichten nicht einmal mehr schlichtesten Wohnstandard. Erst jetzt beendete Potsdams neuer Oberbürgermeister Wilfried Seidel mit einem öffentlichen Wort das Abrißgemunkel endgültig: „Tausende von Potsdamern könnten in solchen historischen Bauten wohnen, wenn sie intakt und zeitgemäß ausgestattet wären."

Denn nicht nur die verordnete Erbepflege läßt die Ratsherren im weltberühmten Knobelsdorff-Rathaus mit dem goldenen Atlas auf der Kuppel vernünftig reagieren: In der Stadt herrscht Wohnungsnot. Die ehemalige Residenzstadt profitiert vom Zuzugsboom aus der Provinz in Richtung Ost-Berlin. Die Mittel sind knapp, und obwohl Ex-FDJ-Chef Günther Jahn als SED-Chef des Bezirks regiert, stand die Stadt im Wohnungsbau nie obenan.

„Potsdam wäre nicht Potsdam ohne seine geschichtsträchtigen Viertel", stellte Seidel jetzt in der Ostberliner „Wochenpost" stolz fest. Die freudige Bescherung für einheimische und auswärtige Potsdamer wird, wie es im neuen Mitteldeutsch heißt, ganz „komplex" vorgenommen. Mit zwei „Taktstraßen" soll der volkseigene Betrieb „Stadtbau" in diesem Jahr zunächst beginnen, 70 der 155 Holland-Häuschen zu rekonstruieren. „Sie sind vom Dach bis zum Fußboden überholungsbedürftig. Viele eignen sich in diesem Zustand nicht als Wohnraum", räumte Seidel in dem Ostberliner Familienjournal ein.

Den Kern dieses selbst im Verfall noch freundlichen und durch Lindenbäume aufgelockerten Ensembles bildeten 134 Häuser. Sie waren 1734 bis 1742 durch niederländische Baumeister im Traditionsstil ihrer Heimat hochgezogen worden. Als sich der Zustrom aus dem Land unter dem Meeresspiegel jedoch in Grenzen hielt, nahmen hinter den Sprossenfenstern und weißumrahmten Türen auch Einheimische Wohnung.

Im berühmten Berliner „Conversations-Handbuch" von Leopold Freiherr von Zedlitz aus dem Jahr 1834 schwärmt der Autor vom Anstrich in „Ziegelroth mit weißen Linien sowie die in Form kleiner Thürme angelegten Schornsteine, die an das Vaterland der hierher verschriebenen Fabrikanten und Handwerker erinnern".

Das kleinstädtisch-sentimentale Geviert muß Potsdam noch vor dem Krieg ganz ungemein geputzt haben. Aber von der Ansehnlichkeit der weißen Klinkerfugen, der reichgeschnitzten Portalumrahmungen, der Stuckrosetten an den Giebeln blieb nicht allzuviel übrig. Aber die blauen Rhomben des international üblichen Zeichens für Denkmalsschutz weisen die Häuserzeilen aus dem Land der Geusen und Oranier als wertvoll aus.

„Eltern haften für ihre Kinder" – Schilder an gesperrten Haustüren warnen heute davor, noch allzulange mit der Generalreparatur zu warten. Schiefe Fensterläden annoncieren tote Höhlen hinter manchen Backsteinen. Mitte der siebziger Jahre brachte man einige der Häuser wieder „auf Vordermann". Wer hier wohnen darf, den beneidet jeder Mieter einer Wohnwabe in den Trabantenstädten in Potsdams Weichbild.

Die Schleifspuren der Pracht ragen manchmal noch aus dem Mauerwerk: rostige Handwerker- und Zunftzeichen. An den Fassaden künden einstmals goldgestrichene Buchstaben vom bescheidenen Reichtum der Täschner und Handschuhmacher. Im „Fliegenden Holländer", dem Ecklokal, wo das Potsdamer „Stangenbier" über den Tresen geschoben wurde, dichten heute die Damen des „VEB Volksbuchhandel" ihre Werbetexte. In der Zoohandlung an der Ecke schwimmen Schleier- und Schwertfische in den Aquarien. Potsdams Aquarienfreunde verlangen hier seit Jahrzehnten: „Einmal Fischfutter, bitte".

Im Quartier der Zimmerleute, Maurer und Wasserbauexperten, die der König im sumpfigen Potsdamer Grund dringend brauchte, begann die Karriere der weltberühmten Hofkonditorei „Rabien". Heute beherbergen diese Räumlichkeiten ein Café, von einem privaten Bäckermeister betrieben und von der Potsdamer Schickeria frequentiert.

Das Viertel hätte das Zeug, ähnlich wie der „Schnoor" in Bremen oder andere Altstadtquartiere in der Bundesrepublik durch Kunst und Kunstgewerbe, Speis und Trank auf eine Weise wachgeküßt zu werden, die Potsdams zwei Millionen Touristen pro Jahr selbst dem Sanssouci des Alten Fritz untreu werden lassen könnte.

Charme, heile Welt, ein wenig Hinterhofmuff und der Reiz der kleinen Form, die auch eine Sanierung im Fließbandverfahren übersteht, liegen über dem Viertel. Die Potsdamer klopften via Ost-Berlin sicherlich auch in Den Haag nicht vergebens an, kämen sie um einige originelle Originalrequisiten aus den Niederlanden für „ihr" Viertel ein.

Denn die Nachfahren des Wilhelm von Nassau fühlten sich auf märkischer Erde wohl. Im Winter nämlich nutzten die „nahewohnenden Holländer" ein heute eingeebnetes Bassin und machten sich „kein größer Vergnügen, als wenn sie mit Schlitten und Schlittschuhen auf dem Eise sich sehen lassen können", schrieb ein Zeitgenosse.



Ein Stück Holland in Potsdam: 155 Häuser aus dem 18. Jahrhundert FOTO: PAUL GLASER

Der ungleiche Kampf der „Prensa" gegen die Sandinistas

„La Prensa", das ist Kampf gegen Diktatur in Nicaragua von rechts und links. Immer mußte die Verlegerfamilie Chamorro bitter dafür büßen. Jetzt ging der Chefredakteur Pedro Joaquin Chamorro ins Exil nach Costa Rica.

Von WERNER THOMAS

Pedro Joaquin Chamorro junior wollte nicht mehr „für das Archiv der Zensurbehörde" in Managua arbeiten. Der tägliche Kampf gegen die Kontrolleure strapazierte seine Nerven. „Mein Geduldsfaden ist gerissen", sagte Chamorro (33), bisher Chefredakteur der nicaraguanischen Oppositionszeitung „La Prensa". Jetzt ging er nach Costa Rica ins Exil. Seine Flucht vor den sandinistischen Comandantes ergänzt die bewegte Geschichte dieses Blattes um ein weiteres Kapitel. Es gibt nicht viele andere Publikationen, die auf eine so schicksalsreiche Vergangenheit zurückblicken, wie diese Zeitung, die selten mehr als 16 Seiten umfaßt.

Die „Prensa", Besitz der Chamorro-Familie, büßte bitter für ihre Weigerung, sich mit Diktaturen zu arrangieren. Sie opponierte gegen die Somozas, die mehr als vier Jahrzehnte das Land beherrschten und das lästige Blatt durch Zensurbestimmungen und Papierentzug bestraften. Die Regierungszeitung „Novedades" bekam alle Anzeigen des Staates. Die „Prensa" unterstützte sehr nachdrücklich die Aktionen der Opposition, die den Diktator schließlich nach einem blutigen Bürgerkrieg stürzten.

Somoza rächte sich noch im Januar 1978, als er Pedro Joaquin Chamorro senior ermorden ließ, den damaligen Verleger und Vater des nun geflohenen Chamorro. Sein Tod mobilisierte die Massen zum Volksaufstand. Auch die Sandinisten würdigen ihn heute als einen Märtyrer der Revolution.

Nach dem Machtwechsel im Juli 1979 wurde das Blatt auf dem kriegszerstörten Verlagsgelände an der nördlichen Ausfallstraße Managuas zunächst notdürftig in Holzbaracken gedruckt. Bald keimten jedoch Meinungsverschiedenheiten in der Redaktion über die marxistischen Ziele der Comandantes.

Violeta Chamorro, die Verlegerswitwe, die neun Monate in der ersten sandinistischen Junta diente, ihr ältester Sohn Pedro Joaquin junior und ihr Schwager Jaime forderten einen Oppositionskurs. Xavier Chamorro, ein anderer Schwager Violetas, wollte dagegen die Comandantes stützen. Der Konflikt ist durch die Gründung des „El Nuevo Diario" beendet worden. „Die neue Zeitung für den neuen Menschen" – so die Aufschrift am Verlagsgebäude – erscheint wenige hundert Meter von der „Prensa". Xavier Chamorro übernahm die Chefredaktion.

Auch Violetas jüngerer Sohn Carlos Fernando (29) stellte sich publizistisch an die Seite der Comandantes. Er avancierte zum Chefredakteur des sandinistischen Organs „Baricada". Wie der „Nuevo Diario" bezieht die graphisch bestgemachte Zeitung Nicaraguas ihre Auslandsberichte fast nur aus kommunistischen Quellen: Prensa Latina (Kuba) und die sowjetische Agentur Tass informieren über die Weltpolitik.

Beide Blätter führten von Anfang an eine heftige Hetzkampagne gegen die „Prensa", der ein reaktionäres und konterrevolutionäres Verhalten unterstellt wurde.

Die „Prensa" zahlte mit gleicher Münze zurück. Provokativ und hämisch kommentierte sie Nicaraguas Marsch in Richtung Marxismus und versäumte keine Gelegenheit, die Schwächen der Comandantes aufzudecken, etwa auf dem Wirtschaftssektor. Prompt wurde ihr ein Maulkorb umgehängt: Seit fast drei Jahren bestimmt eine junge Zensorin, Leutnant Nelba Blandon (26), was gedruckt werden darf. Der damals verhängte Ausnahmezustand verschaffte der Regierung die absolute Kontrolle.

Die Veröffentlichung der „Prensa" ist seither ein „ständiger Nervenkrieg" – so Jaime Chamorro, der neue Chefredakteur. Die Redakteure müssen immer genug neutrales Ersatzmaterial in der Schublade haben, um die weißen Stellen zu füllen. Obgleich die Regierung nach Worten des Junta-Chefs und neuen Präsidenten Daniel Ortega lediglich Themen verbietet, die mit der „nationalen Sicherheit" in Verbindung stehen, streicht Leutnant Blandon gewöhnlich alle Informationen über die prekären Versorgungsschwierigkeiten. Violeta Chamorro nennt die Zensur heute „schlimmer als zu Somozas Zeiten".

Die Chamorro-Familie verklagte jetzt die sandinistische Regierung wegen Verstoßes gegen die eigenen Gesetze und internationale Menschenrechtsvereinbarungen. In den ersten zwölf Tagen des Monats Dezember seien 180 Artikel, Fotos und Karikaturen zensiert worden, hieß es. An zwei Tagen verbot das Blandon-Büro die Veröffentlichung von 28 Artikeln.

Seit der Einführung der Zensur konnte die „Prensa" an 27 Tagen nicht erscheinen, weil fast die Hälfte der Tagesproduktion zusammengestrichen worden war. Die Redaktion zirkuliert das zensierte Material regelmäßig unter den westichen Botschaften, die diese „Prensa Censurada" (zensierte „Prensa") mit Interesse studieren.

Obgleich sich das einzige Sprachrohr der Opposition manchmal so „spannend" liest wie das Telefonbuch Managuas, blieb die „Prensa" die populärste Zeitung Nicaraguas. Die Auflage bewegt sich zwischen 50 000 und 60 000 Exemplaren. Die „Barricada" erzielt ihre etwas höheren Auflageziffern lediglich durch Gratis-Exemplare und die Vertriebsprobleme der „Prensa".

Pedro Joaquin Chamorro junior möchte von Costa Rica aus seinen Kampf fortsetzen: Er will reden und schreiben und erst dann wieder zurückkehren, wenn die Zensur endet. „Das kann in einem Tag sein, in zwei Tagen oder in zwanzig Jahren." Doch glaubt er nicht, „daß sich die Sandinisten ewig halten werden". (SAD)

Am Neujahrstag ist im Rathaus jeder willkommen

Von HERBERT SCHÜTTE

Im Wappen ist das Tor Hamburgs verschlossen, doch das Rathaus steht weit offen. Zum Neujahrsempfang ist jeder geladen, den beiden Bürgermeistern Glück zu wünschen. Die Vorsteher des Senats eines Stadtstaates, dessen Bevölkerung schrumpft, während die Verschuldung steigt, können es gebrauchen. Doch Klaus von Dohnanyi und Alfons Pawelczyk – als neuer Zweiter Bürgermeister zum ersten Mal Adressat der Gratulationen im Rathaus – gehen keinesfalls mit Pessimismus ins Jahr 1985, sondern – wie es in ihrem Neujahrsaufruf heißt – „mit dem Willen zur Erneuerung alter Tugenden wie Tatkraft, Mut, Hilfsbereitschaft und Menschlichkeit".

Menschsein ist heute gefragt, an diesem 1. Januar 1985, Tuchfühlung mit dem Bürger, ein offenes Ohr für seine Fragen und Wünsche. Das alles auf dem festen Boden einer alten Tradition: Alle Bürgermeister nach dem Krieg haben hier die Hamburger – so, wie sie von der Straße hineinkommen – zu Gast gebeten.

Das „Stadt Hamburg an der Elbe Auen", ist verrauscht, die Hamburger „Nationalhymne", mit der die Polizeikapelle den beiden Bürgermeistern gratuliert. Jetzt geben im Treppenhaus des Rathauses Leierkasten nach hamburgischer Folklore den Ton an. Eine lange Schlange von Menschen schiebt sich an den ausgelegten 20 Besucherlisten des Phönixsaals vorbei, hin zum Turmsaal, in dem Dohnanyi und Pawelzyk warten. Die Tapeten zieren die Buchstaben S. P. Q. H. (Senatus Populusque Hammoniensis), man lehnt sich an den Senat des römischen Imperiums, verlängert sozusagen die 1200 Jahre hamburgischer Geschichte, die im Festsaal mit einem riesigen Wandbild des im Strom der Elbe taufenden Erzbischofs Ansgar begonnen wird, bis in die Zeit der Caesaren.

Die Kolonne der Gratulanten schiebt sich nur langsam vorwärts: Mit einem Händedruck und einem Gruß zum neuen Jahr ist es nicht getan. Geschenke werden überreicht: Eine Frau hat eine rote Rose mitgebracht, eine andere gibt Bürgermeister Dohnanyi symbolisch 150 Millionen Mark Inflationsgeld. Der „Hummel-Club von 1902" rückt an, mit Wasserträger Hummel, dem Hamburger „Udl" (Schutzmann) und der legendären „Zitronenjette", die beiden Bürgermeistern zwei Zitronen in die Hand drückt.

Eine sehr alte Dame – Schwedin, jedoch seit mehr als 60 Jahren schon in der Hansestadt ansässig – packt ein bunt bemaltes Holzpferd aus. Die Offiziere der Hamburger Schützengilde melden sich ordenklirrend zur Stelle; ein fünfjähriges Mädchen geht mit einer Kerze auf Klaus von Dohnanyi zu, sagt ein Gedicht auf, weigert sich jedoch hartnäckig, als Belohnung einen Schokoladenriegel anzunehmen. Hanseatische Distanz schon im Vorschulalter ...

Der Betrachter, der seit vielen Jahren diese hamburgische Art des Gesprächs zwischen Bürgermeister und Bürger beobachtet, kommt erneut zu dem Ergebnis: Der Bürger, der die Berührung sucht – das sind in dieser Stadt die älteren Frauen; im Persianer oder im einfachen Anorak. Frauen, die die Pracht des Neorenaissance-Rathauses von innen, die ihren Stadtoberen ins Auge, die sich selbst als Teil dieser Tradition sehen wollen.

„Ich habe ihm Schokolade mitgebracht, denn er ist Krebs wie ich", gesteht eine rüstige Dame von über 60 im Kamelhaarmantel, den „man" in Hamburg trägt, genauso wie die Perlenkette. Eine Achtzigerin – sie fehlt seit mindestens fünf Legislaturperioden bei keiner Bürgerschaftssitzung – hat einen Korb mit Tulpen mitgebracht. Eine weißhaarige Dame mit sehr viel Selbstgestricktem flüstert dem Bürgermeister ihren Glückwunsch ins Ohr und überreicht ihm dann eine antiquarische Ausgabe des „Bildersaals der christlichen Welt".

Briefe werden übergeben: Proteste gegen die verdoppelte Hundesteuer, Kritik am hohen Fahrgeld der öffentlichen Verkehrsmittel, Beschwerden über Lärm. Eine Antwort wird versprochen, doch sie wird kaum zugänglicher sein als die Antworten auf die parlamentarischen Vorstöße der Opposition.

Ihr Wortführer, CDU-Fraktionschef Hartmut Perschau, ist selbstverständlich mit in der Gratulanten-Kolonne, so wie das Präsidium der Bürgerschaft, der SPD-Fraktionsvorstand und viel politische Prominenz. Auf Perschaus Glückwunsch antwortet Dohnanyi: „Für dieses Jahr kann ich Ihnen guten Gewissens viel Erfolg wünschen – im nächsten Jahr wird das etwas schwieriger." 1986 wird gewählt. Wer dann im Turmsaal als Hausherr steht, ist ungewiß – aber der Bürger wird unabhängig von der Parteicouleur mit seinen Wünschen kommen. Gestern waren es mehr als 1500 Gratulanten.



Vor allem ältere Frauen sind es, die den Hamburger Bürgermeistern Neujahrswünsche überbringen FOTO: CHRISTA KUJATH

Strauß: Kein Friede in Nahost ohne Syrien

dpa, **Kairo**

Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hat in einem Interview der Kairoer Zeitung „Al Ahram" betont, daß es keinen Frieden zwischen Israel und den arabischen Staaten ohne eine Beteiligung Syriens geben könne. In dem in der Neujahrsausgabe der Zeitung veröffentlichten Interview vertrat Strauß die Auffassung, daß Syrien bereit sei, „einen aktiven Beitrag" zu leisten, damit eine friedliche Lösung für den Nahen Osten zustande komme. Er habe diesen Eindruck bei seinem Besuch in Syrien im abgelaufenen Jahr in Gesprächen gewonnen. Der bayerische Ministerpräsident fügte hinzu, daß Syrien wesentlich zu einer Befriedung Libanons beitragen könne. Und wenn die Sicherheitsbedürfnisse Israels für sein nördliches Grenzgebiet zufriedenstellend gelöst würden, werde Jerusalem nach seiner Einschätzung bereit sein, die Besetzung Südlibanons zu beenden. Strauß wiederholte in dem Interview seine Ankündigung, daß er „Anfang des neuen Jahres" sowohl Ägypten als auch Israel besuchen wolle. Er habe mehrere Einladungen vom ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak erhalten. Strauß nannte Mubarak einen „äußerst klugen Politiker".

Kripo erteilt Politikern schlechte Noten

AP, **Berlin**

Schlechte Noten für die Politiker auf dem Gebiet der inneren Sicherheit hat der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) ausgeteilt. Der Berliner Landesvorsitzende Ulrich Gähner erklärte am Montag, die Politik habe es im abgelaufenen Jahr nicht verstanden, „die grundsätzlichen Fragen und Probleme der Kriminalitätsbekämpfung befriedigend zu lösen". So sei in Berlin, entgegen den Wunschvorstellungen und Ankündigungen der Politiker, die Kriminalität nicht zurückgedrängt worden. Die Straßenkriminalität etwa sei mit 14 Prozent rasant angestiegen, sagte Gähner. Insbesondere die Diebstähle aus Autos und Automaten sowie die Wohnungseinbrüche hätten beispiellos zugenommen. Mit Hilfe neuer Bekämpfungsstrategien könne zwar die Eigentumskriminalität in Teilbereichen gestoppt werden. Doch die polizeilichen Ermittlungsmethoden, so Gähner, träfen zunehmend lediglich die Kleinkriminellen, da das Rechtssystem „weitgehend intelligent vorgehenden Hintermänner und Großtäter ungeschoren läßt". Das rechtliche Instrumentarium und die zu erwartenden datenschutzrechtlichen Regelungen im Polizeibereich liefen in ihren praktischen Auswirkungen mehr auf den Schutz des raffinierten Rechtsbrechers hinaus, warnte Gähner.

Weniger Aussiedler aus dem Ostblock

dpa, **München**

Insgesamt 36 500 deutschstämmige Aussiedler sind 1984 aus osteuropäischen Staaten in die Bundesrepublik Deutschland gekommen. Damit sind seit Beginn der fünfziger Jahre rund 1,26 Millionen Menschen aus den Staaten des Ostblocks in das Bundesgebiet übergesiedelt. Das berichtete der bayerische Sozialminister Franz Neubauer in München. Trotz der 16 555 deutschen Aussiedler aus Rumänien – über 1000 mehr als 1983 – sind laut Neubauer 1984 insgesamt 1425 weniger Deutsche aus dem Ostblock eingetroffen. Die Zahl der Antragsteller aus dem polnischen Machtbereich sei um 8,4 Prozent auf 17 500 zurückgegangen. Aus dem sowjetischen Machtbereich hätten 911 Menschen, 37 Prozent weniger als 1983, aussiedeln können, aus der Tschechoslowakei 958 (minus 18,5 Prozent). Insgesamt 22 Prozent der 1983 registrierten Übersiedler nahm Bayern auf.

Höffner: Ende des modernen Bewußtseins

dpa, **Köln**

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Kölner Erzbischof Kardinal Joseph Höffner, hat am Silvesterabend die Auffassung vertreten, die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland sei von einer schweren Lebenskrise erschüttert. Manches weise indes auf ein langsames Umschlagen der „geistigen Großwetterlage in unserem Volke" hin. Das sogenannte „moderne Bewußtsein" gehe dem Ende entgegen. „Besonders die junge Generation stellt ungestüm die Frage nach dem Sinn." Der Erzbischof äußerte die Hoffnung, daß das neue Jahr zu einem neuen Besinnen und Aufbrechen führen werde. „Der Einbruch der religiösen Gleichgültigkeit" lasse erkennen, wieviel zu tun sei. Die Statistiken zeigten diesen Trend an: Von rund 2,5 Millionen Katholiken im Erzbistum Köln seien 1983 durchschnittlich nur etwa 500 000 regelmäßig zur Kirche gegangen. Von 1977 bis 1983 seien im Kölner Bereich 53 244 Katholiken aus der Kirche ausgetreten.

Kommt Dohnanyi auch mit Albrecht ins reine?

Kein Ende des Streits um A 26 und Amerika-Hafen in Sicht

UWE BAHNSEN, **Hamburg**

Wenn Hamburgs sozialdemokratischer Bürgermeister Klaus von Dohnanyi sich gestern nach dem traditionellen Neujahrsempfang für die Hanseaten im Rathaus auf dessen Turm begeben haben würde, um die politische Wetterlage im Norden und Süden der Stadtrepublik zu rekognoszieren, so hätte er in Richtung Kiel eine stabile Schönwetterzone ausmachen können. Im Regierungslager des Christdemokraten Uwe Barschel ist man angesichts der Rahmenvereinbarung vom Mai 1984, die Schleswig-Holsteins Interessen sehr dienlich ist, gut auf den roten Adligen im Hamburger Rathaus zu sprechen. Der Blick nach Süden jedoch könnte den Bürgermeister nicht fröhlich stimmen: Zwischen dem SPD-Senat in der Hansestadt und dem CDU-Kabinett in Hannover unter Ernst Albrecht hat sich eine Wolkenwand aufgebaut, die kräftige Wintergewitter befürchten läßt.

Die Gründe für dieses schlechte Wetter zwischen Hamburg und Niedersachsen sind beiden Landesregierungen wohlbekannt; sie sind auch nicht neu. Bedenklich ist zur Jahreswende allerdings, daß sich nicht einmal ein Silberstreif am Horizont abzeichnet, der auf eine Besserung hoffen läßt. Es geht – abgesehen von atmosphärischen Eintrübungen – um drei Kernprobleme, die handfeste Interessenkonflikte in sich bergen: Ob Hamburg den daniederliegenden, 60 Hektar großen Amerika-Hafen und das Steubenhöft in Cuxhafen, beides seit 700 Jahren in hanseatischem Besitz, an Niedersachsen abtritt oder ihm zumindest die Nutzungsrechte einräumt; ob ferner beide Länder gemeinsam, dem Wunsch Hannovers folgend, beim Bund für den Bau der Autobahn A 26 von Hamburg nach Stade eintreten, und ob schließlich Niedersachsen dafür Hamburg Deponieflächen für die Ablagerung von Müll und Hafenschlick zur Verfügung stellt.

Hohe Unfallzahlen

Schwierig ist die Lösung dieser Probleme in einer Rahmenvereinbarung, wie sie mit Schleswig-Holstein zustande kam, weil die Verhältnisse in der Hamburger SPD so kompliziert sind – wichtigen Entscheidungen pflegt ein innerparteilicher Kuhhandel zwischen dem Mitte-Rechts-Lager der Regierungspartei und ihrem linken Flügel vorauszugehen. Das schon zehn Jahre andauernde Tauziehen um die A 26, die auf etwa acht Kilometer Länge über Hamburger Gebiet führen würde, ist dafür ein klassisches Beispiel. Niedersachsen wünscht den Bau dieser Schnellstraße wegen des starken Durchgangsverkehrs und der hohen Unfallzahlen auf der B 73 Hamburg–Stade, aber auch generell zur Stärkung der strukturschwachen Unterelberegion. Der Hamburger Senat hingegen führt für seine ablehnende Haltung neben Umweltfolgen auch die Befürchtung an, die Autobahn könne einerseits mehr Einpendler nach Hamburg locken, was den Arbeitsmarkt belasten würde; zugleich werde aber auch die Abwanderung von Firmen aus der Hansestadt in das niedersächsische Umland gefördert. Dahinter steht freilich ein mühsam ausgehandelter SPD-interner Kompromiß: Die Linken waren nur bereit, Dohnanyis Zusage an Barschel für eine Autobahnanbindung des Flughafens Fuhlsbüttel mitzutragen, wenn im Gegenzug auf den Bau der A 26 verzichtet würde. So kam es: Mit ihrer absoluten Mehrheit setzte die SPD einen entsprechenden Beschluß durch.

Hannover empört

Im Kabinett in Hannover brandete Empörung auf – Albrechts Wirtschafts- und Verkehrsministerin Birgit Breuel (CDU) nannte das Hamburger Votum „ein gewaltiges Eigentor". Was sie damit meinte, erläuterte der Regierungssprecher Hilmar von Poser: Niedersachsen werde die Autobahn notfalls im Alleingang bis zur Hamburger Grenze bauen. Mit Entgegenkommen bei der Ablagerung von Müll und Hafenschlick könnte der Senat dann allerdings nicht mehr rechnen.

Zu einer ähnlichen Konfrontation haben die Divergenzen um den Amerika-Hafen geführt. Hannover will nicht mehr länger hinnehmen, daß in Cuxhaven der Kernbereich des gesamten Hafens, der Hamburg gehört, praktisch brach liegt, weil der Senat sich gegen eine Nutzung sperrt. Im Hamburger Rathaus hingegen will man auf den Amerika-Hafen ebenso wie auf das hamburgische Gebiet um Neuwerk und Scharhörn nicht verzichten, um sich eine Option für zukünftige Planungen offenzuhalten. Wie bei der Ablagerung von Müll und Schlick sitzen Dohnanyi und seine Rathaus-Regenten freilich auch hier am kürzeren Hebel: Wenn es nicht zu einer Einigung mit Niedersachsen kommt, will die Landesregierung Ernst Albrechts in der Nachbarschaft des umstrittenen Hafengeländes, in Altenbruch, einen seeschiffstiefen Containerhafen bauen lassen.

Die Aussöhnung mit den Bauern ist für 1985 ein Hauptanliegen der CSU

Von PETER SCHMALZ

Für den Münchner in der bayerischen Staatskanzlei beginnt ein Jahr der Reisen. Osteuropa von Ungarn über Bulgarien bis Rumänien steht ebenso auf dem Flugplan von Franz Josef Strauß wie der Nahe Osten von Ägypten über Syrien, Libanon nach Saudi-Arabien. Dazu kommt das südliche Afrika mit Sambia, Namibia und Moçambique. Und nicht ausgeschlossen ist der eine oder andere private Abenteuertrip mit politischem Touch wie im abgelaufenen Jahr zum allgemeinen Erstaunen der Abstecher ins isolierte Albanien.

Die Lust an der Außenpolitik, deren Ressort ihm in Bonn verwehrt blieb, und die Anerkennung, die er unabhängig von Ämtern und Titeln weltweit genießen darf, gehören zu den Triebfedern der geplanten Reisetätigkeiten des Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden, der im September immerhin auch noch seinen 70. Geburtstag zu feiern hat. Eine andere, bedrückende Motivation ist aber der Wunsch, die Erinnerungen an das vergangene Jahr abzustreifen und den Blick nach vorn zu richten. 1984 brachte Strauß die tiefste persönliche Erschütterung, als seine Ehefrau Marianne am 22. Juni bei einem Verkehrsunfall ums Leben kam.

Es war aber auch das Jahr, in dem ein lange gehegter politischer Wunsch womöglich sogar für lange Zeit abgelegt wurde: Das Streben nach einem Platz am Kabinettstisch in Bonn ist abgeflaut, Strauß hat sich offensichtlich in dem Amt in München, das er schon früher, damals aber eher ungläubigen Ohren gegenüber, als das schönste in Europa bezeichnet, behaglich eingerichtet und fühlt sich seines Einflusses auf die Bundespolitik sicherer als zu Beginn dieser Koalition. Daß er sich nicht einmal mehr gen Bonn bewegen muß, um Bundespolitik zu betreiben, zeigte er erst jüngst mit seinem Nein zu der von Christdemokraten gewünschten Neuauflage der Zwangsanleihe. Wenn dann gar ein Bundesfinanzminister zum Bittgang in die Münchner Staatskanzlei kommt und mit nicht mehr als einem bekräftigten CSU-Nein abfliegt, leckt sich der bayerische Löwe wohlgefällig die Tatzen. Auch der Kompromiß zur Krankenhausfinanzierung wurde nicht in Bonn sondern in der Münchner Prinzregentenstraße geschlossen, wohin sich ein Kanzleramts- und ein Bundesarbeitsminister begeben mußten.

Im eigenen bayerischen Wirkungskreis kann der Ministerpräsident auf zwei markante Gesetzesverabschiedungen hinweisen, die weit über die Grenzen des Freistaats ausstrahlen. Da war einmal die Verankerung des Umweltschutzes in der bayerischen Verfassung, wozu die Regierungspartei durch die Androhung der SPD-Opposition, ein Volksbegehren durchzuführen, sanft gedrängt wurde und weshalb SPD-Landes- und Fraktionschef Helmut Rothemund in seinem Jahresrückblick Bayern als das einzige Land lobt, „in dem die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen in Verfassungsrang erhoben wurde".

Das zweite Gesetz fand dagegen keine Zustimmung der Opposition, die deshalb sogar den Verfassungsgerichtshof anrufen will: Sie sieht in dem neuen bayerischen Mediengesetz eine Gefahr für die öffentlich-rechtliche Kontrolle der Neuen Medien, wie sie in 11a der Verfassung vorgeschrieben ist. Staatssekretär Edmund Stoiber, als



Leiter der Staatskanzlei die rechte Hand des Ministerpräsidenten sieht dagegen keine Chance für eine verfassungsrechtliche Anfechtung und lobt vielmehr die Möglichkeit auch privater Programmgestalter, unter dem neuen öffentlich-rechtlichen Dach einer Landesmedienanstalt teilzuhaben am Aufbruch in ein neues Kommunikationszeitalter.

Zum Kummer der Landesplaner konzentriert sich der neue Boom aber um die Landeshauptstadt, während weite Teile des flächengrößten Bundeslandes an wirtschaftlicher Auszehrung leiden. Für ein herausragendes Problemgebiet in der Oberpfalz erhofft sich die Landesregierung neuen Aufschwung durch den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage für abgebrannte Kernbrennstoffe. Das politisch stabile Bayern glaubt sich dabei gegenüber dem Konkurrenten Niedersachsen im Besitz der besseren Karten, wenn Anfang Februar über den Standort endgültig entschieden wird.

Politisch geht Bayern in ein ruhiges Jahr, doch jede der Bundestagsparteien hat im Freistaat aus den 84er Wahlen noch hinreichend Stoff zum Aufarbeiten. Die Kommunal- wie die Europawahl brachten der CSU Verluste, die insgesamt ihre absolute Mehrheit und damit auf Landesebene die nun über 27 Jahre währende CSU-Regierung auf absehbare Zeit nicht gefährden, aber dennoch ein Alarmsignal sein müssen. „Schönheitsfehler werden ernstgenommen", sagte CSU-Generalsekretär Gerold Tandler nach der Kommunalwahl im März und dachte dabei vor allem an den spektakulären Sieg des SPD-Politikers Georg Kronawitter im Münchner Rathaus. Bei der Europawahl im Juni ging es schon um mehr als nur die Schönheit: Die Bauern, aufgebracht durch die von einem CSU-Minister mitgetragenen Brüsseler Milchbeschlüsse, gaben ihrer Traditionspartei CSU einen Korb, die dadurch von 62,5 auf 57,2 Prozent rutschte. Der Ärger der bayerischen Landwirte auf „ihre" Partei ist noch nicht verraucht, und Gerold Tandler wird im neuen Jahr erhebliche Mühe auf die Bereinigung der Bauernfront aufbringen müssen.

Hilfreich wird ihm dabei sein, daß von den anderen Parteien kaum schlagkräftige und schmerzhafte Kontras zu befürchten sind. Die bayerischen Grünen hatten vor 14 Monaten den Sprung ins Landesparlament verpaßt, konnten dann bei der Europawahl mit 6,8 Prozent zwar einen Achtungserfolg erzielen, konnten sich aber zwischen der Umwelteuphorie von CSU und SPD nur schwer artikulieren und mußten zudem die Sorgen mit Bastian und Kelly verkraften.

Die FDP trägt noch schwer am Verlust der Landtagsmandate und wird noch geraume Zeit benötigen, ehe sie unter der Führung des eifrigen und ideenreichen Landesvorsitzenden Manfred Brunner eine neue personelle und programmatische Schlachtordnung gefunden hat. Auch die SPD, die bisher nur wenig die Chance zu nutzen wußte, alleinige Oppositionspartei im Parlament zu sein, liegt mehr mit sich als mit dem politischen Gegner im Hader. Debatten um eine neue Organisation des Landesverbands und über neue Programminhalte werden an der ohnehin mangelhaften Offensivkraft der weißblauen Sozialdemokraten bis in den Herbst hinein zehren. Wer in dieser allgemeinen Schwäche der bayerischen Parteien die beste Therapie findet und am besten gestärkt hervorgeht, wird sich aber erst 1987 zeigen, wenn im Oktober der nächste Landtag gewählt wird. Mit einem aber wird schon heute gerechent: Auch dann heißt der Ministerpräsident Franz Josef Strauß.

Gandhi bildet Kabinett der „Saubermänner"

PETER DIENEMANN, **Neu-Delhi**

Der indische Ministerpräsident Rajiv Gandhi scheint entschlossen, sein Wahlversprechen von der „sauberen, effektiven Regierung" einhalten zu wollen. Drei Tage nach dem überwältigenden Wahlsieg der Kongreß-Partei stellte Rajiv zum Jahresende sein neues Kabinett der „Saubermänner" und politischen Schwergewichte vor.

Wie schon seine Mutter Indira behält sich Rajiv das Außenministerium vor, hat aber wichtige Ämter an Könner vergeben. Da ist V. P. Singh, früher Ministerpräsident des Bundesstaates Uttar Pradesh, jetzt Finanzminister. Er ist einer der „Großen" in der Kongreß-Partei, der durch seine Autorität die Regierungspartei vor Aufsplitterung bewahrt hat. Da ist Bhansi Lal, der nach fünfjähriger „Abstinenz" unter Indira Gandhi von Sohn Rajiv ins Kabinett zurückgeholt wurde und jetzt Eisenbahnminister ist. Ein schwieriges Amt, das jenes Geschick im Verhandeln mit Gewerkschaften und im Wirrwarr indischer Eisenbahnbürokratie erfordert, welches seinem Vorgänger offenbar fehlte.

Fachleute geholt

Daß Rajiv Gandhi nicht, wie von vielen erwartet, seinen Freunden und Beratern wie Arun Singh oder Arun Nehru wichtige Machtpositionen gegeben hat, wird auch von der Opposition lobend bemerkt. So ist Arun Nehru, ein entfernter Verwandter Rajivs und einstiger Klassenkamerad, Staatsminister für Energie geworden. Arun Singh ging leer aus. Und zu den Fachleuten zählt zweifellos auch der frühere Verteidigungs- und jetzige Innenminister S. B. Chavan. Sein Ministerium war unter Vorgänger Narasima Rao in Zusammenhang mit der Ermordung Indira Gandhis und den anschließenden Unruhen im Land ins Kreuzfeuer der Kritik geraten. Von Chavan wird eine Straffung der Verwaltung und Führung des Ministeriums „mit starker Hand" erwartet.

Beobachter rätseln darüber, daß Pranab Mukherjee der 40 Mann starken Regierung fehlt. Mukherjee war von Rajiv Gandhi nach der Ermordung Indiras als Finanzminister im Amt bestätigt worden, gilt als hervorragender Spezialist und war zudem einer der engsten Mitarbeiter Indira Gandhis.

Ohne neues Ministeramt, so erwarten politische Beobachter, wird ihm voraussichtlich die nicht einfache Aufgabe übertragen werden, die Kongreß-Partei zusammenzuhalten. Denn Rajiv Gandhis Entscheidung gegen altgediente Kongreß-„Kämpfer" und für junge Fachleute bei der Vergabe von Ministerposten hat nicht wenige innerhalb der Parteiführung enttäuscht. „Uns droht", so meint ein Kongreß-Führungsmitglied, „möglicherweise ein Bruch in der Partei wie unter Indira Gandhi Anfang der 70er Jahre".

Die „Freude" über den Wahlsieg und den jungen Ministerpräsidenten, so gibt er zu bedenken, könne schließlich nicht jahrelang dauern. Jetzt müsse Rajiv erst einmal beweisen, ob er tatsächlich so viel könne, wie er im Wahlkampf behauptet hat. Von seinen Ministern jedenfalls verlangt der 40jährige Ex-Pilot Leistung. „Ihre Leistung", so verkündete Rajiv bei der Vereidigung seines Kabinetts, „wird über die Zukunft der Minister entscheiden." So soll es zum Beispiel künftig auch keine stellvertretenden Minister mehr geben, denn die haben nach Rajivs Ansicht „keine Arbeit und kosten nur Geld". Seine Mutter hatte die beliebten Posten noch dazu benutzt, verdiente Parteimitglieder „unterzubringen".

Erwartungen erfüllt

Mit der Auswahl seiner Minister hat Rajiv Gandhi eine der Erwartungen seiner Wähler bereits erfüllt. Denn sie sorgten mit einer noch nie in Indien erlebten Klarheit für „einen frischen Wind" in der Regierung. „Es ging dem Wähler darum", so ein Wahlanalytiker, „ein neues Gesicht, unverbraucht und unbelastet von fragwürdiger politischer Vergangenheit an die Spitze des Landes zu stellen."

Dies mußte vor allem die Opposition bei den Wahlen am 24. und 27. Dezember spüren. Während die Kongress-(I)-Partei 400 von 508 Sitzen im Parlament erhielt, gerieten die Bauernpartei Charan Singhs, die DMKP, mit drei Sitzen, die rechtskonservative BJP des früheren Außenministers Vajpayee mit zwei und die sozialistisch angehauchte Janata-Partei mit zehn Sitzen ins hoffnungslose Abseits. Die große Überraschung der Wahl ist die Regionalpartei Telugu Desam. Mit Hilfe der Popularität ihres Führers, des Ministerpräsidenten von Andra Pradesh, N. T. Rama Rao, wurde sie mit 28 Sitzen zweitstärkste Partei im Parlament. Auf dem dritten Rang folgt bereits die Kommunistische Partei, die in West-Bengalen an der Regierung ist und dort auch das meiste Stimmenpotential hat.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc, 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Forderungen von Weizsäckers an die Wissenschaft

dpa, **Bonn**

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat die Ansicht bekräftigt, daß die Zukunftstechnologien eine neue Verantwortung der Wissenschaft notwendig machten. In einem Rundfunkinterview sagte der Bundespräsident gestern, die Möglichkeit, die Natur selbst zu beeinflussen und zu verändern, sei Bestandteil des wissenschaftlichen und technischen Wirkens.

Die Gentechnologie beispielsweise, die Krankheiten beseitigen wolle, werfe ohne Zweifel die Frage nach der Verantwortlichkeit des wissenschaftlichen Handelns auf. Es liege daher im Interesse der Wissenschaftler, wenn sie die Frage der Verantwortung in ihre eigene wissenschaftliche Forschung einbezögen.

USA: Getrennte Verhandlungen mit Moskau

dpa, **Washington**

US-Außenminister George Shultz will nach Informationen der „Washington Post" seinem sowjetischen Kollegen Andrej Gromyko bei dem Treffen am 7. und 8. Januar in Genf getrennte Abrüstungsverhandlungen über Offensiv- und Defensivwaffen vorschlagen. In der ersten Runde sollten die im Spätherbst 1983 abgebrochenen Verhandlungen über Interkontinental- und Mittelstreckenraketen zusammengefaßt, in der zweiten dann ausschließlich über Anti-Satelliten-Waffen und das von Präsident Reagan vorgeschlagene Defensivsystem zur Abwehr von Raketen aus dem All gesprochen werden. Solange nicht tatsächlich Verhandlungen begonnen hätten, werde Reagan keinen Moratorien über Weltraumwaffen zustimmen.

Kritik an NATO-Strategie verworfen

Weinberger: Abschreckung nötig auch bei Stärkung der konventionellen Streitkräfte

C. GRAF BROCKDORFF, **Brüssel**

Zum ersten Mal nach der Wiederwahl Präsident Reagans hat der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger sich grundsätzlich zur Zukunft der Abschreckung und der NATO-Strategie der „Flexible Response" geäußert. In einem Artikel in der jüngsten Ausgabe des Magazins „NATO's Sixteen Nations" erklärt Weinberger, es bedürfe keiner neuen Strategie für die Zukunft, sondern der Suche nach Wegen, um die „von Grund auf gesunde" Strategie der Atlantischen Allianz in angemessener Weise zu unterstützen.

Der Artikel enthält ein umfassendes Bekenntnis zur „Flexible Response", die eine „solide Basis für die zukünftigen Jahre" darstelle. Kritik weist Weinberger zurück. Er argumentiert, die Behauptung, der Verlust der Überlegenheit des Westens auf dem Feld der nuklearen Mittel- und Interkontinentalwaffen habe der Drohung mit der Eskalation eines Krieges die Glaubwürdigkeit genommen, sei falsch. „Eine effektive und glaubwürdige Abschreckung in Friedenszeiten hängt nicht von militärischer Überlegenheit ab, sondern von der Fähigkeit, einem potentiellen Angreifer unannehmbaren Schaden zufügen zu können."

Weinberger schreibt: „Die kritische Funktion in Europa stationierter Atomwaffen und des darauf basierenden Eskalationsprozesses stellt die Sowjetunion vor die Wahrscheinlichkeit einer sich entwickelnden Situation, die, wenn es nicht gelingt, sie mit politischen Mitteln umzukehren, zu einem interkontinentalen nuklearen Schlagabtausch führen könnte." Die ständig bestehende Möglichkeit, daß ein Angriff der Sowjetunion gegen Westeuropa eine „Reihe von Ereignissen auslösen kann, die letztlich die Überlebensfähigkeit des Sowjetstaates in Frage stellen", könnte die Sowjetunion vor einem derartigen Schritt abhalten.

Entschieden weist Weinberger strategische Denkschulen zurück, die davon ausgehen, man könne die konventionelle NATO-Verteidigung so stärken, daß ein Angriff des Ostens sehr wahrscheinlich zurückgewiesen werden könne und die Sowjetunion vor die Notwendigkeit gestellt werde, Atomwaffen einzusetzen, um zum Erfolg zu kommen.

Es besteht nach Ansicht Weinbergers die Notwendigkeit, die konventionellen Streitkräfte der NATO zu stärken und zu verbessern. Das dürfe nicht dazu führen, die Ordnung mit dem Ersteinsatz von Atomwaffen zurückzuziehen. (SAD)

UNSICHERHEIT IN DER WELT (III): VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA

New Yorker billigen Selbstjustiz eines Pistolenschützen

Von FRITZ WIRTH

Erst fragten sie ihn nach der Zeit. Dann verlangten sie eine Zigarette. Als sie schließlich fünf Dollar von ihm forderten, zog der Mann eine Pistole aus seinem Gürtel, sagte: „Ja, ich habe fünf Dollar für jeden von euch" und schoß die vier sehr düster und drohend aussehenden Bittsteller kaltblütig nieder. Die vier Jugendlichen Farbigen liegen noch heute im Krankenhaus, einer von ihnen wird den Rest seines Lebens im Rollstuhl verbringen. Der Pistolenschütze stellte sich Silvester der Polizei. Sein Name: Bernhard Goetz.

Der Fall ereignete sich kurz vor Weihnachten in der New Yorker U-Bahn. Es gibt täglich schlimmere Verbrechen in dieser Stadt und in den USA, doch kaum eines hat die Öffentlichkeit mehr beschäftigt. Denn viele Bürger dieser Stadt identifizierten sich unverzüglich mit dem Pistolenschützen und seiner kühlen Art von Selbstjustiz. Einige Rechtsanwälte der Stadt boten sich an, ihn kostenlos vor Gericht zu verteidigen. Andere kürten ihn schlicht zum „Helden". Einige besonders emotionale BÜrger riefen bei Zeitungen und Rundfunkanstalten an, um öffentlich festzustellen, dies sei genau der Mann, den New York brauche, und forderten ihn auf, sich für das Amt des Bürgermeisters zu bewerben.

Der immer noch bemerkenswert populäre amtierende Bürgermeister Koch eilte indes erschreckt vor die Fernsehkameras, um seine Mitbürger zu belehren, daß dies nicht die rechte Art sei, der wachsenden Verbrechenswelle in New York Herr zu werden. Dies sei nicht die Stunde der „Vigilanten", sondern der Polizei. Er ordnete an, daß insgesamt 3000 Polizisten eingesetzt werden, um die täglichen drei Millionen New Yorker U-Bahn-Fahrer zu schützen.

Ratloser Bürgermeister

Sehr beeindruckt waren die New Yorker Bürger von dieser späten Maßnahme nicht. Sie mögen sich nicht mehr auf Sondereinsätze der Polizei verlassen, sie wollen Taten sehen, schnell und resolut, wie eben die des Pistolenschützen.

James O. Wilson, Politik-Wissenschaftler an der Harvard-Universität, beschrieb die Stimmung der Bürger: „In New York City gibt es in Law-and-order-Fragen keine Liberalen mehr. Alle Liberalen sind bereits einmal überfallen und ausgeraubt worden."

Bürgermeister Koch steht mit dem Rücken an der Wand und hat für seine Mitbürger nur noch einen schwachen Trost: „Ich wehre mich dagegen, daß New York zur Hauptstadt des Verbrechens in unserem Land abgestempelt wird. Es gibt in den USA mindestens vier Städte mit höheren Verbrechensraten."

Er hat recht. Die Situation in Los Angeles, San Francisco, Chicago und Detroit ist heute ernster als die in New York. Damit sind nicht sogenannte Kavaliersdelikte gemeint, wie beispielsweise Autodiebstahl, die eher schulterzuckend zur Kenntnis genommen werden. So werden nach Angaben des Justizministeriums jährlich eine Million Autos in den USA gestohlen, von denen die Hälfte niemals wiedergefunden wird.

Wesentlich besorgniserregender ist die Tatsache, daß die Verbrechen immer gewaltsamer werden, daß die Täter immer schneller zur Waffe greifen, daß der Anteil der Jugendlichen an diesen Verbrechen erschreckend groß ist und daß diese Jugendlichen sich immer häufiger in Straßenbanden zusammenschließen, die sich oft untereinander blutige Gefechte liefern.

So schätzt die Polizei in Los Angeles, daß zur Stunde etwa 420 Straßenbanden in ihrer Stadt operieren. In Detroit, das im Augenblick die Stadt mit der höchsten Verbrechensrate in den USA ist, wurden im Jahre 1984 insgesamt 242 Jugendliche unter 17 Jahren registriert, die von Pistolenschüssen getroffen wurden, 18 von ihnen tödlich. Die Statistik des Jahres 1983 weist unter den verhafteten Jugendlichen unter 18 Jahren landesweit 1345 Morde, 4388 Vergewaltigungen, 35 219 Fälle von Raub und 33 730 gewaltsame Überfälle aus.

Das Bemerkenswerte: Diese Zahlen sind rückläufig. Der Grund: In 21 amerikanischen Staaten ist in den letzten Jahren die Strafprozeßordnung gegenüber Jugendlichen verschärft worden. In diesen 21 Staaten haben Richter die Möglichkeit, die Verfahren gegen besonders hartgesottene jugendliche Täter von Jugendgerichten an normale Gerichte zu überweisen.

Ruf nach der Todesstrafe

Der Unterschied: Während bei Jugendgerichten die Haftstrafe höchstens sechs Jahre beträgt, droht ihnen bei normalen Gerichten eine lebenslange Haft. So wurden allein im Jahre 1983 über 14 000 Jugendliche Täter an Erwachsenengerichte überwiesen.

Abgesehen von den Straftaten Jugendicher steigt die Zahl der Gewaltverbrechen in den USA weiter an. Das hat in der amerikanischen Öffentlichkeit automatisch den Ruf nach dem elektrischen Stuhl verstärkt. Nach einem Moratorium von zehn Jahren gibt es seit 1976 wieder in 38 amerikanischen Staaten die Todesstrafe. Seither endeten 32 Mörder auf dem elektrischen Stuhl, und diese Zahl steigt rapide.

Während beispielsweise in den sieben Jahren zwischen 1976 und 1983 insgesamt elf Personen hingerichtet wurden, waren es allein im Jahre 1984 21 Hinrichtungen.

Insgesamt sitzen zur Stunde 1445 Schwerverbrecher in den sogenannten Todeszellen ein, unter ihnen 16 Frauen. 40 Prozent dieser Todeskandidaten sind Farbige. Henry Schwarzschild von der amerikanischen „Bürgerrechts-Union" sagt voraus, daß es im Jahre 1985 in den Vereinigten Staaten mindestens 50 Hinrichtungen geben wird. Zugleich wird die Zahl der Kandidaten in den Todeszellen in diesem Jahr voraussichtlich um 250 ansteigen. In nur fünf der 38 Staaten, in denen die Todesstrafe wiedereingeführt wurde, sind die Todeszellen zur Stunde leer. Dagegen sitzen 75 Prozent der Todeskandidaten in Gefängnissen der Südstaaten ein. Allein 30 Prozent der 32 Hinrichtungen seit dem Jahre 1976 fanden in Florida statt.

Keine Einreise für Professor aus Moskau

SAD, London

Die britische Regierung hat dem Moskauer Professor Faridowitsch Tairow (47) die Einreise nach Großbritannien verweigert. Tairow war von der britischen Friedensbewegung „CND" (Campaign for Disarmament) eingeladen worden und wollte am kommenden Wochenende auf einem „Tribunal" den Weltfriedensrat vertreten.

Das Londoner Innenministerium erteilte jedoch keine Einreiseerlaubnis und teilt zur Begründung mit, ein England-Aufenthalt von Tairow sei „nicht im öffentlichen Interesse". Der Weltfriedensrat ist eine vom Kreml gesteuerte „Friedensbewegung", die einseitig die atomare Abrüstung des Westens verlangt, von Moskau vergleichbare Maßnahmen jedoch nicht fordert.

China öffnet freien Markt für Getreide

AP, Peking

Die chinesische Landwirtschaft ist vom kommenden Jahr an nicht mehr verpflichtet, einen Teil ihrer Getreideproduktion bei staatlichen Aufkaufstellen abzuliefern. Künftig soll der staatliche Handel seinen Getreidebedarf durch Verträge mit den Produktionsgenossenschaften oder durch Käufe auf dem freien Markt decken. Die amtliche Nachrichtenagentur Xinhua berichtet, die Entscheidung sei bei einer Arbeitstagung getroffen worden, an der KP-Chef Hu Yaobang und Ministerpräsident Zhao Ziyang teilnahmen.

In der vergangenen Woche hatte der Leiter des Agrarwirtschaftlichen Instituts, Niu Ruofeng, berichtet, daß das Ergebnis der Getreideernte 1984 mit mehr als 400 Millionen Tonnen erstmals in der Volksrepublik den Bedarf übersteige. Der Ernteertrag liegt um 12,5 Millionen Tonnen über dem von 1983 und um 82 Millionen Tonnen über dem Ergebnis von 1980.

Während Reis, Weizen und anderes Getreide im Überfluß vorhanden sind, herrscht an Fleisch und anderen Nahrungsmitteln noch Mangel. Das KP-Organ „Renmin Ribao" (Volkszeitung) schrieb: „In Zukunft wird das Land produzieren, was der Markt verlangt. Damit haben die Bauern größere Entscheidungsfreiheit, während der Staat wirtschaftliche Mittel zur Regulierung einsetzt."

Mit Moskau ohne Illusionen verhandeln

Von M. VOSLENSKY

In einigen Tagen treffen sich die Außenminister der USA und der Sowjetunion, Shultz und Gromyko, in Genf. Noch vor kurzem hatte Moskau erklärt, es werde keine Rüstungskontrollverhandlungen mehr geben, solange die in Westeuropa stationierten Nachrüstungs-Raketen nicht zurückgezogen würden. Die westliche Prognose, der Kreml würde nach der Wiederwahl Reagans doch verhandlungsbereit sein, verwarf man in Moskau durch entschlossene Dementis.

Die von diesem Theaterdonner Beeindruckten im Westen beweinten schon eine zu erwartende lange „Eiszeit" in den Ost-West-Beziehungen. Jetzt ist der Bluff geplatzt. Die Sowjets reden nicht mehr über den „Raketenzaun", der angeblich Verhandlungen unmöglich macht, verlangen keinen Raketenabzug als Vorbedingung und kehren zum Verhandlungstisch zurück. Die konsequente Erfüllung des NATO-Doppelbeschlusses erwies sich als ein wirksamer Ansporn zum neuen Gespräch.

Noch einmal hat sich gezeigt, daß die sowjetische Außenpolitik voraussagbar ist. Sie basiert nämlich auf dem von Lenin bejahend zitierten und einleuchtenden Sprichwort: „Dajut – beri, bjut – begi", also: „Gibt man, nimm keck; schlägt man, lauf weg."

Verifizierbare Abkommen als Ziel

Moskau hatte den NATO-Doppelbeschluß durch die Aufstellung der SS 20 bewußt provoziert: Man hatte im Kreml eigentlich keine andere Antwort der NATO erwarten können, als einen Gegenstationierungsbeschluß. Aber danach verlief alles nicht plangemäß – die Raketen werden in Westeuropa tatsächlich stationiert Die Meinungsverschiedenheiten im westlichen Bündnis erwiesen sich als unbedeutend, und die Friedensbewegung war schwächer als in Moskau erwartet. Also muß – nach allen dramatischen Worten – die sowjetische Diplomatie den Gang zum Verhandlungstisch antreten.

Diese Rückkehr ist nützlich, aber noch kein Grund zur hellen Freude. Die Sowjets saßen nämlich schon jahrlang an diesem Tisch, aber das Ergebnis war gleich Null. Es gibt im Westen die Meinung, ein Ost-West-Gespräch sei auch ohne Ergebnisse wertvoll, da es dem Frieden diene.

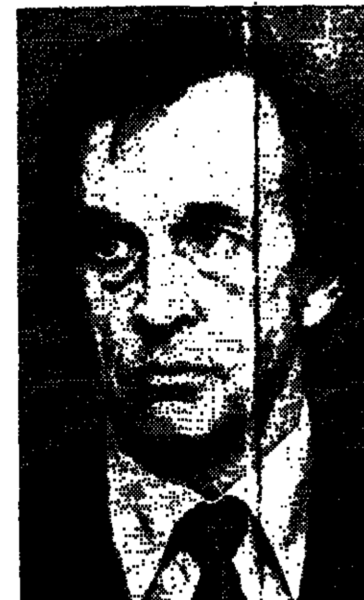
Das letztere ist durch nichts bewiesen. In der Politik ist ein Dialog kein Wert an sich, er ist nur als ein Weg zum Ziel interessant. Das uns bei Wiener MBFR-Verhandlungen seit elf Jahren vorgeführte Herumtrampeln auf dem Anfangsabschnitt dieses Weges ist Zeit- und Geldverlust, nicht mehr. Man muß den Mut haben, sich das einzugestehen. Das Ziel eines Ost-West-Gesprächs über Abrüstung und Rüstungskontrolle soll ein lückenlos verifizierbares Abkommen sein, kein Propaganda-Dokument also und kein Wählerbonbon. Ein langjähriger Beobachter der Abrüstungsgespräche gähnt vor lauter Langeweile, wenn er sowjetische Vertreter behaupten hört, westliche Vorschläge über eine Inspektion vor Ort seien „unrealistisch", da sie „Spionage" bedeuten.

Dasselbe erzählten ihre Vorgänger in den 40er,50er,60er und 70er Jahren. Generationen Moskauer Abrüstungsunterhändler lösen sich ab, aber diese Leier wird weitergespielt. Sie ist eine elegante Methode, den westlichen Politikern vor den Augen ihrer Wählerschaft den „Schwarzen Peter" zuzuschieben: Die Sowjetunion erkläre sich zur weitestgehenden Abrüstung bereit, aber der Westen bremse den Moskauer Elan durch seine unrealistischen und verdächtigen Inspektionsforderungen. Das erlaubt der Sowjetunion ungestört weiterzurüsten und gleichzeitig den Westen als Abrüstungsgegner hochmoralisch anzuprangern.

Hätte man mit dieser Feststellung die Probleme des Ost-West-Abrüstungsdialogs erschöpft, wäre das Fazit leicht zu ziehen: Dialog – ja, aber nicht als Selbstzweck, sondern zur Erreichung voll verifizierbarer Abrüstungsabkommen. Leider ist aber auch die Verifizierung nicht die letzte Hürde im Ost-West-Dialog.

In der Tat: Was sollte der Westen tun, wenn der Osten einen durchaus verifizierbaren Vertrag dennoch nicht einhält? Vor den UNO-Sicherheitsrat gehen, um mit einem Veto abgewiesen zu werden? Vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag, der noch weniger durchzusetzen vermag als die UNO? Einen Krieg beginnen? Oder alles hinnehmen – unter der wohlklingenden Parole, zur Entspannung gebe es keine Alternative?

Es handelt sich hier nicht um ein hypothetisches Gedankenspiel, sondern um die Realität, mit der man



Äußert sich über die Stunde der Wahrheit: Valentin Falin FOTO: DPA

konfrontiert wird. Wir brauchen die Beispiele nicht exotischer Ferne zu suchen, etwa in Tschad, in Afghanistan oder Indochina. Es gibt ein näherliegendes Beispiel, eine über jeden Zweifel erhabene Quelle: Die sowjetische Regierungszeitung „Iswestija".

Am 14. Dezember 1984 veröffentlichte die Zeitung den Artikel ihres politischen Kommentators, des früheren Botschafters der UdSSR in Bonn, Valentin Falin. Der Titel ist gut gewählt: „Weltraum – Stunde der Wahrheit". Das Thema ist der US-Plan eines Laserabwehrsystems gegen interkontinentale und Mittelstreckenraketen, die Hauptsorge der sowjetischen Militärplaner: Sie fühlen sie ungemütlich, daß ihnen die Option entzogen werden könnte, die westlichen Länder nuklear zu bedrohen.

Falin versucht zu zeigen, daß diese angenehme Möglichkeit auch weiterhin bestehen werde. Da er selbst kein Militärexperte ist, gibt er offensichtlich die Meinung Moskauer Militärfachleute über die möglichen Mittel dazu wieder. Genannt werden die Aufstellung sowjetischer Raketen auf dem Mond; Stationierung superschwerer Raketen auf dem Meeresboden; die Schaffung eines Systems, das die Verbindungs- und Kontrollkanäle im Welt- und Luftraum und die Stromversorgung lahmlegen könnte.

Für den Fall, daß dies alles versagt, wird das letzte Mittel durch die Blume genannt: „Schließlich können keine Varianten der Raketenabwehr die Tatsache aus der Welt schaffen, daß eine genau bekannte Zahl von Nuklearsystemen, die man auf eigenem Gebiet zur Explosion bringt, unumkehrbare globale Folgen haben wird." Die Nomenklatura spielt also mit dem Gedanken, das eigene Volk, aber damit auch die ganze Menschheit, durch Radioaktivität zu bedrohen.

Nach dieser Aufzählung gibt der Autor zu: „Man kann entgegnen: Wieso? Und was ist mit den Verträgen über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser, über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums, einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper? Und mit dem Übereinkommen über das Verbot der militärischen oder einer sonstigen feindseligen Nutzung der die Umwelt verändernden Techniken? Und mit den anderen Kontrollabkommen über militärische Tätigkeiten von Staaten?" Alles begründete und präzise Fragen. Auch die Antwort ist präzise: „Wozu Illusionen nachjagen? Ihr (der genannten Verträge) Schicksal ist mit dem Schicksal des ABM-Vertrages unlösbar verbunden." Das letztere ist offenkundig falsch: Die genannten Verträge (mit Ausnahme des Umweltkriegsübereinkommens) sind etliche Jahre vor dem ABM-Vertrag (SALT I) abgeschlossen worden, als man an SALT nicht einmal gedacht hatte. Aber das Wort „Illusionen" ist aufschlußreich.

Die „Stunde der Wahrheit" bringt uns also folgende Erkenntnis: Nicht nur das Ergebnis von Rüstungskontrollverhandlungen, sondern auch der Wert der vom Kreml unterschriebenen Rüstungskontrollverträge ist gleich Null. Anders zu denken heißt „Illusionen nachzujagen". Das meint Falin, ein kluger und liberal gestimmter Mann. Man kann sich vorstellen, welcher Geist im Kreis des sowjetischen militärisch-industriellen Komplexes herrscht.

Nochmals: Was tun? Überhaupt nicht verhandeln, da sogar die verifizierbaren Verträge mit Ostblock-Staaten und ihrer Führungsmacht im Ernstfall wertlos sind? Oder weiterhin gute Miene zum bösen Spiel der östlichen „Sicherheitspartner" machen?

Holen wir uns Rat bei Fidel Castro. Am 11. Dezember berichtete die „Iswestija" ausführlich über eine seiner zahlreichen Reden – sicher zur Belehrung der sowjetischen Leser. Profitieren auch wir davon. Zum bevorstehenden Treffen Shultz–Gromyko sagte Castro, es sei „zweifellos ein positives Zeichen. Aber das gibt niemandem ein Recht auf Illusionen." „Niemandem", also auch dem Westen nicht!

„Wir müssen zu allem bereit sein – zum Frieden wie auch zum Krieg", unterstrich der Redner. Er „betonte, daß der Frieden nicht durch Schwäche, sondern durch Stärke, Mut und Entschlossenheit der Völker erkämpft wird". Und schließlich warnte Castro vor Entspannungseuphorie. „Nicht einmal in der Zeit der internationalen Entspannung darf man die Verteidigung zu kurz kommen lassen und die Wachsamkeit vergessen", unterstrich er. „Für uns ist es sehr wichtig, immer auf der Hut zu sein, auch wenn die Zeit der internationalen oder der regionalen Entspannung eintritt."

Unabhängig von Entspannung oder Nichtentspannung, von Verhandlungen und Verträgen - illusionsfrei bleiben und stark sein – das ist Castros Aussage. Danke für das offene Wort. Danke auch dem sowjetischen Regierungsorgan, das durch diese demonstrative Veröffentlichung sich dazu bekannt hat. Denn wie Castro denkt und handelt die Nomenklatura.

Eine konsequente Politik der Stärke

Auch der Westen wird sich einer ähnlich realistischen Einstellung auf die Dauer nicht verschließen können. Denn die Herbstblätter des Slogans der „einseitigen Abrüstung" oder der Versuche, die Bergpredigt für die deutsche Tagespolitik zu mißbrauchen, werden genauso vom Winde verweht, wie weiland der Enthusiasmus für die „Mao-Bibel" und die „Roten Khmer". Und der „Sicherheitspartner" im Osten wird bleiben – mit seiner konsequenten Politik der Stärke und seinen Gedankenspielen über die Bedrohung der Menschheit vom sowjetischen Gebiet aus.

Man kann nicht umhin, ihm gegenüber eine Politik zu betreiben, die bei allem begrüßenswerten Streben nach Verträgen dennoch durch eigene Stärke des Westens garantiert wird. Denn Falin hat recht: Wozu Illusionen nachjagen?

Verständnis für Nein aus Marzabotto

dpa, Vatikanstadt

Der „Osservatore Romano" hat in seiner Neujahrsausgabe Verständnis dafür geäußert, daß die Hinterbliebenen von Marzabotto dem Hauptverantwortlichen für das Nazi-Blutbad des Jahres 1944, dem 69jährigen Österreicher Walter Reder, nicht verzeihen. Die Versammlung in dem Dorf bei Bologna hatte sich am vergangenen Sonntag mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen, daß Reder auch die letzten sechs Monate seiner Strafe hinter Gittern verbüßen solle.

„Der Mensch allein kann keine Worte der Verzeihung finden, wenn der Geist sie ihm nicht einflößt", heißt es in der offiziösen Zeitung des Vatikans. „Die Pflicht zur Verzeihung, die der Christ angesichts des gekreuzigten Christus grundsätzlich" habe, setze aber sicher „eine besondere Gnade" voraus.

Reder war 1951 von einem Militärgericht in Bologna als Verantwortlicher für den Tod von 270 Menschen zu lebenslänglicher Haft verurteilt worden. 1980 war seine Strafe auf Juli 1985 befristet worden. Im vergangenen Dezember bat Reder in Briefen an Papst Johannes Paul II. und an den Bürgermeister von Marzabotto um einen weiteren Strafnachlaß. Die Regierung in Rom hat klargestellt, daß die Versammlung nicht über Reders Schicksal entscheiden könne. Die Kompetenz der Begnadigung liege allein bei ihr.

Papst für wirksame Rüstungsüberprüfung

rtr, Vatikanstadt

Die Sicherheit für die ganze Welt, die noch immer als ein Gleichgewicht der Kräfte verstanden werde, sei auf einem wesentlich niedrigeren Rüstungsniveau erreichbar, wenn wirksame Systeme der Überprüfung bejaht würden. Dies erklärte Papst Johannes Paul II. gestern in seiner Neujahrsansprache vor Gläubigen auf dem Petersplatz.

Die Anfang Januar in Genf beginnenden Rüstungskontrollgespräche der Supermächte müssen nach Ansicht des Papstes die Sicherheitsinteressen beider Seiten berücksichtigen. Die bevorstehenden Gespräche der Außenminister Shultz und Gromyko, seien „ein Hoffnungsschimmer", sagte der Papst. Verhandlungen müßten jedoch nicht von technischen, sondern von moralischen Kriterien bestimmt werden.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Erzeugerpreise notwendig

„Neue Ackerfurchen"; WELT vom 21. Dezember

Sehr geehrte Redaktion,

liest man in den Wirtschaftsteilen nahmhafter deutscher Zeitungen Kommentare zur aktuellen Agrarpolitik, so erscheint Ihnen allen gemeinsam: die Landwirte können offenbar, wenn es sein muß, auch zum Nulltarif produzieren. Es ist ständig nur von Preisen und Überschüssen die Rede. Die Kosten der Landwirtschaft, die sich an unserem überhöhten Preis- und Lohnniveau orientieren müssen, bleiben generell unberücksichtigt. Den Bauern wird zugemutet zum Weltmarktpreis zu produzieren, dabei die inländischen Kosten zu kompensieren und den sehr hohen Qualitätsanforderungen unserer Verbraucher zu genügen.

Diese Rechnung kann betriebswirtschaftlich nicht aufgehen.

Der Landwirt muß sein Einkommen, wie jeder andere Bürger dieses Landes auch, über das erzeugte Produkt, welches den Wert seiner Arbeit und darüber hinaus einen lebensnotwendigen ideellen Wert für die Allgemeinheit beinhaltet, Pflege und Offenhalten einer intakten Kulturlandschaft, erzielen können.

Es ist eine Tatsache, daß die Landwirtschaft unseres Landes für ein ausreichendes Angebot an Nahrungsgütern mit einwandfreier Qualität und, weiß Gott, zu angemessenen Preisen sorgt. Sie verhält sich umweltfreundlich bei der Bewirtschaftung ihrer Flächen. Sie leistet einen positiven Beitrag zum Landschafts- und Naturhaushalt.

Das alles, so meine ich, rechtfertigt den Anspruch auf gegenseitige solidarische Leistungen der Gesellschaft für die Landwirtschaft. Die Landwirtschaft ist angemessen an der allgemeinen Entwicklung der Lebens- und Einkommensverhältnisse zu beteiligen.

Dieser materielle Solidaritätsanspruch wird der Landwirtschaft von der Politik nicht zugestanden. Allenfalls ein Teil davon.

Der Verbraucher profitiert von dieser Politik in sehr hohem Maße. Dies ist politisch ebenso gewollt wie es einseitig zu Lasten der Landwirtschaft geht.

Das Überangebot an Nahrungsgütern führt dann zu dem politisch gewollten Preisverfall landwirtschaftlicher Erzeugerpreise.

Wenn die Politik auf eine Drosselung der agrarischen Produktion abzielt, muß der Landwirtschaft eine Erhöhung ihres Produkterlöses zugestanden werden, die es ihr ermöglicht, ihre Betriebe zukunftsorientiert zu führen.

Da die Politik an einem knappen Angebot an Nahrungsgütern nicht interessiert ist, müssen die so gewollten Überschüsse mitfinanziert werden.

Der Verbraucher hat keinen Anspruch auf Nahrungsmittelpreise, die es ihm gestatten, diesen Anteil seiner Lebenshaltungskosten ständig zu senken.

Den einkommensschwachen Vollerwerbsbetrieben ist besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Kosten der sozialen Absicherung belasten den gesamten investiven Bereich. Hier könnte mit wenig Geld die Einkommenssituation verbessert werden. Angemessene Erzeugerpreise können damit aber meines Erachtens nicht ersetzt werden.

Wenn die Erhaltung der bäuerlichen Landwirtschaft mit das oberste Ziel unserer Agrarpolitik auch weiterhin sein soll, kann das nur über eine entsprechende Preispolitik geschehen. „Aktive Einkommenspolitik" würde der Öffentlichkeit bald genauso lästig sein. Sie wäre für die Betroffenen in hohem Maße unwürdig.

Weltmarktpreise, womöglich an den Dollar gebunden, wären mit Sicherheit der Ruin unserer Landwirtschaft.

Mit freundlichen Grüßen
Alfred Kraus,
Billingshausen

P.S. Der Verfasser ist praktischer Landwirtschaftsmeister und Kreisobmann des Bayerischen Bauernverbandes.

Recht verweigert

„Kohl will Prager Flüchtlingen helfen"; WELT vom 15. Dezember

Sehr geehrte Redaktion,

mit Kopfschütteln verfolgt man die Einlassungen unserer Regierenden bezüglich der Flüchtlinge in der Prager Botschaft. Es wird diesen Deutschen ein allgemein anerkanntes Recht verweigert, damit die DDR entsprechende Kontakte ja nicht als strafbare Handlung auslegen kann (Regierungssprecher Boenisch).

Erneut ist dies ein Fall unverständlicher Nachgiebigkeit dem Kommunismus gegenüber, die ihren Höhepunkt bisher in den stümperhaft ausgearbeiteten Verträgen über den zweiten Großkredit an die DDR fand. Die konservative Bevölkerung ist mehr und mehr im Zweifel, ob ihre politische Grundeinstellung von dieser Regierung repräsentiert wird.

Wenn Herr Geißler trotz dieser Tatsache zur Überzeugung kommt, daß die Regierung die Wahl 1987 „glanzvoll bestehen" wird, so ist das wohl nur der typischen Überheblichkeit aller Regierenden zuzuschreiben. Findet die Koalition nicht zu einer Politik zurück, die uns allen Selbstachtung erlaubt, wird sie sich nach dem „Sturz vom Thron" im März 1987 Gedanken machen dürfen, wie man den Wählerwillen in Realpolitik umsetzt, ohne in alle nur möglichen Fettnäpfchen zu treten.

Mit freundlichen Grüßen
Ingrid Halsz, Junge Union, Hammelburg

Silvester-Beitrag?

„Die meisten Gefängnisse sind überbelegt"; WELT vom 22. Dezember

Eine Woche später im Jahre hätte man die Äußerungen des SPD-Bundestagsabgeordneten Alfred Emmerlich für einen gelungenen Silvester-Beitrag halten können: seine Leistung im „die-Dinge-auf-den-Kopf-stellen" appelliert doch an den Lachreiz.

Zunächst sieht es aus wie eine Dreisatz-Aufgabe: steigende Kriminalität (Schweregrad: Freiheitsstrafe) x nicht entsprechend zunehmender „Unterbringungsraum" = ?

Weniger humorvoll veranlagte Politiker würden auch die Frage prüfen, ob sich wohl die Rate der Täter senken ließe, denen der Gesetzgeber die Freiheitsstrafe zudenkt.

Ein Einzelgänger könnte vielleicht fragen, ob das Fassungsvermögen unserer Strafvollzugsanstalten angesichts der z. Zt. unglücklichen Entwicklung wachsen müsse.

Nicht so Herr Emmerlich! Für ihn steht fest, daß nicht der Mörder, sondern der Ermordete schuld hat. Er weiß auch, daß die Höhe des Strafmaßes nicht abschreckt, ohne jeden Zweifel. Deshalb besteht der einzige Weg für ihn in der Veränderung des geltenden Gesetzes, kombiniert mit einer entsprechenden justizpolitischen Einwirkung auf die Rechtsprechung.

Arme Partei Herbert Weichmanns!

F. Milenz,
Hamburg 60

Wort des Tages

„Leben gelingt nur dort, wo es selber gesteuert und immer wieder neu in Angriff genommen wird. Es gibt nichts Spannenderes als die Verwirklichung eines Programms und nichts Langweiligeres als ein schlaffes, bequemes Leben. Dem Zielbewußten ist jeder Tag ein neues Abenteuer."

Georg Moser; deutscher Theologe (geboren 1923)

„Tuschkasten"

„Leserbrief: Anderes Urteil"; WELT vom 28. November

Ich wohnte 1949 bis 1953 in der Waldsiedlung Onkel Toms Hütte und habe die verwaschenen Farben (im Volksmund „Tuschkasten") und die Gleichförmigkeit der Fassaden sehr wohl als unangenehme Gleichmacherei empfunden. Den Mietskaserneneffekt vermied man dort natürlich leicht durch die vorgegebenen Ausläufer des Grunewaldes, die nicht gänzlich beseitigt wurden.

Wenn sich aber überhaupt die beauftragten Architekten aus der Sowjetunion Anregungen zu holen gedachten, kommt schon darin der von Herrn Guratzsch herausgestellte politische Hintergrund ihrer Planung zum Ausdruck. Man kann nicht leugnen, daß das sowjetische (ebenso wie das nazistische) System bewußt einen sogenannten Neuen Menschen schaffen will, für den ein christliches Gewissen (wenn auch aus unterschiedlichen Gründen) nicht mehr maßgebend ist.

Mit freundlichen Grüßen
W. Thorwirth,
Gummersbach

*

Hiermit beenden wir die Diskussion. Die Redaktion.

Personalien

AUSWÄRTIGES AMT

Jürgen von Alten, seit 1981 Gesandter an der deutschen Botschaft in London, wurde Botschafter in Nigeria. Der Jurist, Jahrgang 1923, war 1953 in den Auswärtigen Dienst eingetreten. Er war auf Auslandsposten in Luxemburg, Zürich und in Moskau an der Botschaft. 1965 bis 1971 arbeitete er als Leiter des Referats 214 im AA, das sich mit den osteuropäischen Ländern außer der Sowjetunion befaßt. 1971 ging von Alten als zweiter Mann an die deutsche Botschaft in Brüssel und blieb dort bis 1974. Anschließend wurde er in die außenpolitische Abteilung des Bundeskanzleramtes versetzt. 1978 bis 1981 war von Alten ständiger Vertreter des Botschafters in Ankara.

*

Neuer Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Saudi-Arabien wurde **Walter Nowak**. Nowak (59), der 1957 in den Auswärtigen Dienst eingetreten war, löst **Hans Freiherr von Stein** ab, der als Gesandter nach London ging. Der neue Botschafter in Riad sammelte Auslandserfahrung in Nikosia und Beirut und war von 1973 bis 1976 ständiger Vertreter des Botschafters in Teheran. Anschließend leitete Nowak in der Zentrale in Bonn ein Referat in der Abteilung Außenwirtschaftspolitik und war seit 1978 Inspekteur des Auswärtigen Dienstes.

*

Fritjof Nordenskjöld, seit knapp drei Jahren deutscher Botschafter in Haiti, kehrt nach Bonn in das Auswärtige Amt zurück. Nordenskjöld, der vor seiner Versetzung auf den Botschafterposten Mitarbeiter im Auswärtigen Amt im Ministerbüro von **Hans-Dietrich Genscher** war, wird neuer Leiter des Parlaments- und Kabinettsreferats. In diesem Referat werden unter anderem die Kabinettssitzungen für Außenminister Genscher vorbereitet. Der bisherige Leiter des Kabinetts- und Parlamentsreferats, Dr. **Karl-Friedrich Gansäuer**, geht als neuer Botschafter nach Haiti.

MILITÄR

Generalmajor **Hans-Ulrich Flade**, Chef des Stabes im Hauptquartier der Zweiten Taktischen Luftflotte Europa Mitte (2. ATAF) in Mönchengladbach, tritt am 31. März 1985 in den Ruhestand. Sein Nachfolger wird Generalmajor **Bruno von Mengden**, Kommandeur der 1. Luftwaffendivision in Meßstetten. Für ihn kommt Brigadegeneral **Uwe Vieth**, Stabsabteilungsleiter im Führungsstab der Luftwaffe im Bundesverteidigungsministerium in Bonn. Sein Nachfolger wird Oberst i. G. **Jürgen Schlüter**, Referatsleiter im Führungsstab der Luftwaffe.

*

Brigadegeneral **Alfred Kendziora**, Kommandeur der Heimatschutzbrigade 53 in Düren, tritt am 31. März 1985 in den Ruhestand. Sein Nachfolger wird Oberst **Volker Glatt**, der schon seit dem 1. Oktober 1984 als Stellvertretender Kommandeur dieser Brigade tätig ist. Der bisherige Kommandeur der Heimatschutzbrigade 54 in Trier, Oberst **Eberhard Wetter**, beginnt am 1. April 1985 mit der Ausbildung zum Attaché. Sein Nachfolger wird Oberst i. G. **August Benischke**, G 3 und Gruppenleiter im Heeresamt in Köln. Auch Brigadegeneral **Gerhard Ohm** tritt dann in den Ruhestand. Für ihn wird neuer Kommandeur der Kampftruppenschule 1 in Hammelburg Brigadegeneral **Eberhard Fuhr**, der bisherige Kommandeur der Heimatschutzbrigade 56 in Neuburg/Donau. Ihm wiederum folgt Oberst i. G. **Wilko Hartmann**, Operationsoffizier im Hauptquartier der Heeresgruppe Mitte (CENTAG) in Heidelberg. Brigadegeneral **Adolf Lorenz**, Stabsabteilungsleiter im Führungsstab des Heeres in Bonn, tritt am 31. März 1985 ebenfalls in den Ruhestand. Sein Nachfolger wird Brigadegeneral **Johann-Adolf Graf von Kielmansegg**, Stellvertretender Dienststellenleiter und Chef des Stabes bei der Deutschen Militärischen Vertretung beim Military Committee (DMV MC/NATO) in Brüssel. Ihm folgt Oberst **Hartmut Foertsch**, Kommandeur der Panzerbrigade 20 in Iserlohn. Dessen Nachfolger wird Oberst **Klaus von Heimendahl**, Referatsleiter im Führungsstab des Heeres in Bonn.

*

Bereits im Oktober vergangenen Jahres hat Brigadegeneral **Roland Lankers**, bisher Unterabteilungsleiter P II im Bundesministerium der Verteidigung die Aufgaben als Amtschef des Streitkräfteamtes in Bonn übernommen. Sein Nachfolger zum 1. Januar 1985 wird Oberst **Manfred Gerber**, Kommandeur der Panzergrenadierbrigade 19 in Altahlen. Ihm folgt Oberst i. G. **Gerd Schultze-Rhonhof**, Lehrgangsleiter an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg.

KIRCHE

Zum neuen Exarchen des Patriarchen von Moskau und Ganz-Rußland in Berlin und Mitteleuropa wurde der russisch-orthodoxe Erzbischof **Feodosij** ernannt. Die Ernennung von Feodosij durch das oberste orthodoxe Leitungsgremium, den Heiligen Synod unter Vorsitz des Patriarch **Pimen**, erfolgte im Zuge einer Reihe personeller Veränderungen und Umbesetzungen in der russisch-orthodoxen Kirche in den letzten Tagen des vergangenen Jahres. Der neue Amtsinhaber, der bisher Erzbischof von Smolensk und Wjasmas war, ist Nachfolger von Erzbischof **Melchisedek**, der Berlin bereits im Oktober verlassen hatte. Der neue Inhaber des Berliner Exarchats, zu dem russisch-orthodoxe Diözesen in Düsseldorf, München und Wien gehören und das neben der Bundesrepublik Deutschland, Mitteldeutschland und Österreich auch das Gebiet der Schweiz umfaßt, wird im Laufe dieses Monates in Berlin erwartet.

AUSZEICHNUNG

Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** hat dem Ehrenpräsidenten des SV Werder, dem Bremer **Heinrich Fedde**, für sein uneigennütziges Wirken für den Sport, insbesondere für den Fußballsport, das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse verliehen. Der Bremer Senator für Gesundheit und Sport, **Herbert Brückner**, überreichte Fedde die Auszeichnung in der Güldenkammer des Rathauses.

WAHL

Marie-Therese Fürstin zu Salm-Horstmar, Vizepräsidentin des Deutschen Roten Kreuzes, ist zur neuen Präsidentin der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege gewählt worden. Fürstin zu Salm-Horstmar hat mit Beginn des Jahres 1985 die Nachfolge des Präsidenten Prälat Dr. **Georg Hüssler** (Deutscher Caritas Verband) angetreten.

Neue Sichtweisen aus Hamburg: Start des Verleger-Fernsehens SAT 1

Mit Sekt und schwarzer Katze

Dvoraks 9. Sinfonie „Aus der Neuen Welt" eröffnete das Programm des ersten Privatfernsehens SAT 1 in der Bundesrepublik Deutschland. Die Sinfonie hatte symbolische Bedeutung. Mit dem Start von SAT 1 beginnt in der Bundesrepublik ein neues Medienzeitalter.

Der erste Tag des Privatfernsehens lief so ruhig und routiniert, als arbeitete der Sender schon einige Jahre lang. Nach Angaben des Konsortiumsgeschäftsführers Jürgen Doetz kann das neue, auf bundesdeutschen Kabelempfang ausgerichtete Fernsehprogramm von rund 120 000 Haushalten empfangen werden. Bereits vom 2. Januar an, so Doetz, werde auch in Berlin im Rahmen eines Kabelbetriebsversuchs SAT 1 gesendet. SAT 1 sei in insgesamt 16 Städten in den Bundesländern Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Bayern zu sehen, wo rechtliche Grundlagen für die Einspeisung des Satellitenprogramms in Kabelnetze der Deutschen Bundespost bestünden. SAT 1 wird über den Westbeam des europäischen Satelliten ECS 1 abgestrahlt.

Bis Ende 1985 wollen die SAT 1-Veranstalter eine Million Zuschauer erreichen. Die technischen Möglichkeiten und die entsprechende Zahl von Anschlüssen sind nach Schätzung von Medienexperten vorhanden. Schwerpunkte des Programms sind Spielfilme, Serien, Musikshows und Magazinsendungen der beteiligten Verlagsgruppen. Der Axel Springer Verlag ist mit einer „Talkshow zu zweit" und dem Magazin „Telekiosk" dabei. Am Eröffnungstag wurden neben Hitparaden Zeichentrick- und Dokumentarfilmen die beiden Spielfilme „Der Unverbesserliche" mit Jean Paul Belmondo und der Western „Vier Fäuste für ein Ave Maria" gesendet.

Ein von Paul Breitner moderiertes Männermagazin und eine bunte Eröffnungsshow rundeten das Programm ab. Von besonderem Interesse war die Nachrichtensendung „Blick", die in Hamburg live gefahren wird. Die Sendung wird von „Aktuell Presse-Fernsehen" (APF) produziert und von einer Gesellschaft getragen, in der sich 165 Verleger zusammengeschlossen haben. „Blick" wird dreimal täglich ausgestrahlt. Die Sendung präsentiert die Neuigkeiten des Tages in einer aufgelockerten Form. In der ersten „Blick"-Sendung am Dienstag um 13 Uhr standen zunächst Nachrichten „in eigener Sache" im Mittelpunkt. Die Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen hatten dabei Gelegenheit, die Einführung des Privatfernsehens zu würdigen.

Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel sprach von einem „hervorragenden Schritt für den deutschen Zuschauer, die deutsche Wirtschaft und die deutsche Technik", mit dem Stück mehr Meinungsfreiheit in Deutschland gesichert werde. Hamburgs Bürgermeister Klaus Dohnanyi äußerte die Hoffnung, daß mit SAT 1 die Qualität und Breite von Information, Bildung und Unterhaltung in der Bundesrepublik Deutschland vermehrt werde.

Ernst Albrecht meinte, daß „unsere Zuschauer sich freuen werden, daß sie nun auch ein zusätzliches Programm empfangen können". Ministerpräsident Uwe Barschel vertrat die Auffassung, mit dem Start von SAT 1 werde die Fernsehlandschaft liberal erweitert.

Die zehnminütige Nachrichtensendung brachte nicht nur das Neueste vom Tage, sondern auch einen Tip für das Katerfrühstück nach Silvester. Eine schwarze Katze „assistierte" den Moderatoren bei diesen praktischen Tips gegen schwere Köpfe.

Die konnten sich die Macher des neuen Fernsehens natürlich nicht leisten. Dennoch gab es winzige Unsicherheiten, die das Lampenfieber der Beteiligten erkennen ließen und den Umstand, daß es sich um die erste Sendung überhaupt handelte. Der Moderator machte aus dem Bundestagspräsidenten einen Bundespräsidenten; bei einem Umschnitt sah er noch einen kurzen Moment in die Kamera, die ihn bis grade eben aufgenommen hatte. „Das sind kleine Pannen, die sich mit der Zeit geben werden", entschuldigte sich der Moderator nach der Sendung. Er sei während der Aufnahme genauso ruhig gewesen wie immer.

In seiner linken Hand hält er eine Flasche Sekt, die ihm und dem Team vom ZDF geschenkt wurde. Die und sicherlich noch einige andere wird er bei der abendlichen Feier der erfolgreichen Premiere mit der Mannschaft von APF trinken.

DIETER SALZMANN

KRITIK

Jahresendcirkus total

Ein ideales Festtagsprogramm und ein silvestriges erst recht muß einerseits interessant und spannend sein, andererseits aber so beschaffen, daß man erst gar nicht hinzugucken braucht, weil man ja erklärterweise mit besagtem Festtag, der Gans, dem Karpfen oder ganz einfach den Gästen genug zu tun hat. Kurz: zu Silvester sollte der Bildschirm amüsant und doch zugleich entbehrlich sein. Mach' das mal einer! Schafft nicht mal der Köpcke.

Da gibt es nur einen (Behelfs-)Rat: Zeigt Cirkus! Und so kam es. Von Weihnachten bis Neujahr haben wir auf den öffentlichen Schienen nicht weniger als fünf Zirkussendungen gehabt, mit Freddy Quinn und nervenzerreißenden Pudeldressuren, mit der Nosbusch samt der Reiber-Carolin, auch zweimal mit den wilden Tieren des Direktors Simoneit und dann „100 Jahre Zirkus Busch" – ist das nichts? So sprangen denn zu Silvester – kurz bevor das Neujahrsläuten in die Sender eingespeist wurde – die Bauchredner und Handspringer, die Seiltänzer und Bärenführer in die von den Kameras beäugte Arena, ein langbeiniges Fräulein erzählte dazu dies und das: Zirkus satt. Vorher, im selben zweiten Kanal, hatte sich Dieter Hallervorden gar lustig darangemacht, einige Tote der Berliner Mauer (Ostspione und dergleichen) marktgerecht aufzubereiten. Kurz vor ihm war in den 3. Programmen Nord und West ebenfalls eine Agentenkomödie zwischen Ost und West zu betrachten. Sie war indessen englisch und so geschmacklos wie die unsrige.

Was gab es noch im Sylvesterprogramm? Rudi Carrell, der sich redlich bemühte, sein wachsendes Defizit an Einfall und Laune zu überbrücken. Und war nicht auch Carolin Reiber wieder am Werk? Sie war's! Als Stütze Bayerns im Ersten. Amüsant und doch – entbehrlich. Zweimal stellte sich so etwas wie Neujahrsgedenken ein: Als Herr von Karajan Beethovens 9. dirigierte und dann in guter, verhaltener Heiterkeit, als der alte Herr Martin Held einer pfiffigen Farce Leben und Laune einblies.

VALENTIN POLCUCH

ARD

ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 **heute**
10.05 **Alte Sünden rosten nicht**
Komödie von Maurus Pacher
11.45 **David**
12.15 **Hundert Meisterwerke**
12.25 **Kirche am Nullpunkt?**
12.55 **Presseschau**
13.00 **heute**

ARD

16.00 **Tagesschau**
16.10 **Das Bild, das aus dem Rechner kam**
Computer schaffen neue Sehgewohnheiten
Bericht von Ule Eith und Robert Müller
16.55 **Lemmi und die Schmöker**
Wiederholung von 12 Folgen
Rosa Riedl – Schutzgespenst
Nach dem Roman von Christine Nöstlinger
17.20 **Kein Tag wie jeder andere**
Feuer, Lehm und tote Hühner
Film von Detlef Gumm und Hans-Georg Ullrich
Wie war das Leben in der Steinzeit? Eine Gruppe von Kindern hat eine Woche lang so gelebt wie ihre fernen Vorfahren.
17.50 **Tagesschau**
Dazw. Regionalprogramme
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Liebe läßt alle Blumen blühen**
Fernsehfilm nach dem gleichnamigen Roman von Heinz G. Konsalik
Mit Beatrice Kessler, Giovanni Früh, Jean Claude Pascal u. a.
Der von Marco Serafini gedrehte Spielfilm erzählt, wie die attraktive Architektin Kathinka Braun ihren Urlaub mit einem Designer für Anglerfliegen in Südfrankreich verbringt. Dort bekommen es die beiden gleich mit Rauschgifthändlern zu tun ...
22.00 **Brennpunkt**
Für Allah und die Freiheit – Fünf Jahre Widerstand in Afghanistan
Mit den Mudschaheddin nach Kabul / Die doppelt belagerte Hauptstadt / Ein Lehrstück des sowjetischen Imperialismus / Die Schlüsselrolle Pakistans
Moderation: Friedrich Schreiber
22.30 **Tagesthemen**
23.00 **Einsatz in Manhattan**
Der Mann im Hintergrund
26 Folgen vom lolly-lutschenden Leutnant Kojak werden wiederholt. In der ersten hat er es mit dem Gangsterboss Tomasso zu tun, auf den ein Mordanschlag verübt wurde.
23.45 **Tagesschau**

ZDF

14.30 **Wettlauf nach Bombay**
Vierteiliger Fernsehfilm
Regie: Christian-Jacque
16.00 **heute**
16.04 **Morgen schon**
11. Teil: Ein Mittag mit Pannen
16.35 **Mickys Trickparade**
Spaß für Spaßvögel
17.00 **heute / Aus den Ländern**
17.15 **Tele-Illustrierte**
17.50 **Von Wölfen gejagt**
Das Geheimnis der Patrioten
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.55 **mittwochslotto – 7 aus 38**
Spiel 77
18.58 **Programm-Service**
19.00 **heute**
19.30 **P. I. T. – Peter Illmanns Treff**
Hits & News mit Heaven 17, Jermaine Jackson, Survivor, Dicken
Regie: Pit Weyrich
20.15 **Kennzeichen D**
Deutschland-Politik
Bilanz 1984 – Ausblick 1985
Moderation: Dirk Sager
21.00 **Der Denver-Clan**
Dex Dexter
Blake ist wütend auf Alexis, die zusammen mit Adam intrigiert hat. Alexis macht daraufhin Adam die Hölle heiß, weil dieser unfähig ist, sich bei seinen Schurkereien vernünftig anzustellen.
21.45 **heute-journal**
22.05 **1000 und 1 Nacht**
Klaus Lage und seine Band
22.35 **Das kleine Fernsehspiel**
Abschied in Berlin
Ein Film von Antonio Skarmeta
Mit Käte Jaenicke u. a.
Zusammen mit Kindern und Enkelkindern lebt ein chilenisches Ehepaar im Berliner Exil. Natürlich kommt es dabei ständig zu Streitereien.
23.40 **Zeugen des Jahrhunderts**
Alfred A. Häsler im Gespräch mit dem Schweizer Historiker Jean R. von Salis
0.35 **heute**
Anschl. Gute Nacht-Musik
Menuett C-Dur (Haydn): Ramon Jaffé, Violoncello; Patrizia Boschin, Klavier

Beatrice Kessler und Giovanni Früh in Konsaliks „Liebe läßt alle Blumen blühen" (ARD, 20.15) FOTO: RÖHNERT

III.

WEST / NORD

Gemeinschaftsprogramm:
16.00 **Jim Knopf und die wilde 13**
16.30 **Venedig**
Wo warst du, als ich bei dir war?
17.45 **Vom Storch zur Spitfire**
Christie's versteigert historische Flugzeuge
18.00 **Kein Tag wie jeder andere**
Annettes erstes Biwak
18.20 **Lolek und Bolek**
Ausflug mit dem Paddelboot
18.30 **Regenbogenprinz**
5. Folge: Tier verkehrt
19.00 **Aktuelle Stunde**
Nur für Nord:
19.00 **Rudolf Hausner**
19.45 **Autos, die Geschichte machten**
Gemeinschaftsprogramm:
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Im Geist des Mittelalters**
1985 – Das Jahr der romanischen Kirchen in Köln
21.15 **Jacques Brel**
Porträt des Chansonsängers und Schauspielers
22.15 **Wiedersehen mit der Fremdenlegion**
23.00 **Literatur im Kreienhoop**
Jani Oswald
23.35 **Letzte Nachrichten**

HESSEN

18.00 **Sesamstraße**
18.30 **Streifzüge durch die Natur**
18.50 **Musembe, ein Junge aus Ostafrika**
19.05 **Was tun mit der Zeit**
19.45 **Rasse – Klasse?**
20.15 **Persönlich**
Philip Rosenthal
21.00 **Nebenwirkung beigepackt**
Die Verbotspraxis bei Arzneimitteln
21.30 **Drei aktuell und Sport**
22.00 **Der Eisvogel**

SÜDWEST

18.00 **Kleiner König Kalle Wirsch (1)**
Puppenspiel
18.30 **Berühmte Kaffeehäuser**
Budapest
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 **Abendschau**
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 **Abendschau**
Nur für das Saarland:
19.00 **Saar 3 regional**
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 **Nachrichten**
19.30 **Fleiß und Härte**
Aufstieg eines jungen Boxers
20.15 **Der Maler Max Beckmann**
Eine Odyssee
21.00 **Cabaret**
Amerikanischer Spielfilm (1972)
Mit Liza Minnelli, Joel Grey u. a.
Regie: Bob Fosse
23.00 **Paul Wegener**
Der Mann, der „Golem" war
23.45 **Nachrichten**

BAYERN

18.15 **Bilderbogen der Abendschau**
18.45 **Rundschau**
19.00 **Super 90**
Stars, Hits und Videos 1984
20.30 **Meine Lieblingsgeschichte**
August Everding: „Orchester von oben" von Alfred Polgar
20.40 **Z. E. N.**
20.45 **Jugendstil und Blauer Reiter**
Malerei im Münchner Lenbachhaus
21.30 **Rundschau**
21.45 **Der Wüstenmann**
Franz. Fernsehfilm in 4 Teilen
1. Die Smaragde der Garamanten
22.40 **Frau – was nun?**
Fünf Frauenleben von heute
0.10 **Rundschau**

SAT 1

13.30 **Solid Gold**
Amerikanische Hitparade
14.00 **Die Waltons**
John Boys erste Jagd
15.00 **Das alte Dampfroß**
Einmal Hollywood und zurück
15.30 **Musicbox**
16.30 **Perrine**
Der lange Weg
17.00 **Gefleckte Großkatzen**
18.00 **Es darf gelacht werden**
18.30 **Blick**
Aktuelles vom Tage
anschl. Quiz
18.45 **Zahlen und Buchstaben**
Dieses Konzentrationsspiel wurde im französischen Fernsehen entwickelt. Die Spielformel ist so konstruiert, daß sich fast jeder Zuschauer automatisch darauf konzentriert, für sich mitspielt und dabei entspannt.
19.10 **Sport-Report**
Personen und Hintergründe
19.35 **Tele-Kiosk**
Die Fernsehillustrierte mit den bewegten Bildern
20.30 **Love Boat**
Der Käpt'n und die Lady
Das Poster des Monats
Hochzeit auf Raten
„Love Boat" – eine Serie, die bereits in 70 Ländern läuft – gilt noch vor „Dallas" und „Denver" als eine der erfolgreichsten TV-Serien. In jeder Folge sind drei Episoden miteinander verwoben; neben der Stamm-Besetzung sollen berühmte Stars den Zuschauer an den Bildschirm locken. In insgesamt 100 Folgen wirkten bisher Luise Rainer, Lillian Gish, Helen Hayes, Janet Gaynor, Greer Garson, Ginger Rogers und Douglas Fairbanks jr. mit.
21.30 **Blick – Eine Aktualitätenschau**
22.15 **Lebe das Leben**
Französischer Spielfilm (1967)
Mit Yves Montand, Annie Girardot und Candice Bergen
Regie: Claude Lelouch
0.00 **Blick – letzte Nachrichten**

3SAT

18.00 **Aktion Grün**
4. Wie man Gegensätze überwindet
anschl.
Merlin
Das geheimnisvolle Leben eines Magiers
4. Verräter
19.00 **heute**
19.30 **Ciao, ciao, bella musica**
Eine italienische Nacht
21.00 **Die Mittwochsgeschichte**
21.15 **Zeit im Bild 2**
21.45 **Literatur im Gespräch**
Zeugnis vom eigenen Leben
Film von Beate Pinkerneil
22.15 **Sportreport**
„I love jogging"
Eine Betrachtung von Ulrich Kaiser
Seit Jahren grassiert das Jogging-Fieber in Amerika und Europa. Das, was früher einmal Dauerlauf hieß, ist auch zu einem großen Geschäft der Sportartikel-Industrie geworden.
23.00 **3SAT-Nachrichten**

Anzeige



Erklärung der unveräußerlichen Rechte aller Menschen

Wenn es im Zuge der menschlichen Geschichte für die Völker notwendig wird, die politischen Bande zu lösen, die sie miteinander verbunden haben, und unter den Mächten der Erde ihren selbständigen und gleichen Rang einzunehmen, zu dem Naturrecht und göttliches Recht sie berechtigen, so erfordert eine geziemende Rücksichtnahme auf die Meinung der Menschheit, daß sie die Gründe darlegen, die sie zur Trennung veranlassen.

Wir halten diese Wahrheiten für selbstverständlich: daß alle Menschen gleich geschaffen sind; daß sie von ihrem Schöpfer mit unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind; daß dazu Leben, Freiheit und das Streben nach Glück gehören; daß zur Sicherung dieser Rechte Regierungen unter den Menschen eingesetzt sind, die ihre rechtmäßige Macht aus der Zustimmung der Regierten herleiten; daß, wann immer irgendeine Regierungsform sich als diesen Zielen abträglich erweist, es Recht des Volkes ist, sie zu ändern oder abzuschaffen und eine neue Regierung einzusetzen und diese auf solchen Grundsätzen aufzubauen und ihre Gewalten in der Form zu organisieren, wie es ihm zur Gewährleistung seiner Sicherheit und seines Glückes geboten zu sein scheint. Gewiß gebietet die Klugheit, daß von alters her bestehende Regierungen nicht aus geringfügigen und vorübergehenden Anlässen geändert werden sollten; und demgemäß hat jede Erfahrung gezeigt, daß die Menschen eher geneigt sind, zu dulden, solange Mißstände noch erträglich sind, als sich unter Beseitigung altgewohnter Formen Recht zu verschaffen. Aber wenn eine lange Reihe von Mißbräuchen und Übergriffen, die stets das gleiche Ziel verfolgen, die Absicht erkennen läßt, sie absolutem Despotismus zu unterwerfen, so ist es ihr Recht, ja ihre Pflicht, eine solche Regierung zu beseitigen und neue Wächter für ihre künftige Sicherheit zu bestellen.

So haben die Entwicklungsländer geduldig ausgeharrt, und so stehen sie jetzt vor der zwingenden Notwendigkeit, das System von Verletzungen ihrer nationalen Souveränität durch das Diktat supranationaler Institutionen zu ändern. Die Geschichte der gegenwärtigen internationalen Finanzinstitutionen ist von unentwegtem Unrecht und ständigen Übergriffen gekennzeichnet, die alle auf die Errichtung einer absoluten Tyrannei über diese Staaten abzielen. Zum Beweise dessen seien der gerecht urteilenden Welt Tatsachen unterbreitet:

SIE HABEN unseren Entwicklungsplänen ihre Zustimmung verweigert, die für das Wohl der Allgemeinheit äußerst nützlich und notwendig sind.

SIE HABEN ihren Banken verboten, Geschäfte zu gleichen Bedingungen abzuwickeln, die für uns von unmittelbarer und dringender Wichtigkeit sind.

SIE HABEN uns Geschäftsbedingungen und Währungsverhältnisse diktiert, die unser Recht als Gleiche in der Weltgemeinschaft aufhoben, ein für uns unschätzbar wichtiges Recht, das nur Tyrannen furchtbar ist.

SIE HABEN eine Konferenz nach der anderen nach ungewöhnlichen und unbequemen Plätzen einberufen, die von dem Aufbewahrungsort ihrer öffentlichen Urkunden und amtlichen Unterlagen weit entfernt lagen, zu dem einzigen Zweck, uns durch Ermüdung zur Unterwerfung unter ihre Maßnahmen zu bringen.

SIE HABEN wiederholt rechtmäßige Regierungen gestürzt, weil sie mit männlicher Festigkeit ihren Eingriffen in die Rechte des Volkes entgegengetreten sind.

SIE HABEN sich lange Zeit hindurch und in vielen Fällen geweigert, nach solchen Regierungsstürzen andere republikanische Kräfte demokratisch wählen zu lassen; dadurch ist die gesetzgeberische Gewalt, die untilgbar ist, an das Volk zurückgefallen, dem es nunmehr freisteht, sie auszuüben; der Staat aber bleibt in der Zwischenzeit allen Gefahren eines Einfalles von außen und Erschütterungen im Innern ausgesetzt.

SIE HABEN sich bemüht, das zur Industrialisierung dieser Staaten notwendige Bevölkerungswachstum zu verhindern; sie haben zu diesem Zweck zwangsweise Sterilisierungsprogramme durchgeführt und verweigern den notwendigen Technologietransfer unter dem Vorwand des sogenannten Umweltschutzes.

SIE HABEN die Gerechtigkeit untergraben, indem sie undemokratischen Kräften, die ihnen nützlich erschienen, Unterstützung und Schutz gewährten.

SIE HABEN Richter hinsichtlich der Amtsdauer und der Höhe und des Zahlungsmodus ihrer Gehälter von ihrem Willen allein abhängig gemacht.

SIE HABEN eine Unzahl neuer Ämter geschaffen und Schwärme von Amtsträgern ausgesandt, um unsere Völker zu drangsalieren und ihre Substanz aufzuzehren.

SIE HABEN die militärische Macht von Regierungen eingesetzt, um die Bedingungen des Kolonialismus de facto aufrechtzuerhalten. Sie haben in vielen Fällen Militärregierungen eingesetzt, um die verlangten Opfer erzwingen zu können.

SIE HABEN sich mit anderen zusammengetan, um uns eine Form der Rechtsprechung aufzuzwingen, die unserer Verfassung fremd und von unseren Gesetzen nicht anerkannt war; und sie haben ihren Akten vorgeblicher Gesetzgebung ihre Billigung erteilt:

um das Territorium unserer Länder für Stellvertreter- und Entvölkerungskriege zu nutzen;
um unseren Handel mit allen Teilen der Welt zu unterbinden;
um uns ohne unsere Einwilligung Bedingungen aufzuerlegen;
um uns in vielen Fällen des Rechtes auf ein ordentliches Verfahren vor einem Geschworenengericht zu berauben;
um unsere Freibriefe einzuziehen, unsere wichtigsten Gesetze aufzuheben und unsere Regierungsform grundlegend zu ändern.

SIE HABEN in unseren Ländern Bedingungen verursacht, die das Leben unserer Völker zerstörten; unsere Länder, bereits vom Kolonialismus geschwächt und ausgebeutet, wurden mit einer Grausamkeit und Niedertracht zum Zusammenbruch gebracht, die ihresgleichen kaum in den barbarischsten Zeiten finden und den Menschen einer zivilisierten Nation völlig unwürdig sind.

SIE HABEN im Innern Aufstände in unserer Mitte angezettelt und versucht, die rückständigsten und fanatischsten Wilden gegen uns aufzuhetzen, deren Kriegführung bekanntlich darin besteht, ohne Unterschied des Alters, Geschlechts oder Zustands alles niederzumetzeln.

In jedem Stadium dieser Bedrückung haben wir in der untertänigsten Form um Abhilfe nachgesucht: Unser wiederholtes Bitten ist lediglich durch wiederholtes Unrecht beantwortet worden. Institutionen, deren Charakter so durch sämtliche Handlungen gekennzeichnet wird, die einen Tyrannen ausmachen, können nicht geeignet sein, über freie Völker zu herrschen.

Wir haben an sie in unzähligen Konferenzen, Versammlungen und Kongressen appelliert und uns an ihren Gerechtigkeitssinn gewandt, doch ohne jeden Erfolg.

Daher tun wir, die Repräsentanten der Völker der Welt, unter Anrufung des obersten Richters über diese Welt als Zeugen für die Ehrlichkeit unserer Absichten namens und im Auftrag aller rechtschaffenen Menschen aller Länder feierlich kund,
daß alle Länder der Welt freie und unabhängige Staaten sind und es von rechts wegen sein müssen;
daß alle Menschen dieser Erde unveräußerliche Menschenrechte haben, die ihnen Leben, Freiheit, menschenwürdige Lebensbedingungen und das Recht garantieren, alle ihre geistigen und seelischen Anlagen umfassend zu entwickeln;
daß deshalb eine Änderung der gegenwärtigen Währungs- und Wirtschaftsordnung notwendig und dringend ist, um unter den Völkern der Welt Gerechtigkeit herzustellen.

Dies waren zu großen Teilen Formulierungen der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, und kein ehrlicher Zeitzeuge kann leugnen, daß alles, was wir wollen, die Abhilfe derselben ungerechten Bedingungen ist, die die Gründerväter überwinden wollten, als sie ihren kolonialen Zustand beendeten und die erste wirklich unabhängige Republik gründeten. Dieses Beispiel wollen wir überall wiederholen, und an diesen Prinzipien wollen wir festhalten.

Und zur Unterstützung dieser Erklärung verpflichten wir uns gegenseitig feierlich in festem Vertrauen auf den Schutz der göttlichen Vorsehung zum Einsatz unseres Lebens, unseres Gutes und der uns heiligen Ehre.

Crystal City, 24. November 1984

Vierte internationale Konferenz des Schiller-Instituts, 12.-15. Januar 1985 in Richmond, Virginia, USA

Wie begegnet man der gegenwärtigen sowjetischen Bedrohung — Die Gefährlichkeit der Ogarkov-Doktrin

Die vierte internationale Konferenz des Schiller-Instituts findet unmittelbar vor der zweiten Amtseinführung von Präsident Ronald Reagan statt. Sie wird ausarbeiten, welche politischen Entscheidungen Präsident Reagan treffen muß, um die unveräußerlichen Rechte des Menschen zu verwirklichen. Besondere Aufmerksamkeit gilt den strategischen, politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen, die erforderlich sind, um die Durchführung der Strategischen Verteidigungs-Initiative sicherzustellen. *Auskünfte über die Konferenz erteilt: Frau Vitali, ☎ 0 61 21-44 90 31*

Schiller-Institut — Institut für republikanische Außenpolitik

Hinrichsring 12 · 3000 Hannover 1 · Bankverbindung: Deutsche Bank Hannover, BLZ 250 700 70, Kto.-Nr. 032 3980

Presserechtlich verantwortlich: Renate Müller, Hinrichsring 12, 3000 Hannover 1

„Lust an Gewalt politisch bemäntelt"

■ Fortsetzung von Seite 1

ein Teil der Medien sich zu einem hemmungslosen Anti-Reaganismus hat hinreißen lassen. Da hilft es wenig, wenn man zwischen Anti-Reaganismus und Antiamerikanismus feinsinnig Unterschiede macht. Die Mehrheit der Amerikaner, die hinter diesem Präsidenten steht, fühlt sich beleidigt, wenn man ihre Nummer eins beleidigt. Ich kann mich nicht erinnern, bei uns in Millionenauflage über irgendeinen ausländischen Staatsmann so geschmacklose Titelbilder gesehen zu haben wie über Ronald Reagan. Noch verletzender für das amerikanische Volk aber ist es, ihre Stars and Stripes brennen zu sehen. Für die Amerikaner ist das keine Vereinsfahne.

WELT: Gibt es Drahtzieher hinter den Bombenlegern?

Boenisch: Nach den Erkenntnissen unserer Spezialisten operieren die Terroristen selbständig und nicht ferngesteuert. Aber einige sind ausgebildet von internationalen Terroristenorganisationen. Und es gibt schließlich auch genügend Kreise, die an jeder Störung unserer lebenswichtigen Beziehungen zu unseren Verbündeten interessiert sind. Man sollte die jüngsten Terrorakte nicht dramatisieren, aber man darf sie auch nicht auf die leichte Schulter nehmen. Die Täter verwendeten keine selbstgebastelten Bomben, sondern gewerbsmäßigen Sprengstoff. Der, der in Oberammergau benutzt wurde, war aus einem Bergwerk in Belgien gestohlen worden. Der Generalbundesanwalt und das Bundeskriminalamt haben rechtzeitig und zu Recht vor diesen Anschlägen gewarnt.

DW. Bonn

In der Nacht zum Montag hatte eine explodierende Bombe das Gebäude der wehrtechnischen Abteilung der französischen Botschaft in Bonn-Mehlem und benachbarte Häuser beschädigt. Personen wurden nicht verletzt. Der Sachschaden wird auf rund 100 000 Mark beziffert. Nach Angaben der Bonner Polizei wurde die Bombe an der Rückwand des unbewachten Botschaftsgebäudes beim Eingang zur Hausmeisterwohnung gezündet. Hausmeister und mehrere Anwohner hatten zuvor Anrufe erhalten, in denen sie eine weibliche Stimme aufforderte: „Verlassen Sie das Gebäude, es fliegt gleich in die Luft."

Breit sieht Signale für Gemeinsamkeit mit Bonn

„Ernsthafte Gespräche" über Arbeitslosigkeit

dpa, Düsseldorf

Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit sieht Zeichen für die Bereitschaft von Arbeitgebern und Gewerkschaften, im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit gemeinsam Position zu beziehen. In einem Interview der Deutschen Presse-Agentur (dpa) verwies Breit dazu auf die von Arbeitgeberpräsident Otto Esser und ihm selbst abgegebene Erklärung zum Abbau der Überstunden.

Das zeige jedenfalls, daß beide Seiten bereit seien, über „unser Hauptproblem" ernsthaft zu reden. Er halte es auch für denkbar, meinte der DGB-Chef, daß die Bundesregierung aufgrund der unvermindert hohen Zahl von Arbeitslosen zu anderen Schlußfolgerungen kommen könnte als bisher. Erste Ansätze hätten sich in Gesprächen mit Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann und Bundesarbeitsminister Norbert Blüm vor einigen Wochen gezeigt. „Es ist allerdings noch nicht abzusehen, ob dies zu Ansätzen für konkrete, gezielt gegen die Arbeitslosigkeit gerichtete Maßnahmen führen wird."

Bei einer Fortsetzung der bisherigen Haushalts- und Finanzpolitik halte er einen spürbaren Rückgang der Arbeitslosigkeit „für so gut wie ausgeschlossen", sagte Breit. Man müsse im Gegenteil befürchten, daß die Arbeitslosigkeit in beträchtlichem Maße zunehme, wenn die in beachtlichem Umfang angelaufenen Rationalisierungen Wirkungen auf die Arbeitsplätze zeigten. Wiederum plädierte Breit für ein öffentliches Investitionsprogramm von jährlich zehn Milliarden Mark, zunächst für fünf Jahre. Dies müsse so angelegt sein, daß weitere private Investitionen folgten, damit neue Arbeitsplätze entstünden.

Breit vermag nach eigenen Worten im Augenblick keine Fragen von Bedeutung für die Gewerkschaften zu sehen, *für deren Lösung es Mehrheiten* in Bundestag oder Regierung gebe. Aus dem Charakter der Einheitsgewerkschaft ergebe sich aber, daß man versuchen müsse, punktuelle Gemeinsamkeiten mit konservativ-liberalen Politikern zu praktischer Politik zu führen.

Berchem warnt Länder

● Fortsetzung von Seite 1

chem „nicht ausschließen", daß die modernen Massen-Universitäten zum Teil zu „veredelten Lehrwerkstätten" verkommen seien. Aber den „reinen Humboldt hat es ja nie gegeben". Auch das, was dieser „selbst gemacht hat, ist ja nur ein Kompromiß gewesen". Es gebe, „so ähnlich wie die Zehn Gebote, ein paar Lehrsätze von Humboldt, aber erfüllt wurden die eigentlich nie ganz".

Vieles, was sich Humboldt als Leitideen einer deutschen Universität vorgestellt habe, sei „auch heute noch nachahmenswert". So habe er sich abzusetzen bemüht gegen „die erstarrte, doktrinäre mittelalterliche Universität, aber auch gegen das Fachhochschul- oder Spezialschul-Prinzip". Die „aufgeklärten Fürsten" zu seiner Zeit hätten sich „ihre Spezialschulen gehalten, um ihre Beamten, Ärzte und Theologen zu bekommen", sagte Berchem – ohne direkte Vergleiche zur aktuellen Situation zu ziehen. „Dieses war reines Nützlichkeitsdenken." Er, Berchem, würde Humboldts Vorstellung „heute immer noch für die Universitäten postulieren, daß sie erst einmal zweckfrei, nur an der Sache orientiert, forschen und lehren". Dies werde dann „automatisch auch dem Staat Nutzen bringen".

Das Hochschulrahmengesetz wie auch die einzelnen Landesgesetze seien naturgemäß „keine geistige Idee, nichts, was die Leute aufruft, nun neuen Zielen zuzustürmen". Was uns „von Humboldt überkommen ist, ist dagegen ein Programm wie der Dekalog". Berchem forderte die Bildungspolitiker auf: „Ich würde mich freuen, wenn gerade das Jahr 1985 – in dem sich Humboldts Todestag zum 150. Mal jährt – dazu benutzt würde, um sich ein wenig mehr der Geistigkeit und der Idee einer deutschen Universität zu widmen. Natürlich ohne Humboldt auf ein Podest zu stellen und einen Heiligenschein um ihn zu errichten."

Reagans Botschaft an die Berliner

DW. Berlin

In einer Botschaft an die Berliner, die die „Berliner Morgenpost" *in ihrer Neujahrsausgabe* veröffentlichte, bekräftigt Präsident Ronald Reagan: „Die amerikanische Verpflichtung für Berlin ist unerschütterlich." Die WELT zitiert aus dem Schreiben Reagans:

„Berlin und seine Menschen liegen Amerika am Herzen. Es ist mir daher eine Freude, an die Berliner über diese außergewöhnliche Stadt zu schreiben.

Im neuen Jahr wird es 40 Jahre her sein, seit Berlin eine Vier-Mächte-Stadt wurde. Dieser besondere Status hat Berlin zu der freien und blühenden Stadt werden lassen, die wir heute kennen. Dieser Status und die Entschlossenheit der Alliierten, auf ihren Rechten zu bestehen und ihre Verantwortlichkeiten zu erfüllen, sind der Grund dafür, daß Berlin heute solch einen Kontrast zu seiner Umgebung bildet.

Auch heute sind die Alliierten Berlins Sachwalter. In einem gewichtigen Sinne sind sie auch Sachwalter der deutschen Nation. Sie stehen in Berlin als Wachtposten und um daran zu erinnern, daß die tragische Teilung Deutschlands und Europas nicht unabänderlich ist. Die Berliner können darauf vertrauen, daß die alliierte Rolle in Berlin, mit ihren historischen Wurzeln und ihren gegenwärtigen Kompliziertheiten, die Freiheit Berlins garantiert. Auf dieser soliden Grundlage ist es möglich geworden, Ost-West-Vereinbarungen zum Wohle der Berliner zu treffen.

Die enge Partnerschaft, die zwischen den Berlinern und den westlichen Alliierten gewachsen ist und auf gegenseitigem Respekt und Einfühlungsvermögen beruht, ist lebenskräftig. Zusammen haben wir die Zeit der Luftbrücke durchgestanden. Zusammen haben wir Erfolge wie das Viermächteabkommen gefeiert. Diese gemeinsamen Erfahrungen haben ein unverbrüchliches Band geschmiedet. Zusammen werden wir für eine helle Zukunft Berlins arbeiten. Zum neuen Jahr will ich jedem Berliner unser Versprechen erneuern:

Die amerikanische Verpflichtung für Berlin ist unerschütterlich."

Berlin blieb von der Premiere ausgeschlossen

Sorgen der Post mit den 15 Kabelinseln / Kritik an Senator

W. SCHULZ-HEIDORF, Berlin

Berlin, neben Amsterdam die Stadt mit der größten Kabeldichte in ganz Europa, blieb bei der gestrigen Premiere des deutschen Satellitenfernsehens abgekoppelt vom übrigen Bundesgebiet. So konnte keiner der 200 400 West-Berliner Fernsehhaushalte, die bereits an Breitbandkabeln der Bundespost hängen, am Neujahrstage die vier zusätzlichen TV-Programme sehen, wie sie in fünf anderen Bundesländern den Kabelteilnehmern vorgeführt wurden:

Das erste private Satellitenfernsehen Deutschlands, SAT 1, an dessen Gestaltung Zeitungsverlage maßgeblich beteiligt sind,

3 SAT, ein Drei-Länder-Programm, mit dem ZDF, ORF und SRG gemeinsam vorwiegend zeitversetzte oder Wiederholungsprogramme anbieten;

*die englischsprachigen Unterhal*tungsprogramme „Sky Channel" und „Music Box".

Daß etwa 30 000 Kabelhaushalte in Spandau und Charlottenburg, die von heute an in einem Betriebsversuch diese Programme empfangen können, von der gestrigen Premierensendung ausgeschlossen waren, nimmt die Post auf sich. Einen Sendebeginn, selbst in diesem kleinen Testgebiet, an einem Feiertag hielt sie für zu riskant. Es könne ja technische Pannen geben, ohne daß Fachleute bereitstünden, um auftretende Mängel zu beheben, hieß es. Ein Argument, das den Spandauern und Charlottenburgern nicht recht einleuchten will. Schließlich hat sich die Bundespost gerade in diesen ihren Kabelinseln im Sommer '84 zwei Monate lang erfolgreich den Empfang von Satelliten-Fernsehen getestet.

Test mit neuer Technik

Eher verständlich sind da die Sorgen der Post angesichts der technischen Unwägbarkeiten, die sie erwartet, wenn in den kommenden Monaten die 15 Berliner Kabelinseln zu einem einzigen Netz „vermascht" werden sollen. Dabei wird nämlich in Berlin erstmals eine neuartige Technik erprobt. Die Signale zwischen den Kupferkabelinseln werden per Glasfaserkabel digital übertragen und müssen dann wieder in analoge Impulse umgewandelt werden.

Auch die Abschirmung und die unzureichende Kapazität vieler Hausverteilanlagen in der Stadt, die einmal nach inzwischen überholten Postrichtlinien eingerichtet worden sind, bereitet den Posttechnikern Kummer. Die Charlottenburger und Spandauer Kabelhaushalte, die demnächst die vier neuen Programme auf ihre Bildschirme holen können, werden sich übrigens nicht lange dieses Privilegs erfreuen können. Kultursenator Volker Hassemer (CDU), zuständiges Senatsmitglied für Berlins Medienpolitik, hat der Post strenge Weisungen erteilt: In der Erprobungsphase, die bis zum August 1985 dauern soll, darf „aus rundfunktechnischen Gründen" höchstens ein Drittel der Berliner Kabelhaushalte an den Betriebsversuchen teilnehmen, und auch das nur für jeweils acht Wochen. Dann müssen die Testgebiete in der Stadt gewechselt werden, *und sogar* die Kanäle, über die diese Programme kommen.

Problem Pilot-Projekt

Erst zur Internationalen Funkausstellung im Herbst soll das Kabel-Pilotprojekt Berlin richtig beginnen. Bis dahin, so Kultursenator Hassemer, sei nur ein Betriebsversuch zulässig, denn die bereits empfangbaren Satellitenprogramme dürfen keinesfalls einen Wettbewerbsvorteil gegenüber künftigen lokalen Programmanbietern haben.

Noch ist unbekannt, wieviele solche lokalen Programmanbieter sich bis Ende Februar beim dafür zuständigen Kabel-Rat um die Zuweisung von Sendezeiten und -kanälen bemühen werden. *Nur eins weiß man* schon jetzt: Sie werden frühestens im August eigene Programme ins Berliner Kabelnetz schicken. Dann erst ist die dafür erforderliche Kabelzentrale betriebsbereit – auch diese Verspätung ein Versäumnis früherer Stadtregierungen und später Beschlüsse des jetzigen Senats.

Die Fernsehkonkurrenz für die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten ist bereits in der Luft, doch nur wenige Berliner dürfen sie in Dosierung sehen. Das ist ein Zustand, mit dem die Berliner schon im Hinblick auf die ihrer Stadt zugedachte Pionierfunktion bei den neuen Medien höchst unzufrieden sind. „Hassemers TV-Schlappe schadet der ganzen Stadt", kritisiert der Berliner CDU-Abgeordnete Wolfgang Hackel.

Jenninger weist „Revanchismus"-Vorwurf zurück

DW./hrk. Bonn

Bundestagspräsident Philipp Jenninger hat dem von der Sowjetunion erhobenen Vorwurf des „Revanchis*mus" das Ziel der Bonner Ostpolitik* gegenübergestellt. In einer vom Deutschlandfunk verbreiteten Neujahrsansprache sagte Jenninger: „Wir wollen nicht Grenzen verändern, sondern die Spaltung Europas überwinden und die Grenzen durchlässig machen." Von diesem Bemühen sei auch die Politik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der „DDR" geleitet.

Die SED-Führung läßt weiterhin die „Revanchismus"-Vorwürfe gegen Bonn aus dem östlichen Lager nachdrucken. „Neues Deutschland" veröffentlichte zum Jahresende einen Kommentar der „Trybuna Ludu" aus Warschau, in dem der Bundesregierung internationale Folgen bei einer weiteren Politik des „Revanchismus" angedroht werden.

In dem Beitrag heißt es, die CDU/CSU orientiere sich „programmgemäß" auf eine „Untergrabung der bestehenden territorialen und politischen Ordnung in Europa". Ein solches Verhalten sei „nicht nur eine innere Angelegenheit der BRD. Eine solche Politik richtet sich mit ihrer Spitze gegen die von ihr unterschriebenen Verträge mit der UdSSR, Polen, der DDR und der CSSR, in denen sich die BRD verpflichtet hat, keinerlei territoriale Ansprüche zu erheben, ‚weder heute noch in Zukunft'".

Das SED-Blatt veröffentlichte den polnischen Beitrag an hervorgehobener Stelle auf der Kommentarseite der Zeitung, an der sonst eigene Ostberliner Beiträge zu stehen pflegen. Ein weiterer Auszug aus dem Text des außenpolitischen Kommentators von „Trybuna Ludu" enthält indirekte Angriffe gegen Bundeskanzler Kohl, indem der Autor vom „Erben Adenauers" spricht: „Die politischen Kreise am Rhein, die sich als die ‚Erben Adenauers' bezeichnen, sollten nicht vergessen, daß die wohlbekannten revanchistischen Konzeptionen und Ansprüche des ersten Bonner Bundeskanzlers gescheitert sind. Ein ähnliches Fiasko erwartet auch die pangermanischen Phantastereien einiger Wortführer am Rhein."

Mit der Vokabel „pangermanisch" wird eine Formulierung des italienischen Außenministers Andreotti aufgenommen.

SKISPRINGEN / Erfolg für Jens Weissflog

Österreicher besiegt Nykänen weit zurück

R. v. HOLST, Garmisch

Die Skispringer aus der „DDR" können wieder siegen, die Österreicher Andreas Felder (11. Platz) und Ernst Vettori (12.), in Oberstdorf noch erfolgreich, landeten weit abgeschlagen. *Das ist das Fazit des zweiten* Springens der Vier-Schanzen-Tournee in Garmisch. Es siegte Jens Weissflog aus der „DDR" vor dem Finnen Puikkonen und Klaus Ostwald („DDR"). Und der Mann, der die letzte Saison beherrschte kam ebenfalls nur auf Platz acht: Matti Nykänen aus Finnland. Die Spitze, so scheint es, ist breiter geworden, Skispringen ist nicht mehr hauptsächlich der Zweikampf zwischen Weissflog und Nykänen. Der Finne scheint dabei noch durch eine Knieverletzung gehandicapt.

Manchmal, oben an der Luke der Schanze, fallen Matti Nykänen die Worte seines Vaters ein, der vor 16 Jahren zu ihm gesagt hat: „Wenn du springen willst, dann mach es nicht wie die anderen. Mach es besser." Dann greift der 22 Jahre alte Finne noch einmal an die Brille und schaut in die Tiefe. Am Schanzentisch weiß er dann, ob er besser ist: „Ich spüre es mit jeder Faser meines Körpers. Auch wenn ich Fehler mache." Ob dies das Geheimnis seines Erfolges ist, kann er nicht beantworten: „Skifliegen ist bestimmt auch eine Instinktsache, man muß nur genug davon haben."

Als Matti Nykänen aus der mittelfinnischen Stadt Jyvaskylä 1981 zum erstenmal auf der internationalen Bühne stand, um in Schonach bei der Junioren-Weltmeisterschaft den Titel zu gewinnen, da kannten nicht einmal seine Landsleute ihren neuen Superstar.

„Superstar", sagt er mit fragendem Blick, „ich bin kein Superstar, ich bin vielleicht ein guter Skispringer. Und trotz meiner Erfolge bestimmt nicht der beste von allen. Ich muß mir jeden Sieg hart erarbeiten. Wie jeder andere, der Erfolg hat." Seine Bescheidenheit ist nur noch durch seine guten Leistungen zu überbieten.

1982 wurde er nämlich auch bei den Senioren, gerade 20 Jahre alt, Weltmeister auf der Großschanze in Oslo. Danach sind seine Erfolge kaum noch zu zählen: Sieger der Vierschanzen-Tournee 1982/83, Olympiasieger auf der 90-m-Schanze in Sarajevo, Silbermedaillengewinner auf der 70-m-Schanze, Mannschaftsweltmeister und Weltrekordler im Skifliegen. 185 m sprang er im März 1984, so weit war vor ihm noch niemand geflogen.

Matti Nykänen erklärt seine Erfolge aber auch mit einem unbändigen „Siegeswillen", den er immer dann entwickeln kann, wenn es um die Entscheidungen geht. „Ich habe wohl auch den neuen Typ des Skispringers kreiert", *doziert* er bei einem Mineralwasser, „ganz plötzlich, nach meinen Siegen hieß es, daß nur noch Leichtgewichte gewinnen könnten. Da ist ja auch was dran. Jedes Pfund, das man einspart, bringt einen Meter."

Der Finne ist 1,74 m groß und wiegt 54 Kilo. Ein schmalbrüstiger, blasser Junge, der sich scheut, im Rampenlicht zu stehen. Fragen, die seine Person betreffen, beantwortet er nur stockend. Doch der Schein trügt. Matti Nykänen ist ein knochenharter Bursche, der auch dann noch die Zähne zusammenbeißt, wenn andere längst aufgeben. Im August des vergangenen Jahres riskierte er beim Mattenspringen in Lake Placid Kopf und Kragen, um auch auf der Mattenschanze einen neuen Rekord zu springen: „Ich kam zu weit nach unten", erzählt er lächelnd, „der Sturz war fürchterlich." Im rechten Knie war das Außenband gerissen, die Gelenkkapsel gespalten. Die Diagnose der Fachärzte: „Mindestens ein halbes Jahr Pause."

Vier Wochen lang trug der Finne einen Gips, dann begann er wieder mit dem Training. Bis zum Start der Vierschanzen-Tournee absolvierte er rund 200 Trainingssprünge, immerhin 300 weniger als seine Konkurrenten. Und: „Ich bin erst seit einer Woche wirklich schmerzfrei. Vor drei Wochen konnte ich noch nicht einmal das Knie richtig beugen." Natürlich konnte er dann die Trainingssprünge nur mit schmerzstillenden Mitteln ertragen? „Aber nein", sagt er und knetet wie nach einem Alptraum seine Hände. „Ich habe jeden Sprung unter irrsinnigen Schmerzen absolviert."

Daß er trotzdem die mörderische Tortur auf sich nahm, beantwortet er mit einem einfachen Satz: „Was soll ich sonst außer Skispringen machen." Seine Heimatgemeinde Jyvaskylä schenkte ihm nach seinen großen Erfolgen eine Daueranstellung in der Gemeinde, denn außer Skispringen hat Matti nichts gelernt. Nicht einmal die Schule hat er beendet. Und über seine Ausbildung macht er sich die wenigsten Gedanken: „Wenn ich mit dem Skispringen aufhöre", erklärt er selbstbewußt, „werde ich Trainer. Das liegt mir bestimmt."

Franz Beckenbauer über Schuster: Keine Zeit für Kindereien

BERND WEBER, Bonn

Franz Beckenbauer, Teamchef der deutschen Fußball-Nationalmannschaft, hat Silvester in seinem Haus in Kitzbühel gefeiert. In aller Ruhe, sagt er. Doch auch dort lassen ihn die Aufgaben nicht los, die er nach der Europameisterschaft übernommen hat. Die WELT sprach mit Beckenbauer.

WELT: Viel Zeit zum Verschnaufen bleibt Ihnen nicht. Schon am 24. Februar steht die große Prüfung an, das WM-Qualifikationsspiel in Lissabon gegen Portugal.

Beckenbauer: Ich gebe zu, daß meine Gedanken schon seit einiger Zeit unablässig um diese Begegnung kreisen. Da kann ich gar nicht mehr richtig abschalten. Denn in der Tat bin ich mir darüber im klaren, daß die Mannschaft und ich in Lissabon richtig geprüft werden, weil die Öffentlichkeit, die uns nach dem tiefen Fall bei der vergangenen Europameisterschaft wieder einen großen Vertrauensvorschuß gegeben hat, jetzt beinahe kompromißlos Gegenleistungen erwartet.

WELT: Das heißt, Sie stehen in Lissabon unter ungeheurem Erfolgsdruck.

Beckenbauer: Ich möchte es ein wenig differenzierter sagen – wir müssen dort nicht gewinnen, aber niemand würde uns eine schwache Leistung verzeihen.

WELT: Lissabon ist die dritte Etappe auf dem Weg zur WM-Qualifikation für 1986 in Mexiko. Diese Qualifikation zu schaffen, war von Beginn an Ihr erklärtes Ziel …

Beckenbauer: … und das werden wir auch packen. Wir haben heute wieder eine gute Mischung aus erfahrenen und jungen Spielern. Wir werden natürlich noch einige Zeit brauchen, um die Optimalbesetzung zu finden, aber wir sind auf dem richtigen Weg und: unsere Qualifikationsgegner sind auf keinen Fall stärker als wir.

WELT: Zuletzt, gegen das kleine Malta, hat Ihre Mannschaft allerdings keineswegs überzeugen können. Deshalb glauben viele, Ihre Sehnsucht nach dem zurückgetretenen Bernd Schuster wäre größer geworden.

Beckenbauer: Ich habe keine Zeit, um mich mit Kindereien zu befassen. Bernd hat gerade erst wieder erklärt, daß er nicht mehr im Nationalteam spielen will, also habe ich ihn abgehakt. Da bleibt denn wohl kein Platz mehr für irgendwelche Sehnsüchte. Daß Schuster natürliche eine Verstärkung für unsere Mannschaft sein würde, ist klar. Daß ich sofort wieder aufnehmen würde, wenn er mit hundertprozentiger Konsequenz zur Rückkehr bereit wäre, ist ebenso selbstverständlich.

WELT: Geben Sie sich eigentlich eine Mitschuld daran, daß Schuster auch weiter nicht in der Nationalmannschaft spielen will?

Beckenbauer: Nein, das tue ich nicht. Ich gestehe aber freimütig ein, daß ich es trotzdem als erste große Niederlage für mich empfunden habe, als ich mit dem Rücktritt konfrontiert wurde.

WELT: Seinerzeit ist Ihnen wohl auch zum erstenmal klar geworden, welch schwieriges Amt Sie übernommen haben …

Beckenbauer: Ich will es mal so ausdrücken, ich habe mich nach der Europameisterschaft spontan dazu hinreißen lassen, Verantwortung für die Nationalmannschaft zu übernehmen. Damals war mir die Tragweite meines Handelns überhaupt nicht bewußt. Erst heute weiß ich, worauf ich mich eingelassen habe.

WELT: Schwingt da Bedauern über Ihren Entschluß mit?

Beckenbauer: Überhaupt nicht. Ich bin, wie ich jedenfalls meine, ganz gut in die Dinge hineingewachsen, und ich betrachte meine Entscheidung auch im Nachhinein als richtig.

WELT: Haben Sie nicht Angst davor, daß einige DFB-Funktionäre auf Fehler von Ihnen warten. Immerhin haben Sie nach dem Malta-Spiel ganz schön in Richtung dieser Herren vom Leder gezogen.

Beckenbauer: Mag sein, daß ich im Tonfall etwas überzogen habe. In der Sache habe ich nichts zurückzunehmen. Die gesamte Vorbereitung auf Malta glich durch die Unruhe die von außen an die Mannschaft herangetragen wurde, eher einem Betriebsausflug. Ich garantiere, daß wird es in Zukunft nicht mehr geben. In unmittelbarer Nähe der Mannschaft wird sich neben den direkten Betreuern demnächst nur noch unser oberster Boß, Hermann Neuberger, aufhalten. Darauf bestehe ich, selbst auf die Gefahr hin, daß sich der eine oder andere vor den Kopf gestoßen fühlt.

ZAHLEN

LEICHTATHLETIK

Silvesterläufe, in São Paulo (12 600 m), Männer: 1. Lopes (Portugal) 36:43,79, 2. da Silva (Brasilien) 37:20,58, 3. Hernandez (Mexiko) 37:37,91, 4. Tibaduiza 37:52,39, 5. Salazar 37:57,21, 6. Mora (alle Kolumbien) 38:00,02. – Frauen: 1. Mota (Portugal) 43:35,57, 2. Sabino (Brasilien) 43:35,80, 3. Borocvicka (USA) 44:08,52. – In Bozen, Männer (10 km): 1. Hagelsteens (Belgien) 29:10,7, 2. Salzmann (Frankfurt) 29:14,3, 3. Hartmann (Österreich) 29:16,0. – Frauen (5 km): 1. Schmitz (Deutschland) 17:03,4, 2. Urbanova (CSSR) 17:06,9, 3. Jamrozy (Deutschland) 17:09,4.

EISHOCKEY

Bundesliga, 26. Spieltag: Rießersee – Mannheim 4:3, Schwenningen – Iserlohn 1:3, Köln – Rosenheim 2:2, Düsseldorf – Essen-West 6:3, Kaufbeuren – Landshut 6:5. – **Junioren-WM** in Finnland, sechster Spieltag: Kanada – Finnland 4:4, Deutschland – Schweden 1:5, Polen – USA 2:6, CSSR – UdSSR 3:1. – **Spengler-Cup** in Davos: Team Kanada – Woskresensk/UdSSR 4:3.

TENNIS

Internationales Turnier in Melbourne/Australien, Einzel, Halbfinale: Fitzgerald (Australien) – Hlasek (Schweiz) 7:5, 6:3, Cassidy – Anger (beide USA) 6:4, 7:5. – Doppel: Bauer/McCain (USA) – Fancutt/Dohan (Australien) 6:3, 3:6, 6:1, Dyke/Masur (Australien) – Lloyd/Dowdeswell (England) 3:6, 6:4, 6:3.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 3 000 000,00, 2: 146 151,20, 3: 5317,60, 4: 101,10, 5: 8,30. – **Toto, Elferwette:** Klasse 1: 2061,80, 2: 123,70, 3: 12,60. – **6 aus 45:** Klasse 1: 623 918,10, 2: 66 357,90, 3: 1596,80, 4: 54,60, 5: 6,50. – **Rennquintett:** Rennen A: 1141,50, 2: 116,20. – Rennen B: Klasse 1: 398,00, 2: 281,20. – Kombinations-Gewinn: unbesetzt, Jackpot: 177 374,60. (ohne Gewähr)

SPORT-NACHRICHTEN

Schach: Auszeit

Moskau (dpa) – Herausforderer Garri Kasparow nahm bei der Schach-Weltmeisterschaft gegen Titelverteidiger Anatoli Karpow eine Auszeit. Die 37. Partie des Wettkampfes (Karpow führt 5:1) findet heute statt.

Real Madrid besiegt

Barcelona (dpa) – Der FC Barcelona führt nach einem 3:2-Sieg über seinen Verfolger Real Madrid in der spanischen Fußballmeisterschaft mit fünf Punkten Vorsprung.

Bob: Zwei Teams zur WM

Königssee (sid) – Zwei Piloten und ihre Teams vertreten die Bundesrepublik bei den Bob-Weltmeisterschaften in Cervinia (Italien). Toni Fischer (Ohlstadt) und Klaus Kopp (Unterhachingen) steuern die Zweier- und Vierer-Schlitten.

Mäßiges Comeback

Diegem (sid) – Der ehemalige Bundestrainer der Radamateure, Klaus-Peter Thaler, belegte bei einem Querfeldein-Rennen in Diegem (Belgien) nur Platz 14. Thaler, der nach den Olympischen Spielen in Los Angeles als Trainer zurückgetreten war, bereitet sich auf die WM in München vor.

Mann des Jahres

New York (dpa) – Peter Ueberroth, Manager der Olympischen Spiele von Los Angeles, ist vom amerikanischen Nachrichtenmagazin „Time" zum Mann des Jahres 1984" gewählt worden. Er sei die „Verkörperung des unternehmerischen Geistes", der heute in den USA blühe.

Vainio bestraft

Helsinki (sid) – Der finnische Leichtathletik-Verband hat dem Langstreckler Martti Vainio wegen erwiesenen Dopings die nationalen Titel über 5000 und 10 000 Meter aberkannt. Vainio war in Los Angeles nach dem Gewinn der Silbermedaille ebenfalls disqualifiziert worden.

Zu viele Zuschauer

Varzim (sid) – Wegen Überfüllung des Stadions hat Schiedsrichter Mario Luis das Spiel der portugiesischen Fußball-Meisterschaft zwischen Tabellenführer FC Porto und dem FC Portimonense in Varzim abgesagt. Statt der zulässigen 24 000 Zuschauer stürmten 35 000 ins Stadion.

Rallye: Unfall

Cergy-Pontoise (sid) – Ein Unfall überschattete den Prolog der Rallye Paris–Dakar. Ein zehn Jahre alter Junge lief vor den Citroën von Jean-Luc Therier (Frankreich) und brach beide Beine. Nach dem Prolog gingen die beiden französischen Audi-Teams von Bernard Darniche und Alain Mahé gestern auf die 14 000 km lange Strecke.

GALOPP

Bocskai und Alafi vorne

sid, Neuss

Zum erstenmal seit fast 40 Jahren gibt es im deutschen Galopprennsport zwei Jockeys, die sich Champion nennen können. Am Silvester-Tag, dem letzten Renntag der Saison, zog Peter Alafi mit dem lange in Führung liegenden Georg Bocskai mit 82 Siegen in der Jockey-Statistik noch gleich. Auf der Galopprennbahn in Neuss gewann Alafi mit Osterbote noch ein Rennen, während Bocskai leer ausging.

Der 25 Jahre alte Bocskai hatte allerdings Pech, da er bereits vor dem ersten Rennen der Veranstaltung beim Aufgalopp von der Stute Washora stürzte und sich dabei drei Rippen brach. Er wurde ins Krankenhaus gebracht und mußte alle Ritte an diesem Nachmittag absagen. Für ihn war es trotzdem das bisher erfolgreichste Jahr seiner Jockeykarriere. Der Stalljockey von Heinz Jentzsch (wieder erfolgreichster Trainer mit 98 Siegen) gewann für die Besitzer seiner Pferde über 1,7 Millionen Mark an Preisgeldern, der Sieg im Deutschen Derby auf Lagunas war dabei der wichtigste Erfolg. Peter Alafi konnte bisher drei Titel erringen. Erstmals war der jetzt 48jährige, der für Sven von Mitzlaff in Köln tätig ist, 1972 deutscher Champion. Dritter in diesem spannenden Championatskampf wurde Manfred Hofer, der 78 Saisonsiege verbuchen konnte.

SILVESTERLAUF

Triumph für Portugal

sid, São Paulo

Der 60. Silvesterlauf von São Paulo wurde zum Triumph der portugiesischen Läufer: Marathon-Olympiasieger Carlos Lopes und die Olympia-Dritte Rosa Mota wurden mit Feuerwerk und Konfettiregen von den Zehntausenden nach 12,6 km bei der Zielankunft auf der Avenida Consalacao als die Sieger begrüßt. Schon vor zwei Jahren hatten die beiden Portugiesen den Lauf gewonnen. Rosa Mota gewann zum vierten Mal hintereinander.

Der 37 Jahre alte Lopes lief in dem Teilnehmerfeld von mehr als 10 000 Läufern aus 15 Ländern in 36:43,79 Minuten einen deutlichen Vorsprung auf Lokalmatador Jose Joao da Silva (37:20,58) heraus, der das Rennen 1980 gewonnen hatte. Bei den auch am Abend noch sommerlichen Temperaturen in Brasiliens Finanz- und Industriemetropole hatte der Portugiese beim Lärm der Sambatrommeln unter Konfetti und Luftschlangen schon früh das Tempo diktiert. Aus dem Gedränge im Startraum hatte sich Lopes schnell abgesetzt. Nur der Einheimische da Silva, von den rund 500 000 Zuschauern an der Strecke enthusiastisch gefeiert, konnte rund sechs Kilometer mithalten. Victor Mora (40), der den Lauf viermal gewonnen hatte, belegte Platz fünf. Namhafte deutsche Läufer waren nicht am Start.

Paris setzt auf Export

J. Sch. (Paris) – Wenn die französische Regierung ihre im März 1983 eingeleitete Restriktionspolitik konsequent fortsetzt, könnte sie bis zu den nächsten Parlamentswahlen im Frühjahr 1986 die negativen Folgen ihrer vorangegangenen Expansionspolitik weiterhin beseitigen. Stagnierende *Kaufkraft und* weiter zunehmende Arbeitslosigkeit sind vor allem für sozialistische Abgeordnete kein Wahlschlager.

Die Versuchung wird deshalb groß sein, den wirtschaftspolitischen Kurs zu ändern. Was die Kaufkraft betrifft, so wurde die bisherige Austerity-Kur bereits durch die Senkung der 1985 fällig werdenden Einkommenssteuern gemildert. Der private Verbrauch soll aber dank der rigorosen Einkommenspolitik kaum zunehmen.

Um gleichwohl die Produktion so stark anzukurbeln, daß sich die Arbeitslosigkeit noch rechtzeitig genug vor den Wahlen stabilisiert, setzt die Regierung auf den Export. Ihr Blick ist dabei vor allem auf die Bundesrepublik gerichtet, die mit Abstand größten französischen Auslandskunden. So finden deutsche Konjunkturprognosen heute in Frankreich besonders große Beachtung.

Aber abgesehen davon, daß diese Prognosen weniger rosig sind als sie hier dargestellt werden, fragt es sich, *wie weit Frankreich von der* Nachfragebelebung in der Bundesrepublik angesichts des gegenüber der D-Mark überbewerteten Franc profitieren kann. Aus wahlpolitischer Sicht hieße danach die Frage: Kurswechsel oder Abwertung. Das letztere wäre das kleinere Übel.

Ärgernis EG

gb. – Wer würde nicht gern Positives über eine so wichtige Sache wie die Europäische Gemeinschaft lesen. Aber *alle Nachrichten*, die aus und über Brüssel verbreitet werden, bereiten Verdruß. Das gilt auch für den gerade veröffentlichten Bericht des Rechnungshofes der Gemeinschaft. Zugegeben, auch nationale Rechnungshof-Berichte stellen den untersuchten Bürokraten nicht eben schmeichelhafte Zeugnisse aus. Aber was die Luxemburger Prüfer in ihrem Papier auflisten, kann den an Kummer gewöhnten Steuerzahler schon in Staunen versetzen. Der Verdacht kommt auf, statt ordentlicher Arbeit brächte die Brüsseler Behörde nur noch Schlamperei zustande. Solche beklagenswerte Entwicklung kann freilich nicht nur den EG-Bürokraten allein angelastet werden. Hier ist die Aufsichtspflicht der Ministerräte gefordert. Aber pausenlose Beratungen der verantwortlichen Politiker *führen offenbar dazu*, wichtige Kontrollfunktionen zu vernachlässigen. Kein Wunder, wenn in der Bevölkerung Europa keine Hoffnung mehr ist sondern oft nur noch *ein Ärgernis*.

WIRTSCHAFTSLAGE / Zuversicht bei Hamburgs „Ehrbaren Kaufleuten"

Keine Sorge um die technologische Wettbewerbsfähigkeit am Weltmarkt

J. BRECH, **Hamburg**

Die Handelskammer Hamburg hat erneut den Beschluß der Bundesregierung bedauert, die internationale Seerechtskonvention nicht zu zeichnen. Damit sei eine Tür zugeschlagen worden, die man auch hätte angelehnt lassen können. Zur allgemeinen Wirtschaftslage erklärte Kammerpräses Carl-Heinz Illies, wichtige Daten des Hauptbuches seien in Ordnung gebracht worden. Kritik übte er an der geplanten Steuerreform.

Vor der traditionellen Versammlung eines Ehrbaren Kaufmanns zu Hamburg räumte der Handelskammer-Präses ein, daß auch die Kammer Vorbehalte gegen die Konvention habe, weil die Regelungen über den Meeresbergbau so restriktiv seien, daß sie deutsche Firmen de facto von diesen zukunftsreichen Aktivitäten ausschließen und als Präzedenzfall für ähnliche dirigistische Regelungen dienen könnten. Um die politische Einflußname zu wahren, hätte die Bundesregierung die Konvention jedoch zeichnen sollen, deren andere Teile im übrigen viele sinnvolle Regelungen enthielten.

Zur allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung erklärte Illies, daß mit dem in Gang gekommenen Wachstum, der eingedämmten Inflationsrate und der positiven außenwirtschaftlichen Leistungsbilanz von den vier Grunddaten des gesamtwirtschaftlichen Hauptbuches drei in Ordnung seien. Dies sei eine der wichtigsten Voraussetzungen, um mittelfristig auch das Beschäftigungsproblem zu lösen. Für den eingeschlagenen Weg, die Rahmenbedingungen neu zu ordnen und den Strukturwandel zu bewältigen, gebe es keine Alternative, erklärte Illies. Kritik äußerte Illies dagegen an der Steuerreform, die den Erwartungen einer grundsätzlichen Weichenstellung nicht gerecht werde. Einmal handele es sich weniger um eine Reform des Systems als vielmehr um eine Steuersenkung, zum anderen sei das Entlastungsvolumen von 20 Mrd. DM zu wenig zugunsten des wirtschaftlichen Wachstums und zu stark verteilungspolitisch ausgerichtet worden.

Für die Sicherung und Schaffung von ausreichenden Arbeitsplätzen müsse die Bundesrepublik ihre bisherige Stärke bewahren, eine breite Palette industrieller Produkte anbieten zu können, erklärte Illies. Er nahm damit zu den Zweifeln über die deutsche Wettbewerbsfähigkeit in der Spitzentechnik vor allem im Ausland Stellung. Von einem generellen Technologierückstand in der Bundesrepublik könne nicht die Rede sein. Partielle Rückstände müßten aufgeholt werden, ohne dabei die Warnung zu übersehen, daß bei einigen High-Tech-Produkten bereits weltweite Überkapazitäten und die Sorgenbranchen von übermorgen im Aufbau seien. Von Produkten, die das Etikett „Spitzentechnik" verdienten, könne die deutsche Wirtschaft aber allein nicht leben. *Auf die Überschrift eines* „Economist"-Artikels „Low in High Tech" antwortete Illies: „Wir müssen nicht nur ‚high in High-Tech' sein, sondern auch ‚high in Low-Tech' und sogar ‚high in No-Tech'."

Die Bundesrepublik brauche um die technologische Wettbewerbsfähigkeit heute weniger besorgt zu sein als noch vor kurzem, erklärte Illies. „Wir dürfen uns dort, wo wir Probleme haben, nicht gesundbeten, wir sollten uns jedoch auch nicht krankreden." Wer kaufe schon gern bei Leuten, die von sich selber nichts mehr hielten.

Illies erinnerte in diesem Zusammenhang an die Dynamik, den Optimismus und den Leistungswillen, die sich in der Wirtschaft der USA ausgebreitet hätten. Der Boom in den USA sei nicht so sehr deshalb zustande gekommen, weil ein riesiges Defizit im Haushalt entstanden sei, sondern, weil das Defizit an Zuversicht verschwunden sei. USA-Besucher seien immer wieder über den Kleinmut und die Angst vor der eigenen Courage bedrückt, die in der Bundesrepublik häufiger anzutreffen seien, als es dem Land guttäte. Man brauche nicht alles zu unterschreiben, was sich in der US-Wirtschafts- und Finanzpolitik tue, sagte Illies, doch sei bewiesen worden, was eine Politik zu bewirken vermöge, die auf die Befreiung der Marktkräfte setzt.

SCHIMMELPFENG

Die Zahlungsmoral hat sich leicht verschlechtert

dpa/VWD, **Frankfurt**

Nach fast zweijähriger Besserung *ist die Zahlungsmoral in der deut*schen Wirtschaft im 4. Quartal dieses Jahres wieder gesunken. Nach Angaben der Frankfurter Wirtschaftsauskunftei Schimmelpfeng GmbH kamen danach nur 69 Prozent aller Firmen den Zahlungsverpflichtungen im vereinbarten Zeitrahmen nach. Noch im Vorquartal habe die Quote um 0,5 Prozentpunkte höher gelegen. Nach Schimmelpfeng spiegele das Ergebnis der aktuellen Befragung von 9400 Lieferanten aller Branchen zum Jahresultimo die Erwartungen *nicht wider, die Politiker und Bun*desbank an die konjunkturelle Entwicklung des neuen Jahres knüpfen.

Der Konjunkturzug stehe zwar unter Dampf, könne aber speziell im konsumtiven Bereich nur mühsam die Rollwiderstände überwinden. Zu hoch seien die Arbeitslosenzahlen, zu schwerwiegend die Strukturprobleme und das Geld zu knapp, meint die Wirtschaftsauskunftei.

Den Angaben zufolge sank die Zahlungsmoral besonders beim Großhandel, hier sei das Ergebnis gegenüber dem Vorquartal um 2,9 Prozentpunkte schlechter ausgefallen. Geringer fiel der Rückgang beim Einzelhandel und Handwerk aus, wo jeweils rund 68 Prozent pünktlich begleichender Betriebe registriert wurden. Die Krisenbranche Bau brachte *es beim Zahlungsverhalten im* Berichtquartal nicht einmal mehr auf 50 Prozent pünktlicher Zahler. Nach Schimmelpfeng regulierten im November sogar nur 43,5 Prozent der Baubetriebe vereinbarungsgemäß.

Zur Pleiteentwicklung schreibt die Wirtschaftsauskunftei, daß 1984 mit insgesamt 16 500 Konkurs- und Vergleichsverfahren ein Nachkriegsrekord in der deutschen Wirtschaft zu verzeichnen sei. 1983 waren es nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 16 114 Fälle. In diesem Jahr sei allerdings der rapide Anstieg von Privatkonkursen zu berücksichtigen, der in den ersten drei Quartalen einen Anteil von rund 28 Prozent der gesamten Fälle nach 26,5 Prozent 1983 ausmachte.

Hier seien jetzt nach Meinung von Schimmelpfeng die Politiker gefordert. Die Insolvenzrechtsreform, die seit Jahren die Ausschüsse beschäftigt, müsse endlich die parlamentarischen Hürden nehmen. Denn nicht nur die Zahl der Pleiten belaste die Wirtschaft, auch die Forderungsausfälle der mangels Masse abgelehnten Konkursverfahren nähmen in einem Maße zu, das nichts mehr zu tun habe mit einer Konsolidierung nach einer schweren Rezession.

Der Bund und seine Bahn

Von GERD BRÜGGEMANN

Mit berechtigtem Stolz, aber auch mit unüberhörbarer Erleichterung hat Bundesbahnchef Reiner Gohlke jetzt festgestellt, daß die Bahn „erkennbar aus dem negativen Gerede und zunehmend positiv ins Gespräch gekommen" ist. Das kommt gerade recht zum Beginn des Jubiläumsjahres 1985, in dem das staatliche Schienenunternehmen den Start des Eisenbahnverkehrs in Deutschland vor 150 Jahren gebührend feiern will. Mit dem Bild des desolaten Staatsbetriebes, das die Bahn noch vor einigen Jahren bot, hätte sich kaum glaubwürdig feiern lassen.

Zu der wundersamen Imageänderung hat die günstige Konjunktur einiges, mehr aber die Bahn selber beigetragen. Der Vorstand, seit Mitte 1982 im Amt, setzte die Erkenntnis, daß die Bahn ein Dienstleistungsunternehmen ist, endlich in Handeln um. Das Leistungsangebot wurde nachfragegerecht gestaltet und mithin besser verkauft.

Auch die einst so trostlosen Wirtschaftszahlen der Bahn haben sich weniger schlecht entwickelt, als befürchtet. *Die Erträge stiegen schnel*ler als die Kosten und der Fehlbetrag, der auch schon einmal höher als fünf Milliarden Mark lag, konnte gegenüber dem Vorjahr noch einmal um *400 Millionen Mark auf 3,3 Milliarden* Mark verringert werden. Da die Bahn ohne nennenswerte Netto-Neuverschuldung auskam, verblieb ihre Schuldenlast bei knapp 36 Milliarden Mark. Auch das ist immer noch ein beängstigend hoher Betrag, aber doch weit entfernt von jenen 43 Milliarden Mark, die noch vor drei Jahren für Ende 1984 hochgerechnet worden waren.

So sehr Staatsbürger und Steuerzahler Anlaß haben, diese Entwicklung zu begrüßen, es muß doch *festgehalten werden, daß die Bahn* sich erst ein ganz klein wenig in die richtige Richtung bewegt hat. Das Ziel einer nachhaltigen wirtschaftlichen Gesundung kann nur erreicht werden, *wenn der Bund als Eigentü*mer sein Verhältnis zur Bahn gründlich bereinigt und auf eine zeitgemäße gesetzliche Basis stellt. Es besteht kein Zweifel, daß sich im Vorstand der Bahn jedermann über diesen Sachverhalt im klaren ist, auch wenn im Jubiläumsjahr die Akzente verständlicherweise ein wenig anders gesetzt werden.

Aber niemand darf die Gefahr übersehen, daß die verantwortlichen Politiker, denen langfristig wirksame Strukturentscheidungen ohnehin ein Greuel sind, wenn sie kurzfristig als schmerzhaft empfunden werden, sich angesichts der unstreitigen Erfolge der Bahn selbstgerecht auf die Schulter klopfen und es damit bewenden lassen. So *erklärte* Bundesverkehrsminister Werner Dollinger, dessen Engagement für die Bahn gar nicht verkannt werden soll, anläßlich der Verabschiedung des Verkehrsetats *vor dem Bundestag die Leitlinien der* Bahnpolitik, die das Kabinett gerade vor 13 Monaten verabschiedet hat, begännen zu greifen. Wenn es doch nur so einfach wäre.

Tatsächlich sind die mittelfristigen Aussichten trotz Neubaustrecken und geplanten Hochgeschwindigkeitszügen wenig erfreulich, wenn der Bund seine Bahn nicht schnell von jenen zahllosen Lasten und Verantwortlichkeiten befreit, die mit den Aufgaben eines Verkehrsunternehmens nichts zu tun haben. Dabei geht es gar nicht so sehr um die Bereinigung der Bilanz von den sogenannten Altlasten als vielmehr um die Beseitigung jener unsinnig gewordenen Vermengung von staatlichem und marktwirtschaftlichem Handeln, die der Bund der Bahn und auch sich zumutet. Sie stammt aus einer Zeit, als die Bahn praktisch ein Monopolist war. Seither hat sich die Lage am Verkehrsmarkt völlig und zum Nachteil der Bahn verändert, die in ihrer Wettbewerbsfähigkeit überdies auch noch durch den Bund behindert wird.

Eine Änderung dieses Zustandes ist gewiß nicht einfach, denn neben dem antiquierten Bundesbahngesetz müßte möglicherweise auch das Grundgesetz neu gefaßt werden. Ein schwieriges Problem läßt sich jedoch nicht dadurch lösen, daß die Bundesregierung es nicht beachtet. Das Haushaltsrisiko Bundesbahn mag im Augenblick nicht so dringlich erscheinen wie noch vor drei oder vier *Jahren, aber es ist keineswegs einge*grenzt oder auch nur berechenbar geworden. Nur wenn bald grundsätzliche Entscheidungen fallen, die die Weichen neu stellen, wird der Schienenverkehr, auch als 150jähriger eine wirkliche Zukunftsperspektive haben.

AUF EIN WORT



„Es gibt heute kaum noch einen Lebensbereich, in dem nicht von gleichermaßen hoch geschätzten Experten völlig konträre Prognosen gegeben werden."

Carl-Ludwig Graf von Deym, Präsident des Verbands Deutscher Papierfabriken, Bonn FOTO: JUPP DARCHINGER

Rekordüberschuß im Außenhandel

dpa/VWD, **Wiesbaden**

Mit einem neuen Rekord wird der Außenhandelsüberschuß der Bundesrepublik 1984 abschließen. Wie aus vorläufigen Ergebnissen der amtlichen Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes hervorgeht, *dürfte der Ausfuhrüberschuß 1984* 54,9 Mrd. Mark erreicht und damit das Vorjahresergebnis von 42,1 Mrd. Mark deutlich übertroffen haben. Der bisherige Rekord wurde 1982 mit plus *51,3 Mrd. Mark erzielt*. Nach den vorläufigen Berechnungen wird mit einem Einfuhrwert von 438,1 Mird. Mark gerechnet, der um zwölf Prozent über dem Vorjahreswert liegt. Für die Ausfuhr wurden 493 Mrd. Mark geschätzt, 14 Prozent mehr als im Vorjahr.

VEREINIGTE STAATEN

Die Amerikaner haben ihre Luftfahrtbehörde aufgelöst

H.-A. SIEBERT, ***Washington***

Rares ist in der US-Hauptstadt geschehen: 46 Jahre nach seiner Gründung hat sich das Civil Aeronautics Board (CAB), Amerikas oberste Luftfahrtbehörde, aufgelöst. Die fünf Mitglieder hielten Silvester ihre letzte Sitzung ab; die meisten der 310 Angestellten werden vom Bundesverkehrsministerium übernommen. Die Exekution des bürokratischen Apparates ordnete Präsident Jimmy Carter 1978 an, als er im Kongreß die freie Marktwirtschaft in der Luft durchsetzte. Der damalige Airlines Deregulation Act gewährte dem CAB, das über Flugtarife und Strecken entschied, eine sechsjährige Abwicklungsfrist.

Der totale Wettbewerb am amerikanischen Himmel ist den Verbrauchern auf den Hauptrouten gut, vielen Gesellschaften aber schlecht be*kommen. Die Pleiten erreichten* Rekordhöhe, die Preiskriege nehmen kein Ende, und die Liste der Antitrust-Klagen ist lang. Märkte, die früher geschützt waren, sind es nicht mehr. *Auf* den Nebenstrecken zahlen die Passagiere drauf, weniger Orte werden direkt, andere überhaupt nicht mehr bedient. Seltener geworden sind Nonstop-Flüge:

Das Tarifdickicht ist kaum noch zu durchdringen: Für die täglich 14 000 Linienflüge erhalten vier von fünf Passagieren einen Diskont; Tickets verkaufen heute auch Supermärkte und Warenhäuser. Noch 1978 gab es in Amerika 36 größere Carrier, heute übersteigt ihre Zahl 100. Bei gesunkenen Löhnen reduzierten die Gesellschaften ihr Personal um 7000. Erst in einigen Jahren wird sich zeigen, ob die Entbürokratisierung wirklich ein Erfolg war.

FRANKREICH

Gesundung der Wirtschaft machte 1984 Fortschritte

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Die Gesundung der französischen Wirtschaft hat 1984 wesentliche Fortschritte gemacht. Zu diesem Urteil kommen nationale wie internationale Finanzkreise in ihren Jahresschlußbetrachtungen. Sie halten aber durchweg die Zeit für eine Lockerung des restriktiven Kurses für noch nicht reif. Vor allem müßte die noch defizitäre Leistungsbilanz die zum Abbau der enormen Auslandsschulden notwendigen Überschüsse erbringen.

Beim Pariser Finanzministerium betont man außer dem Rückgang des Handelsbilanzdefizits und des Preisanstiegs *die große Stabilität des* Franc im Europäischen Währungssystem (EWS). Allerdings profitierte der Franc 1984 auch von der Schwäche der D-Mark gegenüber dem Dollar und von den hohen französischen Zinssätzen.

Auch der neue Kursanstieg der französischen Aktien um etwa 80 Prozent nach 56 Prozent 1983 erklärt sich nicht allein wirtschaftspolitisch, obwohl sich die Ertragslage der französischen Unternehmen wesentlich verbessert hat. An die Wertpapierbörse ist auch deshalb verstärkt Kapital geflossen, weil der Immobilienmarkt weiter schrumpfte. Außerdem hat sich die Zahl der im Umlauf befindlichen Aktien durch die 1982 durchgeführten Nationalisierungen stark vermindert. Andererseits schwächte sich die Flucht in ausländische Aktien ab.

Dagegen hat sich die Arbeitsmarktlage weiter verschlechtert, die Realeinkommen sind *zurückgegangen*, das Haushaltsdefizit ist gestiegen, ebenso die Zahl der Konkurse, und das Wachstum blieb sehr bescheiden. Im Vergleich zu diesen eher strukturellen Schwächen erscheinen die positiven Ergebnisse als noch sehr fragil.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Arbeitslose – Europas schwerstes Problem

Arbeitslose in Westeuropa (in Millionen)

Jahr	1976	77	78	79	80	81	82	83	84	85 (Schätzung)	86 (1.Hj.)
Arbeitslose	9,1	9,3	9,8	10,3	11,4	13,7	16,0	17,9	19,0	19,8	20,3

in % der Erwerbsbevölkerung: 5,6 (jeder 18.) 1976; 8,2 (jeder 12.) 1981; 11,8 (jeder 8.) 1986 1.Hj.

Quelle: OECD

Die Amerikaner sind mit ihrem Arbeitslosenproblem über den Berg – die Europäer aber noch lange nicht. Das geht aus einer Prognose der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hervor. Trotz wirtschaftlichen Wachstums wird danach die Zahl der Erwerbslosen in Westeuropa von gegenwärtig 19 Millionen 1985 auf 19,8 Millionen ansteigen. Dann wären annähernd zwölf Prozent der Erwerbsbevölkerung ohne Arbeitsplatz. QUELLE: GLOBUS

Noch keine Antwort

Washington (Sbt.) – Die Reagan-Administration hat sich am Montag nicht auf eine Antwort im Stahlröhren-Streit mit der EG einigen können. Wie das Büro des Handelsbeauftragten William Brock der WELT mitteilte, ist mit einer Entscheidung bis Ende dieser Woche zu rechnen. Bis dahin importieren die USA Stahlröhren aus der Gemeinschaft auf der 5,9-Prozent-Basis, vorausgesetzt, daß die Lieferanten vor der Verschiffung von Brüssel eine Exportlizenz erhalten haben.

Tief im Wohnungsbau

Bonn (dpa/VWD) – Der Wohnungsbau wird 1985 um drei Prozent zurückgehen und der Wirtschaftsbau um ein Prozent. Zulegen dagegen dürfte der öffentliche Bau um insgesamt rund zwei Prozent. Diese Vorhersage trifft der Präsident des Zentralverbandes des deutschen Baugewerbes, Fritz Eichbauer, in einem Jahresrück- und -ausblick. Aufgrund dieser Einzelprognosen gelangt Eichbauer zu dem „bedauerlichen" Fazit, daß am Bau insgesamt mit einem Rückgang um 1,5 Prozent zu rechnen sei. Viele seiner Unternehmerkollegen wären schon froh, wenn Ende 1985 tatsächlich „nur" ein Minus in dieser prognostizierten Größenordnung herauskäme. Sie seien in der Tat skeptischer.

Weniger verdient

Bonn (dpa/VWD) – Der neue Agrarbericht, den die Bundesregierung im Februar vorlegt, weist nach Mitteilung von Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle (CSU) 1984 gegenüber dem Vorjahr für die deutschen Landwirte durchschnittliche Einkommensverluste von nahezu 20 Prozent aus. In einem Interview des Deutschlandfunks erklärte Kiechle, diese relativ hohen Verluste seien vor allem auf schlechte Schweinepreise sowie *auf die niedriger ausgefallene Getrei*de- und Zuckerrübenernte zurückzuführen.

Rohölimporte gestiegen

Eschborn (dpa/VWD) – Die Rohölimporte der Bundesrepublik nahmen in den ersten elf Monaten 1984 um 2,3 Prozent auf 61,1 Mill. Tonnen gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit zu. Dies teilte das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft (BAW), Eschborn, mit. Bei einem um 43,44 *DM auf 618,97 DM je Tonne gestiege*nen Durchschnittspreis belief sich die deutsche Rohölrechnung auf 37,8 Mrd. DM. Das waren fast 3,5 Mrd. mehr als vor Jahresfrist. Die sechs größten Lieferländer Großbritannien (15,3 Mill. Tonnen in den ersten elf Monaten), *Libyen (3,9 Mill.)*, Nigeria (8,6 Mill.), Sowjetunion (5,2 Mill.), Saudi-Arabien (4,5 Mill.) und Venezuela (vier Mill. Tonnen) hatten im Berichtszeitraum einen Anteil von 77 Prozent an den Gesamteinfuhren.

Argentinien-Kredit

Washington (Sbt.) – Das US-Finanzministerium hat nach eigenen Angaben Argentinien einen kurzfristigen Kredit über 500 Mill. Dollar eingeräumt. Er dient zur Überbrückung und wird voll zurückgezahlt, wenn der Internationale Währungsfonds die am vergangenen Freitag beschlossenen Hilfsgelder bereitstellt. Die Auszahlungen beginnen in diesem Monat. Über die Konditionen schwieg sich die Treasury aus.

Mehr Fluggäste

Stuttgart (dpa) – Mit einem Rekordergebnis von mehr *als 51 Millio*nen abgefertigten Passagieren auf den bundesdeutschen Flughäfen übertrifft das Jahr 1984 nach Angaben der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen (ADV) alle Erwartungen. Auch 1985 werde sich der Aufschwung des zivilen Luftverkehrs fortsetzen, sagte der Geschäftsführer der ADV, Hans Achtnich, in Stuttgart. Beim Passagierverkehr gab es nach Angaben von Achtnich gegenüber 1983 einen Zuwachs von mehr als sieben Prozent, bei der Luftfracht gar mit einem Plus von 13 Prozent einen „Boom". Für die Lufthansa sei 1984 „das beste Jahr in der Geschichte des Unternehmens" gewesen. Die in der IATA zusammengeschlossenen Fluggesellschaften hätten 1984 nach dem Nullergebnis des Vorjahres einen Gewinn von 800 Mill. Dollar gemacht.

China steigerte Produktion

Peking (AP) – Die chinesische Wirtschaft hat nach Angaben der Pekinger Regierung für das Jahr 1984 bei *der Industrieproduktion ein Rekord*ergebnis von 696,5 Mrd. Yuan (nach offiziellem Umrechnungskurs 790 Mrd. DM) erzielt. Dies sind 13,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Den Angaben zufolge wird China in diesem Jahr allein 770 Mill. Tonnen Kohle fördern, was 60 Mill. Tonnen mehr als 1983 sind. Nach der Sowjetunion *rückt China in Bezug auf die Kohle*förderung damit auf den zweiten Platz vor.

JAPAN

Kräftige Steigerung des Engagements in Europa

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Japanische Direktinvestitionen in Europa sind nach vorsichtigem Beginn in den 50er und 60er Jahren vor allem seit 1980 kräftig gestiegen und haben 1983 allein 990 (876) Millionen *Dollar* erreicht. *Das geht aus* einer Untersuchung der japanischen Handelszentrale Jetro hervor. Von den Ende 1982 von den wichtigsten Staaten der Welt im Ausland investierten Mitteln (480 Milliarden Dollar) stammten danach 46 Prozent aus den USA und sechs Prozent aus Japan. Damit hält das fernöstliche Land die vierte Stelle hinter Großbritannien mit 16 und der Bundesrepublik mit reichlich acht Prozent.

Eine Umfrage unter den in Europa ansässigen Unternehmen unterstreicht als Gründe für die Ansiedlung vor allem die Verbrauchernähe und – als Teil internationaler Strategie – die Vermeidung von Handelsspannungen, zum Teil auch die Teilung von Forschungs- und Entwicklungskosten mit Kooperationspartnern.

Die Hälfte der Unternehmen ver*fügt* über *ein Gesellschaftskapital* von einer bis fünf Millionen Dollar und hat 50 bis 300 Mitarbeiter. Bei 71 Prozent der Unternehmen befindet sich mehr als die Hälfte des Kapitals in ausschließlich japanischem Besitz, 14 Prozent sind Joint ventures.

Noch immer liegt das Topmanagement ganz überwiegend in der Hand von Japanern. Als kritisch vermerken die Befragten die im Gegensatz zu Japan in Europa niedrigere Arbeitseffizienz wegen hoher Fehlzeiten oder Urlaub. Die Personalkosten werden wegen der Inflations-Ausgleichsregelungen und der sozialen Leistungen als sehr hoch angesehen.

EG / Ergebnisse einer Umfrage zu den Berufschancen von Frauen in Europa

Oft fehlen Aufstiegsmöglichkeiten

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Diskriminierungen bei der Einstellung von Frauen halten sich in der EG – gemessen an der Gesamtzahl der abhängig beschäftigten weiblichen Arbeitnehmer – in engen Grenzen. Dies hat eine Umfrage ergeben, die im Auftrag der EG-Kommission in den Mitgliedsländern angestellt worden ist.

Nur jede zehnte Arbeitnehmerin stellte danach bei der Arbeitsuche fest, daß die Stelle, für die sie sich interessierte, für einen männlichen Bewerber vorgesehen war. Bei Frauen, die bereits längere Zeit arbeitslos waren, betrug dieses Verhältnis allerdings eins zu vier.

Die meisten der 5547 befragten Frauen waren mit ihrer derzeitigen Beschäftigung zufrieden. Drei Viertel gaben an, daß sie eine verantwortungsvolle Tätigkeit ausübten und daß ihre Fähigkeiten sehr gut oder zumindest genügend genutzt würden. Benachteiligt im Vergleich zu den Männern fühlen sich die Frauen am stärksten in bezug auf die Aufstiegsmöglichkeiten. Danach folgt das Einkommensniveau und der Zugang zu Fortbildungsmaßnahmen.

Auf Benachteiligungen verwiesen vor allem weibliche Arbeitskräfte in Deutschland, Irland und Großbritannien. Dagegen waren in Italien und Belgien besonders viele Frauen der Meinung, daß keine Unterschiede zwischen Männern und Frauen be*stünden oder daß Frauen sogar Vor*teile besäßen.

Die Hauptsorge der weiblichen Arbeitnehmer ist die Arbeitslosigkeit. Jede zweite im privaten Sektor beschäftigte Frau fürchtete bei der Repräsentativbefragung, in den nächsten zwei Jahren arbeitslos zu werden. Die geplante Entlassung wird vor allem von alleinlebenden Arbeitnehmerinnen – „1984 in der EG immerhin 11,5 Millionen – als schlimm empfunden. Dagegen sehen verheiratete Frauen den Verlust des Arbeitsplatzes des Mannes durchweg als noch gravierender an, da der Mann den größeren Teil des Haushaltseinkommens erarbeitet und nach Ansicht der Hälfte der befragten Frauen in Krisenzeiten noch immer vorrangig Anspruch auf Arbeit hat.

Stark entwickelt ist unter den Frauen die Sensibilisierung in bezug auf Zukunftstechnologien. So rech*nen 40 Prozent der Befragten damit*, daß die technologische Entwicklung Auswirkungen auf ihre Arbeit haben werde. Besonders betroffen fühlen sich Arbeitnehmerinnen, die in einem Büro in Großunternehmen und in der Verwaltung beschäftigt sind. „Nicht alle fühlen sich vorbereitet", wie die Kommission zusammenfaßte, „aber sie haben Vertrauen darauf, daß sie beim Anpassungsprozeß ebenso wie die Männer behandelt werden."

ARBED-SAARSTAHL

Bernhardt sagte ab

dpa, **Völklingen/Saar**

Die Suche nach einem neuen Vorsitzenden der Geschäftsführung für Arbed-Saarstahl ist erneut gescheitert. Wie das Unternehmen in Völklingen mitteilte, hat der als Nachfolger für den zum Jahresende 1984 ausgeschiedenen Saarstahl-Chef Jürgen Krackow vorgesehene ehemalige Korf-Manager Wolfgang Bernhardt dem Unternehmen „wider Erwarten" eine Absage erteilt. Heute will das Präsidium des Aufsichtsrats zusammenkommen, um die neue Lage zu beraten.

Einen Grund für die plötzliche Absage konnte das Unternehmen nicht nennen. In einer Presseerklärung heißt es, die Absage Bernhardts sei „um so erstaunlicher", da die für 1985 noch verbleibende Finanzlücke von Arbed-Saarstahl durch die Zusagen der öffentlichen Hände als abgesichert angesehen werden könne. Auch die Unternehmensergebnisse hätten sich in den letzten Monaten deutlich verbessert. Für 1985 könne mit einer weiteren Verbesserung der Ertragslage gerechnet werden.

„Ems-Dollart-Vertrag rasch ratifizieren"

dos, **Emden**

Das deutsche Zustimmungsgesetz zum Kooperationsvertrag Ems-Dollart sollte nach Ansicht der Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg so schnell wie möglich im Bundestag verabschiedet werden. In einem Schreiben an Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher erklärt die Emder Kammer, dies sei notwendig, damit die Vorbereitungen für eine Realisierung des Dollarthafen-Projekts „nun zügig ins Werk gesetzt werden" könnten.

Der Bundestag, heißt es in dem Schreiben, sollte diesen Schritt tun, um gegenüber dem niederländischen Parlament ein politisches Signal zu setzen, das in Den Haag eindeutig als Bestätigung des politischen Willens der deutschen Seite verstanden werde. Die Kammer sei befriedigt darüber, daß im September „nach langen und schwierigen Verhandlungen mit den Niederlanden" der Kooperationsvertrag Ems-Dollart unterzeichnet wurde. Jetzt komme es aber darauf an, dem Emder Hafen eine eindeutige Zukunftsperspektive zuzuweisen.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT / Mittel ohne Kontrolle verschwendet – Agrarpoltik sprengt jeden Rahmen

Rechnungshof kritisiert Brüsseler Kommission

dpa/VWD, **Luxemburg**

Die EG hat 1983 unverkäufliche Agrarüberschüsse für mehr als 15,8 Milliarden DM auf Lager gehabt. Diesen Überfluß hätte man mit Hilfe von weiteren 6,3 Milliarden DM außerhalb der Gemeinschaft absetzen können, wenn auch nur unter teilweise erheblichen Verlusten. Das geht aus dem Gutachten des EG-Rechnungshofs hervor, der seine Prüfungsergebnisse über die Haushaltsführung 1983 jetzt in Luxemburg veröffentlichte.

Die Prüfer kommen darin zu dem Schluß, daß die Überschußproduktion der acht Millionen EG-Landwirte jeden finanziellen Rahmen sprengt. Laut Prüfungsbericht konnte die EG-Kommission nur mit Hilfe von Finanzverschiebungen dafür sorgen, daß die Agrarausgaben 1983 „nur" um 28 Prozent im Vergleich zu 1982 stiegen. Zwar sei dies schon weit überhöht, aber wenn Brüssel nicht 4,5 Milliarden DM fällige Zahlungen ins Jahr 1984 geschoben hätte, wäre ein Anstieg der Agrarausgaben um 41 Prozent unvermeidlich gewesen.

Die Kosten für die Lagerung der unverkäuflichen Ware haben sich Gutachten von 1982 bis Ende 1983 mehr als verdoppelt. Der Rechnungshof warf der Kommission in Brüssel vor, sie habe in einer Zeit äußerst knapper Finanzen und wachsender Agrarüberschüsse den Kurs ins Lagerhaus nicht korrigiert. Die Ausgaben für die Lagerung seien von 2,3 Milliarden DM 1982 auf fast fünf Milliarden DM emporgeschnellt.

Die EG-Kommission müsse sich ferner vorwerfen lassen, daß sie die Mitgliedstaaten nicht über die Folgen dieser Lagerpolitik informiert habe. Der Rechnungshof stellte ferner fest, daß die gelagerten Agrarprodukte nur mit teilweise erheblichen Verlusten abgesetzt werden konnten. So verloren Milchpulver 84 Prozent, Tabak 87 Prozent, Butter 30 Prozent und Rindfleisch zwölf Prozent ihres Wertes im Lagerhaus.

Der Rechnungshof hat auch seine Kritik am Haushaltsgebahren der EG-Kommission wiederholt. Das Geld zur Linderung der Arbeitslosigkeit, zur Förderung ärmerer EG-Regionen und Entwicklungshilfe werde zu oft ohne die notwendige sorgfältige Vorbereitung und Kontrolle vergeben. Für Soziales habe Brüssel 37 Prozent der Mittel erst im Dezember – also in letzter Minute – und daher mit zweifelhaftem Nutzen ausgegeben. Bei einigen Projekten warf der Rechnungshof der Kommission mangelnde Sorgfalt und zu späte Korrekturen vor.

Der Rechnungshof rügte auch, daß niemand in der EG-Behörde sich darüber gewundert habe, daß die Niederlande 1981 Ausfuhrprämien für 450 Prozent ihrer verordneten Fangquote an Makrelen erhielten. Weil es offenbar mit der Kommunikation zwischen Quotenkontrolleuren und Geldgebern für Ausfuhrprämien haperte, wurde auch 1982 und 1983 aus die EG-Kasse noch Geld für 290 beziehungensweise 260 Prozent der Quote gezahlt.

Schwere Mängel stellten die Prüfer auch in der Entwicklungshilfe der EG fest. Weil zu wenig Geld für Prüfer und Kontrolle eingesetzt werde, landeten schlechte Lebensmittel in Hungergebieten, und unnütze Projekte verschlängen das Geld der europäischen Steuerzahler. Die EG-Hilfe brauche „unnormal viel Zeit" bis zum Bestimmungsort. Von der Planung eines Projektes bis zur Ankunft der Hilfe im Hafen des Empfängerlandes zählte der Rechnungshof bei Getreide 419 Tage, bei Milchprodukten 526 Tage und bei Butteröl sogar 578 Tage.

Als „unnütze" Projekte rügte der Rechnungshof die „Förderung des Tourismus" in Westindien 1983 mit zehn Millionen DM, ohne daß bisher auch nur eine einzige Rechnung in Brüssel angekommen sei. In Bangui in Zentralafrika hatte die EG 1982 mit großem Pomp eine Schule gebaut. Küche und Speisesaal seien bisher nicht benutzbar, eine Ventilation – natürlich oder künstlich – fehle. Dafür sei der Eßraum überbeleuchet. Offenbar als besonderer Gag seien die Fenstergitter innen angebracht, was zwar nicht mehr Sicherheit biete, aber ein Öffnen der Fenster unmöglich mache. Der Filmvorführraum lasse sich nicht verdunkeln. Wer trotzdem zum Vorführraum wolle, müsse über eine Leiter zu einer Luke in der Decke steigen.

UdSSR / Einfuhren aus den USA deutlich erhöht

Überschuß im Westhandel

rtr, **Moskau**

Die Sowjetunion hat in den ersten neun Monaten im Westhandel einen Überschuß verzeichnet. Das Außenhandelsministerium veröffentlichte eine Statistik, wonach der UdSSR im Warenverkehr mit den westlichen Industriestaaten bei einem um 4,4 Prozent höheren Handelsvolumen von umgerechnet 108 Milliarden DM ein Plus von 6,3 Milliarden DM verblieb. Von Januar bis Oktober 1983 hatte sie bei einem Volumen von 104 Milliarden DM noch ein Defizit von 1,15 Milliarden DM verzeichnet.

Wie aus der in der Außenhandelszeitschrift veröffentlichten Aufstellung weiter hervorgeht, wuchs zwar das Defizit im Warenverkehr mit den USA fast auf das Doppelte. Zugleich verbesserte sich aber die sowjetische Position im Handel mit der Europäischen Gemeinschaft (EG) und mit Japan.

Das gesamte Außenhandelsvolumen der UdSSR stieg nach der Statistik in den neun Monaten auf 370 (344) Milliarden DM. Bei Exporten im Wert von 197 (179) und Importen von 174 (164) Milliarden DM stieg danach der Überschuß der Handelsbilanz auf 22,6 (15,1) Milliarden DM.

Die amerikanischen Exporte in die Sowjetunion erhöhten sich in der Berichtszeit auf umgerechnet 6,3 (3,8) Milliarden DM. Dadurch stieg der sowjetische Fehlbetrag im bilateralen Handel auf 6,9 (4,4) Milliarden DM.

Der Warenverkehr der UdSSR mit den anderen sozialistischen Staaten wuchs nach diesen Angaben auf 217 (192) Milliarden DM. Dagegen nahm der Handel mit Entwicklungsländern leicht auf 48 (49) Milliarden DM ab.

Die gesamten sowjetischen Ausfuhren bestanden zu rund 55 Prozent aus Energieprodukten, wie aus der Statistik weiter hervorgeht. Von den Einfuhren waren 38 Prozent Maschinen, Anlagen und Fahrzeuge und 23 Prozent Nahrungsmittel. Die deutlichste Veränderung gab es im Handel mit den beiden kriegführenden Staaten Irak und Iran. Während sich der sowjetisch-irakische Umsatz gegenüber den ersten drei Quartalen des Vorjahres in etwa verdoppelte, sank der Warenverkehr mit Iran auf weniger als die Hälfte.

GROSSBRITANNIEN / Stansted könnte Londons dritter Großflughafen werden

Stark steigendes Passagieraufkommen

WILHELM FURLER, **London**

Der kleine Flughafen Stansted in Essex unweit der nördlichen Außenbezirke von London soll so rasch wie möglich zum dritten Großflughafen der Themse-Metropole ausgebaut werden. Das empfiehlt eine von der Regierung Thatcher eingesetzte Untersuchungskommission, die jetzt einen ausführlichen Bericht zur Begründung ihrer Empfehlung vorgelegt hat. Doch wie es bereits aussieht, dürfte es zu erheblichen Angriffen gegen eine solche Entscheidung nicht nur seitens der Opposition, sondern auch aus den Reihen der konservativen Abgeordneten kommen.

Der Londoner Haupt-Flughafen Heathrow, wo gerade der große Abfertigungskomplex Terminal 4 seiner Fertigstellung im Oktober nächsten Jahres entgegengeht, wird dann eine Kapazitätsgrenze von 38 Millionen Passagieren pro Jahr haben. Doch bereits für 1990 wird ein Passagieraufkommen im Großraum London von 61 Millionen vorausgesagt. Bis zum Jahre 2000 dürfte es, so die jüngsten Schätzungen, auf rund 90 Millionen gestiegen sein.

Heathrow mit seinen vom kommenden Jahr an vier Terminals und der vornehmlich für den Charterverkehr eingesetzte Großflughafen Gatwick im Süden Londons würden demnach bei weitem nicht ausreichen, das erwartete Passagieraufkommen aufzunehmen. In dem Bericht heißt es, daß nur in Stansted die umgehend, nämlich spätestens von 1990 an, benötigte zusätzliche Kapazität bereitgestellt werden könnte. Entsprechend sollte die Regierung unmißverständlich klarmachen, daß so bald wie möglich die Planungs-Erlaubnis für einen Ausbau des Regionalflughafens im Norden Londons mit einem Passagier-Aufkommen von gegenwärtig höchstens 500 000 Passagieren pro Jahr auf eine Kapazität von zunächst 15 Millionen erteilt wird.

Stansted könnte dann im Laufe der Zeit auf eine Höchst-Kapazität von 25 Millionen Passagieren pro Jahr erweitert werden. Die von der Regierung angestrebte Beschränkung der Starts und Landungen in Heathrow auf 275 000 pro Jahr vom nächsten Oktober an wird in dem Bericht als „falsch beraten" verurteilt. Die angegebenen Gründe – Umwelt und vor allem die beabsichtigte Umleitung von Luftverkehr auf die Flughäfen im Inneren des Landes – seien nicht stichhaltig. Man könne Flugreisenden aus dem Großraum London nicht zumuten, entfernte Flugplätze in der Mitte des Landes zu benutzen, nur weil dort über mangelnde Passagierzahlen geklagt werde.

So empfiehlt die Kommission dringend, zusätzlich zum Ausbau von Stansted eine fünfte Abfertigungshalle auf Heathrow zu errichten und damit die Kapazität des Londoner Hauptflughafens bis zur Mitte der neunziger Jahre auf 53 Millionen Passagiere zu erhöhen.

Ungarn baut Importhürden ab

AP, **Budapest**

Ungarn hat die im September 1982 angeordneten Importbeschränkungen mit Wirkung vom 1. Januar 1985 wiederaufgehoben. Das gab Außenhandelsminister Peter Veress bekannt. In den letzten drei Jahren seien eine selektive Einfuhrpolitik und Maßnahmen zur Kontrolle der Kaufkraft erforderlich gewesen, um die Einfuhren gegen harte Währung in Grenzen zu halten. Damit gekoppelt gewesen sei eine Exportankurbelung, um die Zahlungsfähigkeit Ungarns zu verbessern.

Nach einem Bericht des Budapester Regierungsblattes „Magyar Hirlap" konnte Ungarn in den ersten zehn Monaten des Jahres 1984 seine Ausfuhr in die Bundesrepublik – den wichtigsten westlichen Handelspartner der Magyaren – um 13 Prozent steigern. Die Einfuhren aus der Bundesrepublik erhöhten sich in diesem Zeitraum um 15,8 Prozent. Insgesamt werde erwartet, daß das Handelsvolumen zwischen Ungarn und der Bundesrepublik im Jahre 1984 fünf Milliarden Mark überstiegen habe.

EG / Neue Freistellungen von Wettbewerbsregeln

Kooperationen erleichtert

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Eine neue Gruppenfreistellungs-Verordnung für Spezialisierungsvereinbarungen hat die EG-Kommission erlassen. Sie erweitert den bisherigen rechtlichen Rahmen für Kooperationen und soll zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Verbesserung der Strukturen der europäischen Industrie beitragen.

Schon die bisherige EG-Regelung gestattete den Unternehmen bei der Herstellung von Erzeugnissen in verschiedenartiger Weise zusammenzuarbeiten. Neben der wechselseitigen Spezialisierung, bei der jeder Partner zu Gunsten eines anderen auf eine bestimmte Fabrikation verzichtet, erlaubte sie auch die Ausgliederung von Erzeugnissen oder Erzeugnisgruppen aus dem Produktionsbereich mehrerer Partner und ihre Übertragung auf ein Gemeinschaftsunternehmen oder ein drittes Unternehmen, das als gemeinsamer Zulieferer tätig wird.

Während bisher die Gruppenfreistellung vom Kartellverbot nur unter der Voraussetzung galt, daß die beteiligten Firmen zusammen einen Gesamtumsatz von 300 Millionen Ecu (675 Mill. DM) und einen Marktanteil von 15 Prozent in einem wesentlichen Teil des gemeinsamem Marktes nicht überschreiten, gilt vom 15. März an eine Umsatzschwelle von 500 Mill. Ecu (1,1 Mrd. DM) sowie eine Marktanteilsschwelle von 20 Prozent.

Vereinbarungen zwischen Unternehmen, deren Marktanteile insgesamt unterhalb von 20 Prozent liegen, deren Jahresumsätze jedoch die neue Obergrenze übersteigen, können ebenfalls in den Genuß der Freistellung gelangen, wenn sie bei der Kommission angemeldet werden und diese nicht innerhalb eines halben Jahres widerspricht.

Gelockert hat die Kommission auch die bisherigen Auflagen im Bereich von Forschungs- und Entwicklungskooperationen. So dürfen Firmen unter diesen Bedingungen künftig auch die aus gemeinsamen Projekten gewonnenen Forschungsergebnisse gemeinsam auswerten.

AUTOMATEN / Auftrieb bei Video-Kassetten

10-DM-Münze gewünscht

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Zwei von fünf Zigaretten, die in Deutschland geraucht werden, stammen aus einem Automaten. An den 13 bis 15 Mrd. DM, die jährlich in die Schlitze der vielfältigen Waren- und Dienstleistungsautomaten gesteckt werden, sind die rund 720 000 Zigaretten-„Verkäufer" mit etwa 60 Prozent beteiligt. Damit liegt ihr Umsatzanteil deutlich über ihrer „Präsenz" im Automatenmarkt, die – bei etwa zwei Millionen aufgestellten Geräten – rund 36 Prozent erreicht.

Weitere Umsatzträger sind die Süßwaren- und die Getränkeautomaten. Bei Getränken und Verpflegung sieht der Verband der Deutschen Automaten-Industrie auch künftig noch erhebliche Wachstumschancen. Vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen ohne eigene Kantine sollen Automaten zunehmend die Aufgabe der „*betrieblichen Zwischenverpflegung*" übernehmen.

Hoffnung beziehen die Automatenhersteller auch aus der Statistik: Während sich in der Schweiz und den Niederlanden nur 270 und in Großbritannien 620 Einwohner von jeweils einem Heißgetränkeautomaten bedienen lassen, sind es immer noch 1600 Bundesbürger, die sich durchschnittlich ein solches Gerät teilen. Wie weit dieser Rückstand eine Geschmacksfrage ist, teilt der Verband nicht mit.

Einen besonders deutlichen Aufwärtstrend sieht die Branche im Bereich der Service-Automaten, ob für den Video-Kassetten-Verleih oder die Geldausgabe. Um auch höherwertige Güter – wie Filme oder eben Video-Kassetten – stärker in den Automatenhandel einbeziehen zu können, wünscht sich der Verband, daß auch die Münzen mit der Inflation Schritt *halten. Eine 10-DM-Münze* würde ihm fürs erste genügen.

UNITED TECHNOLOGIES / Kooperation mit Grundig

Mehr Engagement in Europa

DANKWARD SEITZ, Nürnberg

Die United Technologies Corp., mit weltweit fast 200 000 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von rund 44 Mrd. DM fünftgrößtes Fertigungsunternehmen in den USA, will ihre Aktivitäten in Europa künftig noch weiter ausbauen. Gedacht ist dabei vor allem, so Chairman und Chief Executive Officer Harry J. Gray, an die Gründung „internationaler Partnerschaften mit anderen Unternehmen". Dadurch werde es in besonderem Maße möglich, Kostendegressionen zu erzielen, Zugang zur Technologie zu schaffen und Zutritt zu den Märkten in aller Welt zu erhalten.

Im gleichen Sinn äußerte sich auch Edward M. Irving, Senior Vizepräsident, vor Journalisten in Nürnberg. Der Technologie-Austausch zwischen amerikanischen Unternehmen und ihren europäischen Partnern werde der *Zusammmenrbeit auf* beiden Seiten des Atlantiks förderlich sein. „Unternehmenswachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen werden nicht durch protektionistische Maßnahmen gefördert", so Irving. In einer interdependenten Welt hätten Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch die volle Teilnahme an der Weltwirtschaft viel zu gewinnen – und viel zu verlieren, wenn sie sich fernhielten.

Der jüngste Schritt von UTC in diese Richtung war die Gründung der United Technologies Grundig GmbH in Bayreuth in den letzten Wochen. Gegenstand dieser neuen Gesellschaft, an der die Fürther Grundig AG mit 25,1 Prozent beteiligt ist, ist die Entwicklung, Herstellung und der Vertrieb von Kabelbäumen und anderer Bauteile für die Kfz-Industrie. Die Fertigung soll nach Angaben von Irving in den nächsten Wochen mit 50 bis 100 Mitarbeitern aufgenommen werden. Später werde die Belegschaft Zug um Zug aufgestockt.

FLOHR-OTIS / Großer Marktanteil bei Fahrtreppen

Günstige Entwicklung hält an

dos, Stadthagen

Die Flohr-Otis GmbH, Berlin, Tochtergesellschaft des US-amerikanischen Otis-Konzerns, hat in dem *jetzt zu Ende gegangenen Geschäftsjahr* 1984 (30. 11.) ihr bisher bestes Ergebnis erzielt. Anläßlich der Auslieferung der 10 000sten Fahrtreppe im Werk Stadthagen erklärte Rudolf Kunert, Vorsitzender der Geschäftsführung, Flohr-Otis rechne mit einem Umsatz von gut 320 Mill. DM nach 307 Mill. DM im Jahr zuvor.

Wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung habe das vor zwanzig Jahren in Betrieb genommene Stadthagener Werk, das nach Kunerts Angaben weltweit der größte Fahrtreppen-Hersteller ist. Mit 800 (545) Einheiten erreichte der Betrieb einen Umsatz von 83 (61) Mill. DM. Damit repräsentiere Flohr-Otis in diesem speziellen Bereich einen Marktanteil von rund 21 Prozent. Für die Bundesrepublik errechne sich eine Quote von 25 Prozent.

Die Entwicklung im neuen Geschäftsjahr wird als weiterhin erfreulich bezeichnet, wenngleich die Ergebnisse von 1984 nicht wieder erreicht werden dürften. Kupert rechnet mit der Auslieferung von 770 Fahrtreppen und einem Umsatz von gut 75 Mill. DM. Für eine solide Auslastung sorge vor allem das Auslandsgeschäft; rund 85 Prozent des Umsatzes entfallen auf den Export.

Das Investitionsvolumen in Stadthagen soll 1985 4,2 (3,5) Mill. DM erreichen. Gleichzeitig werde der Aufwand für Forschung und Entwicklung auf 4,7 (3) Mill. DM steigen. Von den bundesweit beschäftigten 2500 Mitarbeitern entfallen auf das Fahrtreppenwerk gut 500 Personen; darin enthalten sind allerdings 75 mit befristeten Verträgen. Mit der Ertragslage der Flohr-Otis GmbH zeigt sich Kunert zufrieden. Gegenüer dem Vorjahr habe sich das Ergebnis weiter verbessert.

AUSBILDUNG / Der Bedarf an Fachkräften und ihre Qualifikation lassen sich nicht präzise vorhersagen

Kleine und mittlere Betriebe geben eine Antwort

Von PAUL SCHNITKER

Die bildungspolitische Diskussion ist im vergangenen Jahr von der Frage beherrscht worden, ob die Wirtschaft in ausreichender Zahl Lehrstellen bereitstellen kann. Auf die unerwartet gestiegene Nachfrage von Lehrstellenbewerbern hat die Wirtschaft mit einer weiteren Steigerung ihres Angebots reagiert. *Mit 253 000* bis 255 000 neu abgeschlossenen Lehrverträgen hat das Handwerk wiedereinen entscheidenden Anteil zur Steigerung des Lehrstellenangebots beigetragen. Ende 1984 dürften über 95 Prozent aller Bewerber eine Lehrstelle erhalten haben.

Die quantitativen Probleme auf dem Lehrstellensektor dürfen jedoch nicht den Blick dafür verstellen, daß sich die Zahl der Schüler von derzeit über zehn Millionen in den kommenden Jahren drastisch reduzieren wird; der tiefste Stand wird 1992 mit 8,3 Millionen Schülern erreicht sein. Die Nachfrage nach Lehrstellen läßt sich allerdings nicht mehr ausschließlich nach demographischen Gesichtspunkten der Schulabgängerzahlen beurteilen.

Das Gymnasium wird künftig zur „Hauptschule"

Bedeutsamer auch als die bloße Verringerung der Gesamtschülerzahl ist die Verschiebung der Schülerströme innerhalb der einzelnen Schulformen. Für die 80er und 90er Jahre zeichnet sich ein ständig wachsender Schüleranteil in Realschulen und Gymnasien ab, während der Anteil der Hauptschüler stärker zurückgehen dürfte.

Dem Gymnasium als einer Art „Hauptschule" kommt damit künftig eine zentrale Funktion im Schulwesen zu. Dies gilt um so mehr, als inzwischen nur noch 59 Prozent der Abiturienten unmittelbar ein Studium anstreben und damit die Vorbereitung der Abiturienten auf die Berufs- und Arbeitswelt zunehmend wichtiger wird. *Angesichts der ungünstigen* Arbeitsmarktchancen für die Absolventen vieler Studienrichtungen ist nicht zu erwarten, daß sich der Anteil der Abiturienten, die ein Studium aufnehmen wollen, wieder stark erhöhen wird. Während jedoch die Hauptschule und die Realschule zwar nicht ausreichende, aber doch erfolgversprechende Maßnahmen zur Vorbereitung ihrer Schüler auf die Berufs- und Arbeitswelt ergriffen haben, fehlt eine derartige Hinführung *durch das Gymnasium weitgehend*. Das Gymnasium, aber auch die Wirtschaft sind darum aufgefordert, nach Lösungen für einen stärkeren Praxisbezug zu suchen.

Nicht nur die Konkurrenz unter den verschiedenen Schulformen, sondern auch zwischen Akademikern und Nichtakademikern wird die Situation in den 90er Jahren kennzeichnen. Bereits heute wird erkennbar, daß es nicht bei dem bisherigen unterdurchschnittlichen Prozentsatz der Arbeitslosigkeit bei den Hochschulabsolventen bleiben wird. Das Risiko der Arbeitslosigkeit wird künftig alle gleichermaßen stark betreffen.

Während immer mehr Hochschulabsolventen auf den Arbeitsmarkt drängen, wird sich die Wirtschaft in den 90er Jahren mit einer ständig zunehmenden Verringerung der Lehrstellenbewerber auseinandersetzen müssen.

Welcher Bedarf an Fachkräften bestehen wird und wie diese beruflich qualifiziert werden müssen, kann jedoch nicht präzise vorausgesagt werden. Die technische Entwicklung wird jedoch vor allem die Qualifikationsanforderungen der gewerblichen Berufe beeinflussen, von denen das Handwerk vorrangig geprägt wird. Damit wird die gewerbliche Wirtschaft auch vor der Frage stehen, *wie sie auf den* Wandel der Wertvorstellungen und auf die veränderte Einstellung der Jugendlichen zum technischen Fortschritt reagiert. Die vergangenen Jahre mit erhöhter Arbeitslosigkeit haben die Bedeutung von Arbeit und Beruf über die Sicherung des Lebensunterhalts hinaus verdeutlicht. Gerade die kleinen und mittleren Betriebe mit ihrem personalen Wirtschaften können für viele Jugendliche eine Antwort darstellen auf die gestiegene Wertschätzung *von Eigenverantwortung*, Selbständigkeit und Nützlichkeit der eigenen Arbeit. Dieser Werte gewinnen angesichts der gestiegenen Freizeit über den Beruf hinaus an Bedeutung.

Jugend steht der Technik nicht feindlich gegenüber

Auch die Einstellung der Jugend zur Technik ist nicht – wie vielfach behauptet – von Technikfeindlichkeit geprägt, wohl aber spielt die Skepsis gegenüber den Folgen bestimmter technischer Entwicklungen eine Rolle. Die so oft betonte kritische Einstellung vieler Jugendlicher gegenüber der Technik hat ihre Ursache wiederum häufig in dem unzureichenden mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterricht an den *Schulen. Für die Wirtschaft* bedeutet dies, die Zusammenarbeit mit den Schulen ebenso zu verstärken, wie die Information über technische Entwicklungen zu intensivieren.

Auch in den 90er Jahren wird trotz des schnellen technischen Wandels der Ausbildung in einem Spezialberuf eine besondere Bedeutung zukommen. Im Hinblick auf die qualitativen Herausforderungen wird derzeit der Neuordnung der Ausbildungsberufe besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Die Bedeutung von Ausbildungsordnungen zur Anpassung an die technische Entwicklung wird jedoch überschätzt, da die Betriebe auch unabhängig von diesen Vorschriften bemüht sind, ihren Facharbeiter-Nachwuchs ständig mit den neuesten Fertigkeiten und Kenntnissen vertraut zu machen. Wichtiger als eine permanente Überarbeitung der Ausbildungsinhalte bleibt die Flexibilität ihrer Anwendung und ein weiter gespannter Rahmen.

Um ein möglichst einheitliches Niveau zu sichern, spielt dabei im Handwerk die überbetriebliche Unterweisung eine besondere Rolle. Durch ein differenziertes Lehrgangssystem wird eine Anpassung an die technische Entwicklung eher gewährleistet als durch das oft schwerfällige Instrument einer Ausbildungsordnung.

Ganz wesentlich ändern wird sich das Verhältnis von Aus- und Fortbildung. Berufliche Fortbildung dürfte gleichrangig neben die Erstausbildung treten. Dabei wird im Handwerk das regional und sektoral gut ausgebaute Netz der überbetrieblichen Ausbildungsstätten mit ihren *50 000* Werkstatt- und *20 000* Unterrichtsplätzen verstärkt eingesetzt werden.

Mit seiner Aus- und Fortbildung in den überbetrieblichen Berufsbildungsstätten vollbringt das Handwerk eine Leistung, die auch den anderen Bereichen der Wirtschaft und dem öffentlichen Dienst zugute kommt. Die Erhaltung der Funktionsfähigkeit dieser Einrichtungen liegt deshalb im allgemeinen Interesse.

Ford dementiert Fiat-Beteiligung

VWD, Detroit

Der US-Automobilkonzern Ford Motor Co. verhandelt einer Firmen*mitteilung zufolge nicht mit* der italienischen Fiat Auto SPA zum Erwerb einer 13,56prozentigen Beteiligung, die sich gegenwärtig in Händen der libyschen Arab Foreign Bank befindet. Die römische Tageszeitung „La Repubblica" hatte berichtet, daß Fiat der Ford Motor Co. die Beteiligung angeboten habe. Zu diesem Bericht erklärte ein Fiat-Sprecher, daß es Kontakte mit anderen großen Automobilherstellern über gemeinsame Projekte gebe, weigerte sich jedoch, Namen zu nennen. Die libysche Außenhandelsbank, die sich hauptsächlich mit Auslandsbeteiligungen befaßt, übernahm 1976 die Beteiligung von 13,56 Prozent an Fiat.

Ein entsprechendes Abkommen war damals zwischen Fiat-Präsident Giovanni Agnelli, dessen Familie 30 Prozent von Fiat kontrolliert, und dem libyschen Staatschef Muammar Khadhafi geschlossen worden. Nach Angaben der Nachrichtenagentur UPI ist Libyen offensichtlich an dem Verkauf der Beteiligung wegen seiner *finanziellen Schwierigkeiten im* Zusammenhang mit dem Krieg in Tschad und der fallenden Ölpreise interessiert.

NORDWEST-EINKAUF / „Genug Geld ist da – aber die Investoren zögern"

Im neuen Jahr auf Moll gestimmt

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

„Die Emotionen waren stärker negativ, als es der tatsächlichen Lage entsprach und zerstörten auch noch den letzten Rest von Zuversicht. Am Bau machte sich Weltuntergangsstimmung breit." So kommentiert die Nordwest-Eisen- und Metallwaren eG, Hagen, die „Wende ins Abwärts" auf dem deutschen Baumarkt, von dem diese im Umsatz zweitgrößte der vier Einkaufsgenossenschaften des deutschen Hausrat- und Eisenwarenhandels und ihre 470 Mitglieder hauptsächlich leben.

Die Molltöne dominieren da in vermutlich nicht nur zeitlichem Zusammentreffen mit dem großen Streit um Arbeitszeitverkürzung seit Juni 1984. Und sie halten an. Zwar konstatiert der Nordwest-Vorstand im Bereich Altbau-Sanierung beträchtliche Nachfragereserven. Auch Geld sei bei den Investoren genügend vorhanden; „nur mangelt es an der Entschlossenheit der Investoren, in welcher Richtung sich der Zug weiterbewegt". Vorerst steht er still. Nach der 1984 erzielten Steigerung des Nord*west-Umsatzes um knapp 5 (17) Pro*zent auf 1,8 Mrd. DM erwartet der Vorstand denn auch für 1985 nur noch ein kleines nominales Plus von 2 Prozent, was real Stagnation bedeute.

Eine Stagnation freilich, die etlichen Strukturwandel mit sich bringt. Unter den zwölf Warengruppen des Nordwest-Sortiments trifft er vor allem den größten Bereich „Sanitär und Heizung". Da herrsche „erbarmungsloser Preiskampf" unter den Anbietern, deren Zahl sowohl im Handel als auch im Handwerk für den *Markt zu groß sei. Das neue Jahr* werde da noch stärker als 1984 einen Ausleseprozeß bringen.

Kritik übt der Vorstand von Nordwest, dessen Mitgliedsbetriebe mittlerweile reichlich 90 (vor zehn Jahren 70) Prozent ihres Umsatzes im Produktionsverbindungshandel vorwiegend mit Handwerkskundschaft erzielen, an der Preispolitik zumal des Sanitär- und Heizungshandwerks. Die dort geforderten hohen Bruttopreise („Mondpreise") konnten und können die Bau- und Heimwerkermärkte mit Leichtigkeit und mit der Folge weiteren Marktanteilgewinns unterbieten. Eine auch für die im Sanitärfachhandel arbeitende Nord*west-Genossen bittere Erkenntnis*. Denn ihr Versuch der Gegenwehr durch Gründung eigener Baumärkte, in den letzten Jahren wiederholt unternommen, ist stets am Mangel straffer und überregionaler Angebotsorganisation gescheitert.

Passabel kam Nordwest 1984 noch mit deren umsatzzweitgrößten Sortimentsgruppe „Grobe Eisenwaren" zurecht. Hier brachte das gesamte Stahlhandelsgeschäft immer noch 250 (280) Mill. DM Umsatz, obwohl bei Baustahlmatten die Preise bis zu 25 Prozent und die Absatzmenge um 11 Prozent (gegenüber 25 Prozent Produktionsminus bei den Erzeugern) zurückgingen.

Lichtblicke des Wachstums sieht der Vorstand beim eigenen Sortiment vornehmlich in Bereichen wie Befestigungstechnik, Sicherheit, Brandschutz, Lüftungs- und Dichtungstechnik. Erfolg in diesen aussichtsreichen und beratungsintensiven Sparten setze allerdings auch im eigenen Genossenkreis „ingenieurmäßiges Wissen" voraus.

Bis hin zu den 1984 im Mitgliederkreis abgewickelten zehn Insolvenzen („1985 werden es mehr") registriert der Vorstand ein Süd-Nord-Gefälle zwischen Blüte und Flaute. *Dem entspreche eine „Abstimmung* mit den Füßen": Die Abwanderung hochspezialisierter Fachkräfte in die südlichen Regionen.

KÖTITZER LEDER

Das Kapital wird kräftig erhöht

VWD, Berlin

Die Kötitzer Ledertuch- und Wachstuch-Werke AG, Berlin, erhöht ihr Grundkapital. Wie aus der Einla*dung zu einer außerordentlichen* Hauptversammlung am 7. Februar in Berlin hervorgeht, schlägt der Vorstand vor, das Kapital von 1,6 Mill. auf 10 Mill. DM zu erhöhen, und zwar durch die Ausgabe von nominal 3,4 Mill. DM neuen Inhaberaktien sowie durch die erstmalige Ausgabe von stimmrechtslosen Vorzugsaktien im Nennwert von fünf Mill. DM. Die neuen Aktien sollen zu pari ausgegeben werden. Sie sind ab 1. Januar 1986 dividendenberechtigt. Aller*dings hat das Unternehmen seit 1973* keine Dividende mehr gezahlt.

Die neuen Aktien werden den bisherigen Aktionäre im Verhältnis 8 zu 17 neue Stammaktien und 8 zu 25 Vorzugsaktien angeboten. Die Vorzugsaktien sollen eine Dividende von vier Prozent erhalten. Ferner wird vorgeschlagen, den Vorstand zur Ausgabe einer Optionsanleihe und zur Schaffung von 5 Mill. DM bedingten Kapitals zu ermächtigen. Die Optionsschuldverschreibungen sollen mit zehnjähriger Laufzeit durch die Ausgabe von 10 Mill. DM Namensteilschuldverschreibungen mit beigefügten Optionsscheinen unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre begeben werden.

Jeder Namens-Teilschuldverschreibung soll ein Inhaber-Optionsschein beigegeben werden, mit dem für nominal je 200 DM eine Inhaber-Stammaktie mit nominal 100 DM zu 100 DM bezogen werden kann.

Meine Zeit steht in Deinen Händen
Ps. 31, 16

Am 29. Dezember 1984 wurde aus diesem Leben abgerufen

Dr. phil. Walther Hubatsch

geb. am 17. Mai 1915 in Königsberg/Pr.
em. ord. Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Bonn
Ehrendoktor der Universität Turku/Finnland
Rechtsritter des Johanniterordens
Kapitän z. S. d. Res.

In großem Schmerz
Hildegard Hubatsch geb. Freese
Irmtraud Zander-Hubatsch
Hans-Joachim
Dietrich
Hans Hubatsch
Christel Hubatsch geb. Loock
Gisela Lehmann geb. Freese

5307 Wachtberg-Pech, An den Birken 6

Der Trauergottesdienst wird gehalten am Freitag, dem 4. Januar 1985, um 10 Uhr in der Gnadenkirche in Wachtberg-Pech. Die Beisetzung findet im Familienkreis statt.

Es ist im Sinne des Verstorbenen, an Stelle von Blumen eine Spende für den Verein für Behinderte in Wachtberg zu geben, Konto-Nr. 51 700 der Raiffeisenbank Wachtberg, BLZ 370 695 71.

Wir erfüllen die traurige Pflicht, unseren Geschäftsfreunden Kenntnis zu geben, daß unser

Oberbauleiter

Bau-Ing. Klaus Klieser

am 23. 12. 1984 im Dienst auf seinen Baustellen in Ghana plötzlich verstorben ist.

Mit Hochachtung und Dank werden wir stets seiner gedenken, der die unsrige Sache immer zu der seinigen gemacht hat.

Seinen Untergebenen war er ein sorgender Vorgesetzter. Alle seine Projekte führte er mit Umsicht und persönlichem Einsatz zu großem Erfolg.

Möge seine Seele in Frieden ruhen.

CP CONSTRUCTION PIONEERS
Baugesellschaft mbH

Tuula, Bernhard u. Carl Petri Plötner
und alle CP-Mitarbeiter

Accra, Takoradi
Ghana

Bremen

Die Trauerandacht findet statt am Freitag, dem 4. Januar 1985, um 10.30 Uhr in der Feierhalle auf dem Waldfriedhof Ofenerdiek in Oldenburg, anschließend Beisetzung.

Aufbahrung im Beerdigungsinstitut Stolle + Sohn, Alexanderstr. 186.

Gott der HERR hat meinen lieben Mann, unseren guten Vater, Großvater und Schwager zu sich in die Ewigkeit abberufen.

Fritz Karth

* 7. Januar 1915 † 27. Dezember 1984

In tiefer Trauer
Adelheid Karth geb. Wiesmann
Hans-Dieter Karth
Agnes Burger geb. Karth
Winfried Burger
Patrick und Ariane
Josy Manthey geb. Wiesmann

Bitte keine Beileidsbesuche.

Requiem am Freitag, dem 4. Januar 1985, um 9 Uhr in der Heilig-Geist-Kirche, Großhansdorf. Anstelle von Kränzen wird um eine Spende an die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger in Kiel, Konto-Nr. 90/288 803 bei der Vereins- und Westbank AG in Kiel (BLZ 210 300 00) mit dem Hinweis „Gedächtnis Fritz Karth" gebeten.

Am 27. Dezember 1984 starb plötzlich und unerwartet mein langjähriger Partner

Fritz Karth

kurz vor Vollendung seines 70. Lebensjahres.

Er war mir in mehr als zwei Jahrzehnten ein treuer und beständiger Freund.

Erich Leverkus
in Firma Wilhelm Rée jr.

Requiem am Freitag, dem 4. Januar 1985, um 9.00 Uhr, in der Heilig-Geist-Kirche, Großhansdorf. Anstelle von Kränzen wird um eine Spende an die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger in Kiel, Kto.-Nr. 90/288 803 bei der Vereins- und Westbank AG in Kiel (BLZ 210 300 00) mit dem Hinweis, „Gedächtnis Fritz Karth", gebeten.

Der Steuerberater und Dipl.-Kfm.

Dr. Hans Hinrichs

Begründer der Praxis, die heute als Sozietät Dr. Hans Hinrichs, Dr. Rolf Voss, Knuth Hinrichs geführt wird, begeht am 2. Januar 1985 sein

50jähriges Praxisjubiläum

Zu diesem Anlaß, dem eine in diesem langen Zeitraum immerwährende erfolgreiche Tätigkeit für seine Mandanten, die allseits mit großem Respekt und uneingeschränktem Wohlwollen begleitet war, vorausging, gratulieren ihm seine beiden Sozien, alle unsere meist sehr langjährigen Mitarbeiter, seine Söhne, Schwiegertöchter und die große Schar seiner Enkelkinder sehr herzlich.

2000 Hamburg 20, Lichtwarkstraße 50

Wir arbeiten an den Gräbern der Opfer von Krieg und Gewalt
für den Frieden zwischen den Menschen
für den Frieden zwischen den Völkern



VOLKSBUND DEUTSCHE KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE
WERNER-HILPERT-STRASSE 2 3500 KASSEL POSTSCHECKKONTO FRANKFURT/M 4300-60 BLZ 50010060

FINANZANZEIGE

GRUNDWERT FONDS
von Grund auf wertvoll

Ab 2.1.1985 wird auf Ertragsschein Nr. 12 die Ausschüttung für das Geschäftsjahr 1.10.1983–30.9.1984 ausgezahlt.

Ausschüttung:
6,50 DM pro Anteil

Wenn Sie die Ausschüttung zum Kauf weiterer GRUNDWERT-FONDS-Anteile verwenden, erzielen Sie einen Kaufpreis, der um 2% unter dem üblichen Ausgabepreis liegt (Wiederanlage-Bonus).
Letzter Termin für die Ausnutzung dieses Bonus: 28.2.1985.
Im Rahmen von Anlagekonten mit automatischer Wiederanlage werden in Höhe der Ausschüttung zusätzliche Anteile zum Anteilwert gekauft.

Einige Informationen über das abgelaufene Geschäftsjahr per 30.9.1984:
Gesamter Anlageerfolg (bei Wiederanlage der jährlichen Ausschüttungen):
- 1 Jahr: 7,7%
- 5 Jahre: 46,7%
- 10 Jahre: 105,8%

Mittelzufluß: 312 Mio DM
Fondsvermögen: 1.654 Mio DM.
Anlageschwerpunkte: Büro- und Geschäftsgebäude, Warenhäuser und Einkaufszentren mit bekannten Mietern wie Kaufhof, Quelle, Hertie, Woolworth, Mövenpick, Siemens, MAN, Lufthansa, Familienministerium.
Gern senden wir Ihnen kostenlos und unverbindlich Informationsmaterial.

DEGI Deutsche Gesellschaft für Immobilienfonds mbH, Marienstraße 17, Postfach 100741, 6000 Frankfurt 1

Gebraucht-Computer
- An- und Verkauf
- Beratung kostenlos
- Angebote unverbindlich
- Ersatzteile sehr preisgünstig
- Alt-/Schrott-Computer zur Ersatzteilgewinnung laufend gesucht.

LABIB GMBH, Tel.: 0 57 41 / 80 10
Postf. 12 40, 4990 Lübbecke 1

Kaufen alles
wenn der Preis stimmt. Warenüberhänge. Havarieschäden, Sonderposten.
KORUM-Warenhaus
Kölner Str. 246–248
4000 Düsseldorf 1
Tel. 02 11 / 78 37 27

1 DM+1 DM+1 DM...
+ ein Hilfswerk

MISEREOR
... damit die Hoffnung lebt.

Spendenkonto:
556-505
Postscheckamt Köln
556
Stadtsparkasse Aachen
(BLZ: 390 500 00)
Mozartstraße 9,
5100 Aachen

IMMOBILIEN

Spanische, solide

BAUFIRMA

mit modernen Ideen und deutscher Beteiligung, sucht Zusammenarbeit mit deutscher Immobilienfirma oder Touristikunternehmen, um gemeinsam in IBIZA und später auch in anderen Orten zu planen, bauen und verkaufen oder vermieten. Unser Projekt für ca. 100 Studios mit 4 Betten liegt in St. Augustin, direkt am Meer. Metro 3, C. Cerdeña 229, Barcelona. c/o Peter Iwen

Düsseldorf
Nähe Regierungsviertel
Büroflächen mit guter Ausstattung von 175 m² bis max. 1500 m² von Privat günstig zu vermieten (auch langfristig). Eine begrenzte Anzahl von Parkplätzen kann zusätzlich angemietet werden.
Tel. (02 11) 3 01 52 40

EGMOND a/Z (Holl.): in lebend. Badeort nur 50 m vom Strand neu zu bauen, 2- u. 3-Zi.-App., gelegen am gemütl. Dorfplatz. VB DM 88 000,– zzgl. Kosten. Tel.: 00 31 / 2207.17744

! Über 100% !
Gewinnpotential mit Kapitalanlage. Aktien-Info. gegen Einsendung von 2 DM in Briefmarken: AGS-Verlag, Postfach 1104 W, 4790 Paderborn.

HOLLAND – Landhaus mit Reetdach u. eig. Auffahrt sowie 16 000 m² Waldgrund, an endlose Wälder grenzend. Ca. 15 km z. großen Wassersportgebiet. Ausk. Tel. 00 31 / 5771.270

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Jg., zuverlässiger Mann, 38 J., mit entspr. Erfahrungen übernimmt
Inkassodienst im In- und Ausland
Tel. 0 62 51 / 3 81 56 o. Zuschr. unter D 12 250 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Telex-Nr. 857624
Tel. 0201/480024
DM 4,70 !
je Kunde kostet Sie der Außendienst, der Ihre 1000 Kunden 4 mal p.a. besucht und so mehr Umsatz bringt. Fragen Sie an bei CADICS, Niederwenigerstr.49 - 43 ESSEN 15

STELLENGESUCHE

MANAGER PERSONNEL AND MANPOWER DEVELOPMENT

- ★ 15 years experience in planning, training and promoting of manpower requirement in foreign countries
- ★ Supervision of training activities up to middle management staff
- ★ Planning of turnkey training centres including hard- and software, budgeting and follow-up
- ★ Substantial experience in personnel management, present member of management staff as senior manager
- ★ Excellent credentials available

Looking for employment
up to five years in foreign countries on equivalent basis. German citizen.

Chiffre P 11 313 to WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Betriebswirt/Materialwirtschaftler
39 J., mittl. Reife, Industriekaufmann, Hochschule, mehrjährige Erfahrung in der Materialwirtschaft, EDV-Organisation, -Realisation, Dispositionsleiter, Einkaufsleiter, stellv. Materialwirtschaftsleiter. Branchen: Handel, Baunebengewerbe, Automobilbau, Sonderfahrzeugbau, Metallverarbeitung, Chemie, ungekündigt, sucht neue verantwortungsvolle Aufgabe.
Angebote u. M 12 257 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Betriebswirt (VWA)
30 J., gel. Ind.-Kfm., z. Z. kfm. Angest. b. HDI sucht zum 1. 4. oder 1. 7. 85 (Quartalsk.) entspr. Stelle.
Angebote unter G 12253 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

– Bau-Ingenieur –
Junggeselle, 40, Deutsch-Amerikaner, bietet aktive Mitarbeit als Zivil-Bau-Ingenieur in Washington, D. C., o. Frankfurt für Vertretung v. Baufirmen. Wohnsitz Washington, D. C.
Zuschr. u.: Volker Geissler, b. W. Junge, Hamburg 76, Mozartstr. 23.

Betriebswirt/Feinmech.-Meister
41 J., selbst. Arbeiten gewohnt, viels. Erf., mehrer Jahre Bau- und Montageleitung im Baunebengewerbe, möchte sich zum 1. 2. 85 in verantwortungsv. Position im Raum Hamburg verändern.
Ang. u. K 12255 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Kaufmann
Direktionsassistent und Innenrevisor (Kostenkontrolle), Wirtschaftlichkeitsberechnungen, Organisation, Berichtswesen usw.) sucht entsprechendes neues Aufgabengebiet.
Angeb. u. N 12 258 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-W.-Ing.
sucht im Raum HH eine verantwortungsvolle Erstanstellung in den Bereichen Produktionsplanung, Ein-/Verkauf o. als Assistent.
Zuschriften erb. u. L 12 256 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wenn Sie es eilig haben, können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber 8 579 104 aufgeben

STELLENANGEBOTE

Wir sind eine mittelständische Berliner Bauunternehmung und werden zukünftig auch Dachdeckerarbeiten ausführen.

Dazu wollen wir in unserem Hause eine

Dachdeckerabteilung

gründen, für die wir einen

Dachdeckermeister

suchen.

Diesem bieten wir eine Dauerstellung in Berlin bei übertariflicher Bezahlung. Bei der Wohnraumbeschaffung sind wir gern behilflich.

Unsere Tätigkeit wird alle Arten von Dacheindeckungen im Neubau, im Dachausbau und der Reparatur umfassen.

Interessenten bitten wir, sich bei uns schriftlich zu bewerben.

Anton Schmittlein Construction GmbH
Burggrafenstraße 3, 1000 Berlin 30

Berufskammer
im freiberuflichen Bereich mit Sitz in Westfalen – Körperschaft des öffentlichen Rechts – sucht zum frühestmöglichen Termin eine(n) jüngere(n)

Volljuristen(in)

als Assistent(in) der Geschäftsführung.

Außer guten juristischen Kenntnissen und einigen Jahren praktischer Berufserfahrung setzen wir eine überdurchschnittliche Leistungsbereitschaft voraus.

Bei Bewährung bieten wir Aufstiegsmöglichkeiten und eine Lebensstellung.

Bitte richten Sie Ihre Bewerbung, die wir vertraulich behandeln werden, unter Beifügung der üblichen Unterlagen (Zeugniskopien, tabellarischer Lebenslauf, Lichtbild) und unter Mitteilung Ihrer Gehaltsvorstellung unter E 12 251 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden†
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Walzerselig ins neue Jahr

gärt – Maazel ist nicht Karajan. Als Herbert von Karajan 1964 im Groll von der Wiener Staatsoper schied, strafte er mit einem Schwung auch das Wiener Konzertleben mit sechsjähriger Abstinenz. Carlos Kleiber brachte es sogar fertig, über Nacht alles hinzuschmeißen, Platten- und Filmaufnahmeteams zu versetzen und zwei Tage vor dem Konzert abzuhauen.

Maazel ist jedoch aus anderem Holz. Als er letzten Sommer unter Blitz und Donner der Staatsoper den Rücken kehrte, verdächtigte er Politiker, ihn in seiner künstlerischen Autonomie beschnitten zu haben. Er beschimpfte öffentlich seinen Vorgänger, Nachfolger und einstigen Förderer Egon Seefehlner, als er ihn einen Dilettanten und Chaoten nannte. Aber mit Wien total zu brechen, konnte er sich offenbar nicht leisten.

Mit seinem Avancement zum Staatsoperndirektor erreichten seine musikalischen Geschäftsbeziehungen zu den Wiener Philharmonikern nämlich eine ungeahnte, früher kaum vorstellbare Innigkeit. Die Elefantenhochzeit fand in den Plattenstudios statt. Für die eine Firma Strauss- und Dvořák-Zyklen, für die andere ein komplettes Mahler-Paket. Alles Projekte, die im Moment noch nicht abgeschlossen sind, die aber vollendet werden wollen.

Im September leitete Maazel in trauter Wiener Eintracht daher wieder ein philharmonisches Abonnementkonzert. Und nun dirigierte er bereits zum sechsten Mal die größte Musikshow der Welt, das Wiener Neujahrskonzert, das heuer erstmals per Satellit live auch nach Amerika übertragen wird – ein PR-Effekt, den auch Maazel nicht verachtet. Im März geht er mit den Philharmonikern auf Europareise, im Frühjahr 1986 wird er sogar im Rahmen des Japan-Gastspiels der Staatsoper drei Konzerte dirigieren.

Wien ist, nach Maazels Worten, zwar bereits dem Balkan zuzuzählen. Aber dort herrscht Sippenhaftung.

Voll der heiteren Melancholie des 19. Jahrhunderts – Gottfried Kellers Briefwechsel mit W. Petersen

Die Sehnsucht nach Judiths Heimkehr

Zu einer intimeren Anrede als „Mein lieber Herr und bester Freund" – jetzt der Titel des von Irmgard Smidt erstmals vollständig herausgegebenen Briefwechsels zwischen Gottfried Keller und Wilhelm Petersen – konnte sich Gottfried Keller seinem wichtigsten Briefpartner gegenüber niemals aufraffen. Und doch war Wilhelm Petersen (1835–1900), der preußische Regierungsrat im fernen Schleswig, einer der treuesten Verehrer des Dichters. Er führte die 1876 begonnene Korrespondenz auch noch fort, als Keller, von Müdigkeit befallen, seit 1886 auf die Briefe zwar nicht mehr antwortete, die Besuche des Freundes aber bis in das Todesjahr 1890 hinein gerne empfing.

Wilhelm Petersen, der die innige und für das Spätwerk beider Dichter so aufschlußreiche Korrespondenz zwischen Storm und Keller angeregt hat, der mit Paul Heyse, Emanuel Geibel, Klaus Groth und anderen Dichtern und Künstlern seiner Zeit verkehrte und korrespondierte, verschmolz in der Vorstellung Gottfried Kellers so sehr mit der Gestalt Theodor Storms – dem Keller ja nie persönlich begegnet ist – daß er schließlich ihm, statt Storm, die Verjüngung Judiths in der zweiten Fassung des „Grünen Heinrich" zu verdanken glaubte. In der Naivität einer grenzenlosen Verehrung hat Wilhelm Petersen erkannt, daß Keller in Judith eine poetische Gestalt gelungen war, wie die „bittere Erde" sie nicht hegt, eine Figur, die in der großen Reihe entsagender Frauengestalten der deutschen Literatur einen einsamen Höhepunkt darstellt.

Um Judiths Schicksal hatte Petersen schon 1879 gezittert: „Ein zweites solches wunderbares Frauenbild kennt doch die ganze Literatur nicht. Wie sehne ich mich, sie in dem neuen Buche nach ihrer Heimkehr wiederzufinden. Ich hoffe nur, daß Sie ihr freundlich gewesen sind. Die könnte man ja als alte Frau noch lieben."

Und Keller dankte dem Freund die Nähe zu dem Roman mit einer auch heute noch gültigen Interpretation der Entsagung: Heinrich, schreibt Keller am 21. 4. 1881 an Petersen, habe den Tod der Mutter erst von dem Augenblick an überwunden, „wo die Judith zurückkehrt und ihn freispricht als die personifizierte Natur selbst (sie scheint sich von der Wand des Berges abzulösen, aus derselben hervorzukommen). Damit nun aber nicht ein zu großes Gütlichtun und Wohlleben entstehe, entsagen die beiden, und es bleibt ein ernst gehaltener Stimmungston bestehen, welcher der Mutter im Grabe nicht weh tut."



In anregender Korrespondenz mit einem leidenschaftlichen Leser: Der Dichter Gottfried Keller FOTO: MAX LÜHRICH

Die eineinhalb Jahrzehnte, in denen sich Keller und Petersen nahestanden, waren Kellers reichste Schaffensperiode. Über die zweite Fassung des „Grünen Heinrich" berichten diese Briefe, über die „Zürcher Novellen", über „Das Sinngedicht", die Gedichtsammlung und den „Martin Salander". Auch wenn die politischen und die sozialen Ereignisse einer spannungsreichen Zeit nicht ausführlich besprochen werden, sind sie doch als ein bedrohlicher Untergrund immer gegenwärtig.

So friedlich, wie die Herausgeberin meint, war diese Zeit nun doch nicht; Keller beklagt an seinem 60. Geburtstag die „Zeitflucht in einem Säkulum, wo nichts als Mord und Totschlag ist", und das Gerücht über Bismarcks Demission (1880) veranlaßt ihn zu der „trüben Befürchtung", sein und Storms „Dichten und Trachten könnte des gehofften sonnigen Nachsommers verlustig gehen".

Diese Korrespondenz verdeutlicht, wie inmitten von Spannungen, Konflikten, Krisen und starken sozialen Wandlungen der Enthusiasmus des einen, einzigen und gerade darum besonders kostbaren Lebens der naturalistischen Verödung der Literatur widerstreitet, wie die späten Realisten versucht haben, den glückhaften Momenten eines unter dem Gesetz des Todes stehenden Lebens in der Kunst Dauer zu verleihen. Deshalb fühlt sich Wilhelm Petersen über Kellers Novelle „Das verlorene Lachen" „so frohmütig gestimmt", deshalb lehnt Keller die naturalistische Moderne zunächst kategorisch ab – „Was liegt denn der Welt an den ewigen Lebensläufen dieser Pariser Huren und an ihrem täglichen, ja stündlichen Lakenreißen? Nichts!" – deshalb tadelt er den glatten Schönheitskult der Kunstindustrie und sogar den Historismus Conrad Ferdinand Meyers, dessen Formtalent er freilich unbeirrt verteidigt.

Die Edition, die durch sorgfältige Textherstellung, durch ergänzende Briefausschnitte und einen informativen, kultur- und alltagsgeschichtlich interessierten Kommentar ein buntes Bild realistischer Literatur der Gründerzeit entstehen läßt, ist nicht nur eine Fundgrube für Leben und Werk Kellers und seines Freundeskreises, sie vermittelt auch jene Stimmung heiterer Melancholie, welche das 19. Jahrhundert im Jahrzehnt vor dem Aufbruch zur Moderne so intensiv ergriffen hatte. Fast unmerklich wird daher der Leser vom Interesse an der Gestalt des – nach Keller – „Musterdilettanten" Wilhelm Petersen abgezogen und hingeleitet zur Freundschaft Kellers mit Theodor Storm.

Wer sich dem Leseabenteuer dieses Bandes hingibt, wird die Geschichte eines Freundeskreises miterleben, für den Literatur existenzentscheidend gewesen ist, für den Kunst ein Elixier war, das auf den Genießer, den Dilettanten ebenso belebend gewirkt hat, wie auf den Produzenten. Kellers Neujahrsgruß an Wilhelm Petersen gilt daher über den aktuellen Anlaß hinaus und ist auch am Ende eines Jahrtausends wiederholbar:

Es bleibe ihm, schreibt er am 28. 12. 1877 an Petersen, übrig, ihm „ein glückseliges neues Jahr anzuwünschen, wie hierzulande die Bauern sagen. Die Glückseligkeit besteht ja doch hauptsächlich im Dasein, sofern man kein Zahnweh hat, und ob man sixtinische Kapellen macht oder Augenblicksbilder auf Postkarten, ist Nebensache."

WOLFGANG FRÜHWALD

„Mein lieber Herr und bester Freund" – Gottfried Keller im Briefwechsel mit Wilhelm Petersen, herausgegeben und eingeleitet von Irmgard Smidt, Th. Gut & Co. Verlag, Stäfa (Zürich), 368 Seiten, 43 Mark.

Nur eine Schallplatte pro Jahr – Der Jazz in Polen

Keine Pappe fürs Cover

Noch Wochen nach dem eigentlichen Ereignis schwärmen die polnischen Zeitungen und Zeitschriften vom letzten Jazz Jamboree Festival. Besonders angetan hat es ihnen Ray Charles, der für je zwei Konzerte nach Warschau und Posen kam. Das Jugendblatt „Sztandar Mlodych" widmete dem „Genious of Soul" gleich sechs Bilder in einer Fotoreportage. Nicht nur diese Auftritte zeigten, daß sich das 26. Warschauer Jazz-Jamboree vor dem letztjährigen, dem Jubiläumsfest, nicht zu verstekken brauchte. Seine Scharnierfunktion für den Jazz aus Ost und West verstärkt sich mehr und mehr, da erstmals nach der Verhängung des Kriegsrechts über Polen nennenswerte Gruppen Jugendlicher aus der „DDR", aus Ungarn und der CSSR es geschafft hatten, die Quarantäne zu durchbrechen und für vier Tage im Zuckerbäcker-„Kulturpalast" und den umliegenden Clubs Musik aus dem Vollen zu schöpfen.

Positiv wirkte sich auch die erstmalige deutliche Öffnung des Festivals für modernere Strömungen der internationalen Jazz-Avantgarde aus. Ein atemberaubend spontaner und quirliger Cecil Taylor mit seiner als „Music from two Continents" firmierenden Gruppe, Ornette Coleman und Anthony Braxton setzten deutliche Akzente.

Ganz so modern mögen es die Polen-Jazzer nach wie vor nicht. Ihre alte Garde, vertreten durch die Saxophonisten Namyslowski und Wroblewski, huldigen weiter verschiedenen Formen des Jazz Rock. In ähnlichem Duktus, dabei frisch arrangiert und ausgewogen in der Instrumentierung, zeigte sich die „Symphonic Sound" Big Band des Gitarristen Jaroslaw Smietana. Ein Festival des Plattenlabels „Poljazz" der Polnischen Jazzgesellschaft wies auch den starken Nachhall des Bop bei vielen jüngeren Musikern nach.

Doch es gibt auch andere Tendenzen unter den jungen Polen: Vermischungen mit ferner liegenden Musiken wie denen des Flamenco (bei der Bednarek/Zgaja-Gruppe allerdings noch etwas hölzern wirkend), Wendungen zu so etwas wie Power-Punk-Jazz (so bei „Basspace", deren Unbekümmertheit jedoch notwendige Differenzierungen nicht ersetzen konnte), eigenständige Kompositionsarbeit bei jungen Ensembles wie der „Sesja '84", dem der Kattowitzer Musikakademie entsprungenen „Heavy Metal Sextett", den Preisträgern des Breslauer Jazz-an-der-Oder-Festivals „Teddy Bear". Und es gibt den allgemein als Hoffnung des polnischen Jazz apostrophierten jungen Geiger Krzesimir Debski und seine „String Connection". Seit längerem ist er Publikumsliebling bei sämtlichen Umfragen, wird in die Nachfolge des unvergessenen Zbigniew Seifert gestellt. Was ihm im Vergleich zu Seifert an Experimentierdrang abgehen mag, wiegt er durch große Spielfreude und lyrisches Einfühlungsvermögen auf. So wurde der Auftritt der Band Debskies mit dem amerikanischen Geiger John Blake, nicht zuletzt wegen ihrer unterschiedlichen Spielweise – bei Blake sehr direkt, bei Debski elegisch versponnen –, zu einem begeisternden Erlebnis.

Trotzdem ist es um das Musikgeschäft in Polen insgesamt nicht zum Besten bestellt. Die allgemeine Krise nimmt auch diese Branche nicht aus. „Das Hauptproblem sind momentan die Plattenhüllen", betonte Andrzej Karpinski, in der staatlichen Plattenfirma „Polskie Nagrania" lange Jahre für die vielgelobte Serie „Polski Jazz" verantwortlich gewesen. „Oft warten wir ein Jahr auf den Druck der Pappen dafür." Die Jazz-Rock-Gruppe Laboratorium mochte auf eine solche Frist hin nicht warten – sie verkaufte ihre jüngste Schallplatte zum halben Preis, aktuell, aber ohne das übliche Drumherum.

Größer geworden sind die Auflagen der Jazz-Platten. Mit dem Publikumsinteresse halten sie trotzdem noch lange nicht Schritt. Pawel Brodowski, Chefredakteur der in Warschau erscheinenden Zeitschrift „Jazz Forum", setzt darum auch seine Hoffnung auf die in ein bis zwei Jahren anlaufende Produktion einer aus der Schweiz eingeführten Preßanlage für das „Poljazz"-Label. Denn: „Die polnische Plattenfirma Muza produzierte im letzten Jahr nur eine Jazzplatte oder gar keine".

„Ich glaube, die Warschauer brauchen ganz einfach diese Musik", kommentierte Pianist Joachim Kühn beim „Jamboree" den Enthusiasmus des polnischen Publikums. Es war ihm aus seinen Jugendjahren bereits von Auftritten bekannt. Damals freilich war Kühn noch Bewohner der „DDR". So ändern sich die Zeiten.

HERMANN SCHMIDTENDORF

Paul Slabolepszys „Aikona, Boss" in Lübeck

Der Anruf kommt zu spät

Wenn er Angst hat, kann er wie Gift sein", heißt es von dem arbeitslosen Möchtegern-Fußballstar Vince in Paul Slabolepszys Schauspiel „Aikona, Boss", das soeben seine deutschsprachige Erstaufführung in den Kammerspielen des Lübecker Theaters erlebt hat. Es bestätigt die positiven Stimmen, die man darüber aus Südafrika und von einem Londoner Gastspiel gelesen hat. Zwischen Benoni und Brakpan in Südafrika spielt das Stück, und es vermag deutlich zu machen, warum es dort immer wieder Rassenprobleme gibt.

Die Handlung des Dreipersonenstückes ist schnell erzählt: Da ist September, ein schwarzer Kellner, der ohne offizielle Arbeitserlaubnis für ein jämmerliches Gehalt in einem heruntergekommenen Drive-in-Restaurant arbeitet. Als er an einem Sonntag um zwei Uhr morgens nur noch auf den erlösenden Anruf seines weißen Bosses wartet, um schließen zu können, da erscheinen Vince, eben jener Fußballer, und sein Freund, der unreife Frosie, und pöbeln den Zulu-September an. Der weigert sich, die alkoholisierten Kumpanen umsonst zu bedienen. Daraufhin zertrümmert Vince, der bindungslose, heruntergekommene Aufschneider, die Imbißbude und klaut die Ladenkasse. Der eher harmlose Frosie versucht ihn davon abzuhalten, wird aber im Laufe der sich dramatisch steigernden, psychologisch geschickt geführten Verwicklung so in das Ganze verstrickt, daß auch er, der am Anfang für den Schwarzen eingetreten ist, zum Schluß, nur um seine Haut zu retten, hysterisch gegen den Schwarzen vorgeht. Am Ende steht die Katastrophe.

Was deutlich wird: Bestimmte sozial deklassierte, entwicklungsgestörte, also unsichere Weiße provozieren Konflikte. Lebensumstände und Lebensgewohnheiten verschränken sich unheilvoll. Und so suchen sie in den sozial noch schwächeren Farbigen, durch die sie sich herausgefordert fühlen, gleichgültig, wie die sich verhalten, Objekte der Aggression. Die Lübecker Inszenierung durch Erika Hermann arbeitet dies einfühlsam heraus. Die drei Schauspieler, André-Gilbert Ehoulan (September), Michael Marwitz (Vince) und Reinhard Krökel (Frosie, die beste Leistung des Abends), sind durchweg hervorragend.

Dem bisher unbekannten Autor Paul Slabolepszy, der, von polnisch-englischer Abstammung, als Dreijähriger nach Südafrika kam, ist mit „Aikona, Boss", seinem Erstling, in der sehr lebhaften und äußerst aktiven Johannesburger Theaterszene ein überzeugendes Stück gelungen. Es wird seinen Weg auch über die deutschen Bühnen machen, denn die Lübecker Aufführung war gut und spannend.

CRISTIAN ANDREE

Ratingen: Neues Museum zur Industriegeschichte

Der erste Industriespion

Die erste mechanische Baumwollspinnerei auf dem europäischen Festland wurde vor zweihundert Jahren in Ratingen-Cromford, das damals noch Eckamp hieß, in Betrieb genommen. Der Elberfelder Kaufmann und Verleger Johann Gottfried Brügelmann läutete damit das Industriezeitalter auf dem Kontinent ein, mit den Begleiterscheinungen, die die Gesellschaft grundlegend verändern sollten.

Brügelmann kann als einer der ersten erfolgreichen Industriespione gelten, denn Ratingen-Cromford war eine Nachahmung von Sir Richard Arkwrights „Cromford Mill" in England (1769). Brügelmann war allerdings gewitzter als der Brite. Er ließ sich die unrechtmäßig erworbenen Früchte hierzulande durch ein kurfürstliches Privileg für zwölf Jahren schützen. Jeder seiner Arbeiter wurde notariell zum Stillschweigen über das Produktionsgeheimnis verpflichtet. Angedrohte Strafe bei Wortbruch: lebenslänglicher Arrest im Zuchthaus Kaiserswerth!

Drei Fabrikgebäude entstanden zu Brügelmanns Lebzeiten, dazu ein Werkstattgebäude, zwei Herrenhäuser und Arbeiterwohnungen. Davon sind das erste Fabrikgebäude (1783) und die Herrenhäuser, das Werkstattgebäude und die vor 1800 entstandenen Arbeiterwohnungen erhalten geblieben – ein industriearchäologisches Denkmal allerersten Ranges. Deshalb erinnert man jetzt vor Ort und im Ratinger Stadtmuseum „an den wohl bedeutungsvollsten Vorgang bei der europäischen Industrialisierung." Bisher ist dies noch nicht ausreichend gewürdigt worden, da sich in Ratingen trotz Cromford keine augenfällige Großindustrie angesiedelt hatte.

1797 beschäftigte Brügelmann bereits 226 Personen, überwiegend Kinder im Alter von 6 bis 16 Jahren. Hinzu kamen noch viele Heimarbeiter, die den Beschäftigtenstand auf etwa 400 brachten. Dabei überwogen die weiblichen Arbeiter. Wirtschaftlich stellte Cromford für Stadt und Region einen überaus wichtigen Faktor dar, da – mit Ausnahme der Facharbeiter – das einheimische Arbeitskräftepotential genutzt wurde.

Cromford war der Startschuß zu einer Art Wettrennen in der bergisch-märkischen Gewerbelandschaft, denn von 1788 (Wilke & Nicolay in Hattingen) bis 1808 (Lausberg & Reinhold in Elberfeld) entstanden nicht weniger als 14 mechanische Baumwollspinnereien. So hatte das „höchst illegitime Kind" der englischen Industrie sehr schnell sehr viele legitime Töchter. Auch die Architektur Cromfords war Vorbild für fast alle Industriebauten des frühen 19. Jahrhunderts.

Bei der Untersuchung der Baugeschichte Cromfords durch Gerhard Günther ist auch versucht worden, die Ausstattung des Herrenhauses mit Gemälden näher zu bestimmen. In der ersten Etage gibt es dort einen ovalen Saal mit repräsentativem Charakter, in dem sich vier große Wandbilder befinden, die, so Günther, wahrscheinlich von Ferdinand Kobell stammen und mit seinen Aschaffenburger Landschaften zu vergleichen sind.

Die Ausstellung zeigt Pläne, Karten, Dokumente, Fotos, Gemälde, Möbel, Maschinen und Maschinenteile. Ein Katalog, den man wie ein spannendes Buch lesen kann, begleitet die Ausstellung, die bis zum 3. März 1985 im Stadtmuseum Ratingen und in Ratingen-Cromford zu besichtigen ist.

GERHARD CHARLES RUMP

MUSIKKALENDER

9. **Lippstadt**, Stadttheater; Spohr: Zemire und Azor (ML: Daus, R: Schlüter-Padberg)
12. **Graz**, Landestheater; Fux: Angelica vincitrice di Alcina
13. **Berlin**, Deutsche Oper; Kelterborn: Ophelia (ML: Tamayo, R: Hollmann)
16. **Hamburg**, Musikhalle; Tourneestart Chicago Symphony Orchestra unter Sir Georg Solti (17. Bonn, 18. Düsseldorf, 20. Frankfurt, 21. Zürich)
19. **Stuttgart**, Staatsoper; Massenet: Werther (ML: Slatkin, R: del Monaco, B: Scott)
Zürich, Opernhaus; Verdi: Rigoletto (ML: Santi, R: Asagaroff, B: Villareal)
Kassel, Staatstheater; Wagner: Die Walküre (ML: Nelson, R: Schoenbohm, B: Reuter)
20. **Wuppertal**, Opernhaus; Cornelius: Der Barbier von Bagdad (R: Orlowsky, B: Rosalie)
24. **Würzburg**, Hochschule für Musik; Tage der Neuen Musik '85 (bis 28. 1.)
25. **Hamburg**, Kampnagel-Fabrik; Othello (Ballett, U) (ML: Beissel, Ch. u. B: Neumeier)
26. **Köln**, Opernhaus; Janacek: Katja Kabanowa (ML: Albrecht, R: Kupfer, B: Zimmermann)
Wien, Staatsoper; Glasunow: Raymonda (Ballett)
28. **München**, Nationaltheater; Hindemith: Cardillac (ML: Sawallisch, R. u. A: Ponelle)
Frankfurt, Opernhaus; Verdi: Falstaff (ML: Gielen, R: Nel, B: Braito)
29. **Duisburg**, Deutsche Oper am Rhein; Ballettabend
31. **Freiburg**, Theater; Berg: Wozzeck (ML: Kloke, R: Seesemann, A: Wiener)
Heidelberg, Stadttheater: Sylvia Plath (Ballett, U) (Ch: Kresnik, A: Steiner)

Humboldts Maler – Berlin zeigt J. M. Rugendas

Erdbeben in Acapulco

Meine Einbildungskraft, mein Verehrtester ist noch ganz erfüllt mit den üppigen Formen der Tropenwelt, welche Ihre geistreichen Zeichnungen so herrlich und wahr darstellen", schrieb Alexander von Humboldt an den Maler Johann Moritz Rugendas – der Brief ist jetzt in der Ausstellung des Ibero-Amerikanischen Instituts Preußischer Kulturbesitz in der Berliner Staatsbibliothek zu sehen. Humboldt war der große Mentor dieses Malers, der wie kein anderer Künstler des 19. Jahrhunderts Lateinamerikas Vielfalt in Bildern festhielt.

Rugendas Vorfahren stammten aus Katalonien, sie wanderten wegen ihres evangelischen Glaubens zu Beginn des 17. Jahrhunderts nach Augsburg aus. Rugendas studierte Genre- und Landschaftsmalerei. Als der russische Geschäftsträger in Brasilien in Europa einen Illustrator für eine Forschungsexpedition in die südamerikanischen Urwälder suchte, entschied sich die künstlerische Biographie des jungen Malers. Es waren die tropischen Motive, die ihn eigentlich erst richtig zur Malerei animinierten. Einige Jahre später lernte ihn Alexander von Humboldt in Paris kennen und ließ ihn Illustrationen für die „Physiognomik der Gewächse" anfertigen. Humboldt gab wohl letztlich den Ausschlag, daß Rugendas 1831 nach Mexiko reiste.

Rugendas war gleichzeitig mit Blechen in Rom gewesen, er hat dort vermutlich Bilder von Turner gesehen, und die Malerei von Delacroix, womöglich auch von Corot, mag ihm bekannt gewesen sein. Jedenfalls war es für einen deutschen Maler höchst ungewöhnlich, daß er zur damaligen Zeit direkt vor der Natur in großer Zahl Ölskizzen verfertigte. Ein malender Reporter sozusagen, der gleichermaßen wissenschaftliche Neugier wie ästhestische Ansprüche zu bedienen wußte.

Er war selbst von der Vegetation, die er vorfand, fasziniert. Und alles hielt er fest: die Palmen, die tropischen Bäume bei Manzanillo am Meer, die Wogen der Costa Chica. Mondschein und Sonnenuntergänge, das Erschrecken der Menschen bei einem Erdbeben in Acapulco. Reitertrupps und Indianer, die in Schwefelquellen baden. Herrliche Seen, Täler und Vulkane. Er blickte, malend, in den rauchenden Schlund des Jorullo, sah die Pyramiden von Teotihuacan.

Mit romantischem Empfinden nahm er die heroische Großartigkeit von Felsen und weiten Schluchten oder die phantastische Wucht eines Ahuehuete-Baums wahr. In eigentümlicher Mischung aus realistischem Report und impressiver Darstellung berichtete er aus dem dramatischen Dunkel der Lagerfeuer und von folkloristischen Ereignissen, Prozessionen und Drachen-Spielen. Es nimmt nicht wunder, daß er am Ufer von Seen oder an den Hängen des Popocatepetl und Ixtacchihuatl, im Anblick glühender Krater zuweilen den metaphysischen Sog jener Unendlichkeit spürte, wie man ihn so ganz anders von Caspar David Friedrich kennt.

Die Bilder Rugendas wurden, nicht zuletzt auf Humboldts Vermittlung, vom bayerischen und vom preußischen Königshaus gekauft. Die 159 Ölstudien aus Mexiko, die heute im Besitz des Ibero-Amerikanischen Instituts sind, gelangten zunächst aus den königlichen Sammlungen in die Nationalgalerie. Sie gerieten schnell in Vergessenheit. Wilhelm von Bode sah in Rugendas Arbeiten keinen künstlerisch herausstechenden Wert und verfügte die Weitergabe des Konvoluts ans Völkerkundemuseum, das seinerseits einen großen Teil gegen altamerikanische Objekte wegtauschte. 1942 kamen die Bilder zum Ibero-Amerikanischen Institut.

Es ist jetzt das erste Mal, daß die Arbeiten von Rugendas' malerischer Reise durch Mexiko zusammenhängend ausgestellt werden. Man erlebt die üppige Natur, die lodernde Dramatik in diesen Bildern heute wiederum mit interessierteren Augen. Das Exotische ist auf seine eigene, nämlich malerische Weise für das touristische und informierte Zeitalter selbst – exotisch geworden. (Bis 23. Februar, Katalog 17 Mark).

PETER HANS GÖPFERT



Malerische Reise durch Mexiko 1831–1834: „Bildnis einer Mulattin" von Johann Moritz Rugendas FOTO: BINDER/THIELE

JOURNAL

Eliahu Inbal neuer Chefdirigent in Venedig

dpa, Venedig

Der israelische Dirigent Eliahu Inbal ist zum neuen Chefdirigenten des venezianischen Opernhauses „La Fenice" berufen worden. Inbal, der schon mehrfach mit dem Theater „La Fenice" zusammengearbeitet hat, hatte dort zuletzt mit großem Erfolg eine Konzertreihe dirigiert, die sämtliche Sinfonien von Gustav Mahler umfaßte. Der 48jährige wurde in Jerusalem geboren und war Schüler von Leonard Bernstein und Sergiu Celibidache.

Pianist Van Cliburn gibt wieder Konzerte

AFP, New York

Der Pianist Van Cliburn setzt sich nach vierjähriger Pause wieder ans Klavier. Der heute 50jährige erklärte jetzt in New York, er werde wieder Engagements annehmen. Den damit beendeten vierjährigen Urlaub vom Konzertbetrieb bezeichnete van Cliburn als „Engagement mit mir selbst". Der einstige Wunderknabe hatte bereits mit sechs Jahren die ersten Preise erhalten. Sein Durchbruch war 1958 der Sieg des damals 24jährigen Amerikaners beim Tschaikowsky-Wettbewerb in Moskau. Van Cliburnder lange als Spezialist für die Werke russischer Komponisten galt, entwickelte sich auch zu einem anerkannten Mozart-Interpreten.

„Heimat"-Film muß in Paris verlängert werden

AFP, Paris

Der Fernseh-Film „Heimat" von Edgar Reitz ist auch in Paris ein großer Erfolg. Die 15 Stunden und 40 Minuten lange Originalversion lockte bei einer Aufführungsserie zum Jahresende so viele Zuschauer nach Nanterre am Rand von Paris, daß weitere Vorführungen an den Januar-Wochenenden eingeplant wurden.

Kresnik-Ballett über Sylia Plath

Reg. Heidelberg

Johann Kresnik plant für den 31. Januar die Uraufführung von „Sylvia Plath" als Beispiel seines choreographischen Theaters. Es tanzt das Heidelberger Ballett-Ensemble. Die Musik für diesen Abend, der sich mit Leben und Werk der 1963 verstorbenen amerikanischen Autorin beschäftigt, hat Walter Haupt (München) komponiert. Die Ausstattung entwirft Anne Steiner.

U. Zimmermann schrieb für die Berliner Cellisten

AP, Berlin

Udo Zimmermann hat sein neuestes Werk, das „Canticum Marianum" für zwölf Celli solo, den zwölf Cellisten der Berliner Philharmoniker gewidmet. Die Musiker aus West- Berlin werden es im Mai bei den Dresdner Musikfestspielen uraufführen. Zimmermann arbeitet derzeit an einer Neufassung seiner vor 15 Jahren geschriebenen Oper „Die weiße Rose", die sich mit dem Widerstandskampf der Geschwister Scholl beschäftigt. Der in der „DDR" lebende Komponist kündigte an, daß die neue Komposition neben dem Staatstheater in Schwerin auch von Bühnen in München, Salzburg und Zürich inszeniert werde.

Japans Kommunisten gegen KP-Zeitschrift:

ly. Prag

Die internationale KP-Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus" soll ihre Arbeit einstellen und die Redaktion aufgelöst werden. Dies forderte der Vertreter der japanischen KP auf einer Konferenz über die Arbeit 1958 gegründeten Monatsschrift, angeblich gemeinsames Organ von 65 kommunistischen Parteien, in Prag. Seine Begründung: Sie diene nicht mehr, wie ursprünglich vorgesehen, dem Erfahrungsaustausch zwischen den einzelnen kommunistischen Parteien, sondern propagiere einseitig die politische Linie einer ganz bestimmten Partei.

Sir Michael Tippett 80

Der englische Komponist Sir Michael Tippett, der heute seinen 80. Geburtstag feiert, ist spät erst zum großen Ruhm gelangt. Das liegt sicher zum Teil daran, daß er als letzter einer ganzen und großen Komponistengeneration übrigblieb. Aber auch daran, daß Tippett seine großen Würfe erst im Alter landen konnte, etwa im letzten Jahr das Oratorium „The Mask of Time", das nicht nur Spätwerk, sondern auch zu etwas wie ein Chef d'œuvre für Tippett ist. Freilich, außerhalb Englands ist der jüngere Tippett stets all zu stiefmütterlich behandelt worden. Seine „Midsummer Marriage" gehört sicher zu den besten Opernwerken unseres Jahrhunderts. Nun reißt sich alle Welt darum, Tippett zu feiern. Er hat zum Geburtstag Houston in Texas den Zuschlag gegeben. Dort läßt er sich ehren, dort wird Paul Crossley seine vierte Klaviersonate uraufführen.

ebi.

Deutschland zu Neujahr: ein kurzes Wintermärchen

Orwells „1984" verabschiedete sich mit Katastrophen

DW. Hamburg

Das Jahr 1985 hat als Wintermärchen begonnen: Von den Alpen bis an die See funkelten und glitzerten farbenfrohe Raketen in dem mit rund 95 Millionen Mark teuersten Feuerwerk seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland mit frischgefallenem Schnee um die Wette. Polizei und Feuerwehr sprachen fast überall von einem vergleichsweise ruhigen Jahreswechsel. Doch zur Bilanz gehören auch mindestens drei Tote, Opfer von Streitigkeiten, Brände mit Millionenschäden und Hunderte Verletzte durch Feuerwerkskörper. Allein in Berlin verzeichnete die Polizei zwischen 19.00 Uhr am Silvesterabend und 7.00 Uhr am Neujahrsmorgen gut 1200 Einsätze. Vor einem Jahr waren es jedoch 1500 gewesen. Am verheerendsten war der Großbrand im „Tegel-Center" (siehe nebenstehenden Bericht).

Frankfurt erlebte die ruhigste Neujahrsnacht seit Jahren. Ganz anders in München, wo die Polizei mit 396 Einsätzen im Stadtgebiet doppelt soviel zu tun hatte wie in normalen Nächten. Lebhaft ging es auch in Hamburg zu, wo die Feuerwehr zu fast 2000 Einsätze gerufen wurde.

In einer Discothek in Neu-Ulm erstach ein farbiger US-Soldat einen Kameraden und wurde bald darauf im Kasernenbereich festgenommen. Im Berliner Bezirk Neukölln starb eine 79jährige Frau bei einem Brand in ihrer Wohnung, den vermutlich ein trockener Adventskranz ausgelöst hatte. Ein junger Mann aus Wattenscheid kam ums Leben, als er versuchte, einen in der Toilette eingeschlossenen Betrunkenen zu befreien. Er glitt auf dem Dach des zweigeschossigen Hauses aus und stürzte sechs Meter tief ab.

Mit einer blindwütigen Schießerei verletzte ein 27jähriger Mann in München zwei Frauen schwer. Er hatte die Wohnungstür seiner Nachbarn eingetreten, nach dem Ehemann gefragt, und dann auf die Frau und eine dazukommende Nachbarin geschossen. Außer sich vor Wut über die Silvesterknallerei schoß ein 65jähriger Mann in Hiddenhausen bei Herford auf eine Gruppe junger Leute und verletzte einen 20jährigen Mann an der Brust. Ein unbekannter Täter hat am Neujahrsmorgen in Osnabrück zwölf Menschen verletzt, als er eine Nebelbombe zündete und in ein Haus warf.

Weltweit endete das Orwell-Jahr „1984" mit einer Serie von Naturkatastrophen: Im indischen Bundesstaat Assam forderte ein Erdbeben Silvester mindestens 20 Menschenleben. Mehr als 100 Einwohner des Bezirks Cachar an der Grenze zu Bangladesch wurden durch Auswirkungen des Bebens verletzt, das die Stärke sechs auf der nach oben offenen Richterskala erreichte. Mehrere Dörfer wurden völlig zerstört, Tausende von Menschen obdachlos. Ein Erdbeben der Stärke 6,5 erschütterte am gleichen Tag die Ostküste der Nordinsel Neuseelands. Verletzte oder größere Sachschäden gab es dort jedoch nicht.

In Algerien kamen bei heftigen Regen- und Schneestürmen mindestens acht Menschen ums Leben. Nach Angaben der Behörden verloren Hunderte von Familien in den Bergen östlich von Algier ihre Behausungen. Die Regenfluten schwemmten ganze Straßenzüge weg und unterbrachen die Verkehrsverbindungen in die entlegenen Dörfer. In Mexiko mußten 20 000 Menschen nach dem Bruch des Macuzari-Damms ihre Häuser und Dörfer entlang des Mayo-Flusses im Nordwesten des Landes verlassen. Vorausgegangen waren tagelange wolkenbruchartige Regenfälle.

Auch in China ließen heftige Regenfälle in der nördlichen Provinz Shandong den „Gelben Fluß" über die Ufer treten. Die Überschwemmungen brachten vor allem die rund 2000 Arbeiter auf dem zweitgrößten chinesischen Ölfeld in Gefahr. Sie retteten sich auf die Bohrtürme.



In Bolivien fungiert der Koffer als Portemonnaie

Das Andenland nähert sich der 6000-Prozent-Inflation

WERNER THOMAS, La Paz

Die bolivianische Hauptstadt gleicht einem Flughafen: Fast alle Passanten schleppen Gepäck. Prall gefüllte Taschen, Koffer und Körbe werden durch die Straßen getragen. Die dünne Luft und die steilen Hügel zwingen häufig zu Verschnaufpausen: Die Leute wollen nicht verreisen. Sie gehen einkaufen. Je größer der Einkauf, desto schwerer die Lasten.

Die südamerikanische Anden-Nation hält den Weltrekord auf dem Inflationssektor. Nach offiziellen Angaben steigen die Lebenshaltungskosten um jährlich 1500 Prozent, inoffiziellen Schätzungen zufolge dagegen um 2500 Prozent. Der Unternehmerverband warnte kürzlich, daß bald die 6000-Prozent-Marke erreicht werde.

Ein Dollar ist zur Zeit etwas mehr als 10 000 Pesos wert. Die größten Scheine, die zirkulieren, sind 50 000-Pesos-Noten, die jedoch einen Raritäts-Status genießen. Sie waren erst in den letzten Monaten in Deutschland gedruckt worden.

Portemonnaies wurden nutzlos. Selbst Restaurant-Gäste öffnen Tragetaschen. Ausländer pflegen nach Empfang der Rechung ihre Pesos auf dem Tisch zu stapeln und zu fotografieren. Nicht selten erreichen die Geldberge Höhen von einem Meter. Einfacher wäre das Zahlen mit Kreditkarten, aber die werden in Bolivien nicht angenommen.

Am schlimmsten klagen die Banken. Die meisten Banken müssen neues Personal einstellen, das nur beim Zählen hilft. Armando Dupleich, ein Vertreter eines großen Geldinstitutes, berichtete über einen Kunden, der neulich 700 Millionen Pesos in 50- und 100-Pesos-Noten deponierte. „Sechs Angestellte waren bis ein Uhr morgens damit beschäftigt."

Die Zahl der Banküberfälle hält sich dagegen trotz der schlimmen wirtschaftlichen Misere in Grenzen: Lukrative Raubzüge scheitern gewöhnlich an den Transportproblemen. Lastwagen wären notwendig.

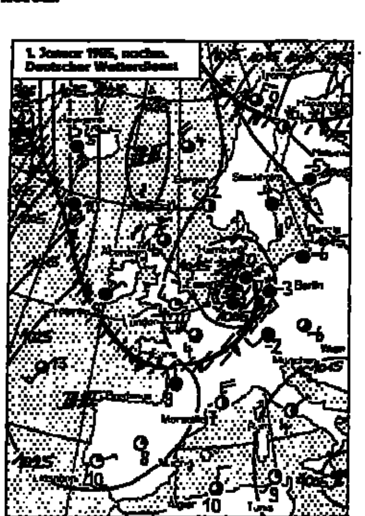
Der einzige Personenkreis, der diese Situation kritiklos akzeptiert, kommt aus dem Ausland. Touristen schätzen Bolivien als billigstes Land Südamerikas. Wer den Dollar auf dem Parallelmarkt tauscht, zahlt höchstens 45 Mark für eine Nacht in einem Hotel der ersten Kategorie und fünf oder sechs Mark für ein Diner in einem der besten Restaurants. Ein Alpaca-Pullover kostet dann zwischen fünf und zehn Mark.

Bolivien kann noch billiger werden. Beobachter der wirtschaftlichen Szene sehen keine Änderung der Verhältnisse, im Gegenteil. Die schwache Regierung des greisen Präsidenten Hernan Siles Zuazo (71) wird bereits im Sommer nächsten Jahres zurücktreten, früher als geplant.

Gerüchte kursieren über eine bevorstehende Abwertung der siechen Währung. Einige Nullen sollen gestrichen werden. Wirtschaftsexperten sind jedoch skeptisch. Sie sprechen von „kosmetischen Maßnahmen", wenn damit keine energischen Schritte zur Inflationsbekämpfung verbunden seien. (SAD)

WETTER: Kalt

Wetterlage: Ein Tief über der Südhälfte Deutschlands zieht nach Südosten zum Balkan ab. Auf seiner Rückseite führt es kalte Luft nach Deutschland heran.



Vorhersage für Mittwoch:

Im Norden starke, im Tagesverlauf auflockernde Bewölkung und vereinzelt Schneeschauer. Temperaturen tagsüber zwischen minus 4 und null Grad, nachts auf minus 4 bis minus 9 Grad zurückgehend. Mäßiger bis frischer Wind aus Nordost, im Laufe des Tages abnehmend. In der Südhälfte zeitweise Schneefall. Temperaturen minus 2 bis minus 5 Grad, nachts minus 6 bis minus 10 Grad.

Weitere Aussichten:

Zeitweise Schneefall, kalt.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	-3°	Kairo	16°
Bonn	4°	Kopenh.	-2°
Dresden	-3°	Las Palmas	18°
Essen	3°	London	4°
Frankfurt	-1°	Madrid	8°
Hamburg	0°	Mailand	0°
List/Sylt	1°	Mallorca	12°
München	-2°	Moskau	-6°
Stuttgart	-1°	Nizza	7°
Algier	10°	Oslo	0°
Amsterdam	6°	Paris	4°
Athen	7°	Prag	-4°
Barcelona	9°	Rom	4°
Brüssel	4°	Stockholm	-4°
Budapest	-4°	Tel Aviv	17°
Bukarest	-6°	Tunis	9°
Helsinki	-5°	Wien	-6°
Istanbul	8°	Zürich	-2°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 8.38 Uhr, Untergang: 16.36 Uhr; **Mondaufgang:** 13.40 Uhr, Untergang: 4.58 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Mehr als 12 Stunden brauchten 150 Feuerwehrleute, um den Brand unter Kontrolle zu bringen. FOTO: DPA

Das „Tegel-Center" stand lichterloh in Flammen

Berlin erlebte einen der verheerendsten Großbrände / 27 Läden in Schutt und Asche / Brandstiftung vermutet

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Eines der größten Berliner Shop-in-Shop-Häuser, das „Tegel-Center" in einem nördlichen Vorort der Stadt, brannte in der Silvesternacht nahezu vollständig aus. Polizei und Feuerwehr sprechen von Brandstiftung, da das Feuer an mehreren Punkten zugleich aufflammte und insgesamt 27 Läden, Boutiquen, Papeterien und andere Spezialgeschäfte vernichtete. Zeitweise befanden sich bei dieser Brandkatastrophe 150 Feuerwehrleute im Einsatz. Die Schadenshöhe geht hoch in die Millionen.

Menschen kamen nicht zu Schaden. „Über politische Motive liegen uns bisher keine Hinweise durch Anrufe oder Briefe vor. Aber ausschließen kann man dies bei dieser Größenordnung nie", sagte ein Polizeisprecher zur WELT.

Mitten in der ausklingenden Silvesternacht, in der noch zahlreiche Berliner unterwegs waren, ließen sich die Täter offenbar von diesem Leben und Treiben nicht beirren. „Der erste Alarmruf ging genau um 2.37 Uhr über Notruf 112 bei uns ein", hieß es in der Feuerwehrleitstelle. Weil wegen der Silvesternacht ohnehin der Ausnahmezustand ausgerufen war, befanden sich acht Löschzüge schnell am Ort. „Das Feuer ist noch immer nicht erstickt. Es hatte sich rasend schnell auf 1000 Quadratmetern ausgebreitet. Das wird noch Stunden dauern", sagte ein leitender Feuerwehrmann gestern mittag.

Die Kunststoffmaterialien in den 23 ausgebrannten Läden des Erdgeschosses und den vier zerstörten Geschäften im Obergeschoß entwickelten enorme Hitze und Rauch: „Wir mußten die Bewohner des Nachbarhauses vorübergehend evakuieren. Einige konnten wir in unserem Bus unterbringen", schilderte ein Sprecher die dramatischen Szenen. Ein Mieter, der an Zucker leidet, mußte mit einem Schock ins Krankenhaus gebracht werden. Die Nachbarn konnten später wieder in ihre Wohnungen zurückkehren.

Nach Angaben der Feuerwehr besitzt das Gebäude keine Sprinkleranlage, die einen derartigen Großbrand verhindert hätte. Das „Tegel-Center" wurde in den siebziger Jahren nach dem Vorbild anderer Geschäftszentren in Deutschland erbaut und ist nach außen hin nicht – wie moderne Anlagen – durch Türen oder Windfänge geschlossen.

Die einzelnen Läden – von exklusiven Boutiquen bis zur Sauna mit Schwimmbad, Bäckerei, Feinkostspezialitäten und Pelze – liegen beiderseits einer Passage. Sämtliche Branchen gehörten zum gehobenen Genre. Das „Center" bildete mit anderen Kaufhäusern und Bekleidungsunternehmen den Mittelpunkt einer Fußgängerzone, die Käufer aus dem gesamten Berliner Norden anzieht. Vor einigen Jahren war ein älteres Kaufhaus, das sich auch in diesem Bereich befindet, ebenfalls ausgebrannt und neu aufgebaut worden.

Tegel bekam seinen Platz in der deutschen Historie durch die Gebrüder Humboldt, die in der Nähe des Ortskerns ein Schlößchen erbauen ließen. Goethe machte Tegel unsterblich, als er im „Faust" mit der Zeile „. . . und dennoch spukt's in Tegel" auf geheimnisvolle Geschichten und auf das sich allzu „klug und weise" dünkende Völkchen anspielte.

Die Polizei riegelte am Neujahrstag das gesamte Gebiet weiträumig ab. Dennoch unternahmen Hunderte von Berlinern trotz Schneefall und Kälte ihren Neujahrsspaziergang in Richtung des Brandortes.

LEUTE HEUTE

Pascal I.

Das Rennen um das erste Baby im neuen Jahr scheint **Pascal** gewonnen zu haben. Pünktlich um 00.01 Uhr kam der 53 Zentimeter große, 3870 Gramm schwere Junge in der Frauenklinik der Ostberliner Charité zur Welt. Er ist das erste Kind der 20 Jahre alten Erzieherin **Claudia Herrmann.**

Peinliche Störung

Die standesamtliche Trauung des 36jährigen **Remo Capitano** und seiner Braut im Rathaus von Desenzano bei Brescia in Norditalien nahm ein abruptes Ende, als die Polizei hereinplatzte. Statt eines Hochzeitsgeschenks hatten die Beamten einen Haftbefehl und Handschellen mitgebracht. Capitano wird verdächtigt, an zahlreichen Delikten des Verbrechersyndikats Mafia beteiligt gewesen zu sein. Ungeachtet lautstarker Proteste der Braut und der Hochzeitsgäste zerrten die Beamten den geschniegelten Bräutigam an eine Wand, durchsuchten ihn und führten ihn dann ab.

Margaux' Sturz

Die Enkelin des amerikanischen Schriftstellers Ernest Hemingway, die Schauspielerin **Margaux Hemingway**, hat beim Skifahren in Tirol einen Beckenringbruch erlitten. Wie



erst am Sonntag bekannt wurde, ereignete sich der verhängnisvolle Sturz bereits am Freitag im Wintersportort Gerlos. Die Schauspielerin wurde noch am selben Tag in der Universitätsklinik Innsbruck operiert und muß noch zehn Tage im Krankenhaus bleiben. Für die Zeit danach verordneten ihr die Ärzte eine sechswöchige Arbeitspause.

Jetzt geht es auch an die „weißen Kragen" der Mafia

dpa, Palermo

Das Jahr 1984 wird in die Annalen der sizilianischen Mafia als das „Jahr der Geständnisse" eingehen. Zum erstenmal brachen führende Mitglieder der organisierten Kriminalität auf der Insel den Ehrenkodex der „omertà", der absoluten Schweigepflicht, und entschlossen sich, mit der Polizei zusammenzuarbeiten.

Eine noch nie dagewesene Welle von Verhaftungen war die Folge. Die Abrechnung der Polizei mit den „Paten" weist für das auslaufende Jahr über 1000 Haftbefehle auf, von denen über die Hälfte auch vollzogen wurden. Viele wichtige Namen mußten bis auf weiteres aus dem „Who is who" der Mafia gestrichen werden, da die Betreffenden auf lange Zeit hinter Gittern verschwanden.

Zum erstemal blieben nämlich im Netz der Fahnder nicht nur die kleinen Fische hängen, sondern auch die „Herren mit dem weißen Kragen". Dies brachte einen Klimawechsel mit sich: Nicht von ungefähr hatten sich die sogenannten Unverdächtigen, die in angesehenen Positionen in Palermo und anderswo sitzen und als Auftraggeber hinter den Aktivitäten der Mafia stehen, bisher vor den Nachstellungen der Behörden ziemlich sicher gefühlt.

Der Prominenteste der Geständigen war Rauschgiftboß Tommaso Buscetta, der im Sommer von Brasilien an Italien ausgeliefert wurde. „Don Masino" bezeichnet sich als einen Mafioso „vom alten Schlag". Entsetzt über die rauhen Methoden der neu emporgekommenen „Familien", denen auch eine ganze Reihe seiner Verwandten zum Opfer gefallen war, fand er sich als erster zur Aussage bereit.

Sein Geständnis füllte dicke Aktenordner und gab auch detailliert über die Kontakte der sizilianischen Mafia zu ihrem US-Ableger „Cosa Nostra" Auskunft. Hunderte von Haftbefehlen wurden dadurch ausgelöst. Das prominenteste Opfer: Vito Ciancimino, ehemals Bürgermeister von Palermo, der bei seiner Festnahme in Ohnmacht fiel.

Mitterrand tritt ab, Charles tritt an – Prognosen '85

CONSTANCE KNITTER, Paris

Prinzessin Caroline von Monaco bekommt einen zweiten Sohn. Sylvie Vartan wird Filmstar. Wir gehen einem sehr kalten Winter entgegen. Europa ist Ende März von Überschwemmungen bedroht. Das sind die Prognosen von acht prominenten französischen Hellsehern und Hellseherinnen für 1985.

José Ange, seit 30 Jahren beliebter Hellseher französischer Filmstars, hatte im vergangenen Jahr den plötzlichen Tod von Richard Burton und den Geburtstag von Andreas, dem Sohn von Caroline von Monaco, vorausgesagt. Für 1985 sagt er der Prinzessin von Monaco die Geburt eines zweiten Sohnes voraus. Für die Revue-Königin Sylvie Vartan sieht er eine erfolgreiche Filmkarriere voraus. Chansonsängerin Dalida wird gesundheitliche Probleme haben. Auch Mireille Darc muß auf ihre Gesundheit achten. Ab 12. Februar werden wir mit dem kältesten Winter seit 20 Jahren konfrontiert. Ende März drohen katastrophale Regengüsse. Ganz Europa ist von Überschwemmungen bedroht. Elizabeth Taylor feiert ein großes Comeback. Sie wird den teuersten Film der Filmgeschichte drehen.

Maria Gaddrine, die „schöne Orientalin" unter den Hellseherinnen, verspricht uns ebenfalls einen harten, langen Winter, Schwierigkeiten für die Gesundheit von Königin Elizabeth von England, die Thronbesteigung von Prinz Charles, eine neue Schwangerschaft für Lady Di und die Verlobung von Prinzessin Stephanie von Monaco. Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand wird nach ihren Prognosen 1985 Neuwahlen ausschreiben lassen und sein Mandat nicht beenden.

Lena de Sinclair, die zu ihren Kunden das „Tout Paris" der politischen Szene zählt, sieht für 1985 neue Morde in Polen voraus, ein Attentat auf Bundeskanzler Helmut Kohl, einen verregneten Sommer, Erdbeben in Italien und Japan, ein zweites Kind für Prinzessin Caroline und Wolken über der Ehe von Prinz Charles und Lady Di.



Ein schweres Jahr für den französischen Staatspräsidenten Mitterrand, ein glückliches für Caroline von Monaco? FOTOS: SVEN SIMON/DPA

Marcellus Toe-Guor, der „Nostradamus des 20. Jahrhunderts", sieht nach der Umfrage der Pariser Tageszeitung „France Soir" neue Massaker in Polen und Rumänien voraus, den Beginn eines Bürgerkrieges in Südafrika und den Rücktritt von Staatspräsident Mitterrand. Auch seine Kollegin Madame Fonseca sieht nach einem Blick in ihre Glaskugel große Gefahren für Mitterrand zwischen April und September dieses Jahres.

Nicole Valier sagt einen Blitzkrieg zwischen Israel und Syrien und den Triumph Israels voraus. Cecilia Sunn, die 1984 das Attentat auf den Schnellzug Neapel–Mailand weissagte, spricht von einer neuen Abwertung des französischen Franc, schweren sozialen Unruhen in Frankreich, zunehmenden Terroranschlägen auf Luxushotels und Flughäfen, Schwierigkeiten für die Königin von England und einem Trauerfall in der englischen Königsfamilie.

François-Charles Rambert schließlich verspricht, daß es 1985 keinen Weltkrieg gibt. Im Gegenteil: Das neue Jahr wird das beste seit zehn Jahren. Die Weltwirtschaft erholt sich. Die Goldpreise werden steigen, die Arbeitslosenzahlen auch. (SAD)

Englands Ärzte verschreiben wieder Contergan

SAD, London

Das umstrittene Medikament Contergan, das in England unter der Markenbezeichnung „Thalidomide" verkauft wurde, wird von britischen Ärzten wieder als Medikament verschrieben. Das Medizinerfachblatt „The Lancet" berichet, „Thalidomide" sei in hartnäckigen Fällen von Bläschenentzündungen auf Schleimhäuten (vor allem im Mund- und Rachenraum) das einzige wirksame Mittel. Contergan war Anfang der sechziger Jahre in Deutschland für die Geburt von rund 10 000 verkrüppelten Babys verantwortlich gemacht worden. In Großbritannien kam es zu 500 verkrüppelten Geburten. Die Ärzte des Universitätskrankenhauses von Nottingham berichteten, unter den geheilten Patienten seien auch 50 Frauen gewesen, von denen freilich keine schwanger gewesen sei.

Bankchef erschossen

AP, Berlin

Der 49jährige Vorstandsvorsitzende der Grundkreditbank Berlin, Ulrich Janke, ist am Silvestermorgen erschossen in seiner Villa in Berlin-Charlottenburg aufgefunden worden. Nach Angaben der Polizei deuteten die Umstände der Tat auf ein Fremdverschulden hin. Die Polizei war kurz nach Mitternacht von zwei Gästen in Jankes Haus alarmiert worden.

Kritik an milden Gaben

dpa, Würzburg

Gegen die Unterstützung von Bettlern hat sich der Leiter der Würzburger Zentralstelle für Nichtseßhafte und Strafentlassene, Jochen Parnemann, gewandt. Der 34jährige Sozialarbeiter hält diese Form der Hilfe für schädlich: „Solange die Leute so gut davon leben können, sehen sei keinen Anlaß, ihre Situation zu ändern", erklärte er gegenüber dem Evangelischen Pressedienst (epd). Dabei hätten Stadtstreicher Spitzeneinkünfte von 30 Mark und mehr pro Stunde erzielt.

Erfolglose Fahndung

dpa, Heilbronn

Im Fall des unbekannten mutmaßlichen Doppelmörders und zweifachen Bankräubers von Cleebronn (Kreis Heilbronn) und Burgstetten (Rems-Murr-Kreis) sind bei der Polizei viele Hinweise eingegangen. In Cleebronn hatte der etwa 35 Jahre alte Mann 79 000 und in Burgstetten 50 000 Mark erbeutet. Der Gesuchte soll vor dem Cleebronner Banküberfall am vorigen Freitag den 37jährigen Briten Richard Wethey aus Nürnberg und vor dem Raub in Burgstetten im Mai dieses Jahres einen 47jährigen Mann aus dem Landkreis Aschenburg ermordet haben. Die Wagen der Opfer sollen bei den Überfällen benutzt worden sein.

Gorilla starb mit 54

dpa, Philadelphia

Nur wenige Stunden, nachdem die Zoobesucher seinen 54. Geburtstag gefeiert hatten, ist am Sonntag abend in Philadelphia der älteste in Gefangenschaft lebende Gorilla „Massa" gestorben. Nach Angaben des Zoos erlag das bejahrte Tier – seine in Freiheit lebenden Brüder werden in der Regel kaum halb so alt – einem Schlag.

Glimpflicher Ausgang

AFP, Havana

Undramatisch endete am Silvesterabend die Entführung einer Linienmaschine der „American Airlines" nach Havana, wo der Entführer aufgab. Dem Mann, der in New York einen Prozeß wegen Beteiligung an einem achtfachen Mord zu erwarten hat, war es auf dem Flug gelungen, seine Wächter zu überrumpeln und die Maschine in seine Gewalt zu bringen.

Vignette – seit gestern

DW. Bern

In der Schweiz sind seit gestern die neuen Autobahngebühren in Kraft getreten. Die Polizei blieb aber noch nachsichtig bei Autofahrern, die den blaugrünen, für ein Jahr gültigen Aufkleber zum Preis von 30 Franken (rund 36 Mark) noch nicht hatten. Die Schonfrist soll bis zum 15. Januar gelten. Inzwischen sind im Tessin gefälschte Vignetten aufgetaucht, die für eine Mark zu haben waren.

Seite 2: Autobahngebührliches

ZU GUTER LETZT

Der Weltcup-Slalom der Herren in Bad Wiessee ist stark gefährdet. Das Rennen soll am 4. Januar ausgetragen werden, bisher sind aber nur vier Zentimeter Schnee gefallen. Die Entscheidung über die Veranstaltung fällt am 31. Januar. Meldung von dpa.